DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG 1
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

90 9. JAHRGANG März '92 5,00 DM

AUS DEM INHALT:

FRAUENZEITUNGEN

Feministische, autonome Frauenzeitungen haben's schwer, wie Kirsten Alers aufzeigt. Trotzdem haben die Frauen von »Meta M.« nochmals eine Nummer produziert, worin sie u.a. über ihr Selbstverständnis des Zeitungsmachens und über Veränderungen bei den Produzentinnen nachdenken.
Mehr über die Bedeutung von unabhängigen und selbstgeschaffenen Medien auf Seite 4.

SCHREINERINNEN-TREFFEN

Der Andrang zum Schreinerinnen-Treffen war riesig, über 20 Interessentinnen mußte leider abgesagt werden. Raus aus der Vereinzelung – rein in die Vernetzung! mit kennenlernen und Erfahrungsaustausch war als Einladung offenbar attraktiv. Schwierigkeiten mit der immer noch durch männliche Maßstäbe dominierten Arbeitswelt wurden diskutiert aber auch einiges getan, um die eigene Identität und das Selbstbewußtsein als Schreinerin zu stärken.
Außerdem findet sich das Bildungsangebot für Frauen von der Lernwerkstatt »Ökologische Akademie für Eine Welt« auf der gleichen Seite 5.

EL SALVADOR

Mit dem Waffenstillstand und der Aushandlung eines Befriedungsplanes wird einer der gravierendsten Kriege Lateinamerikas vorerst beendet. Erleichterung und spontane Freude bei der Bevölkerung in den befreiten Gebieten paart sich mit der Angst um die ungewisse Zukunft und eine befürchtete Verschlechterung der Lebensbedingungen. Wird der größere politische Spielraum im Zentrum eine Entpolitisierung der FMLN-Basis auf dem Land nach sich ziehen? Zur aktuellen Situation in El Salvador und zur Frage nach Alternativkonzepten der Beitrag der Unterstützungs-Gruppe »Viva Guarjila« auf den Seiten 12/13.

CHAOS UND SYSTEM

Ist die Tatsache, daß Perspektiven für ein »anderes« Wirtschaften nach dem Scheitern der sozialistischen Kommandowirtschaften überhaupt noch diskutiert werden, bereits als Erfolg zu werten? Die Frage »Business as usual oder ökologischer New Deal?« war der Volkshochschule Heidelberg mindestens eine Tagung und mehrere, kontroverse Positionen vertretende ReferentInnen wert. Ob in der Diskussion die soziale Marktwirtschaft, eine Ökologisierung von Unternehmens-Verfassungen, »alle Macht den Konsumentinnen« oder die Vernetzung von selbstverwalteten Betrieben die Gunst des Publikums erlangte, ist nachzulesen auf den Seiten 14/15.

GENOSSENSCHAFTEN EUROPAWEIT

Laut einer neueren Rahmenregelung der EG-Kommission soll der Binnenmarkt nun auch für Genossenschaften, Gegenseitigkeitsgesellschaften, Vereine und Stiftungen gelten. Beabsichtigt wird die Schaffung einer europäischen Rechtsform, um auch grenzübergreifend tätig werden zu können. Obwohl Betriebe mit diesen Organisationsformen gelobt werden, sie trügen »maßgeblich zur Dynamik einer demokratischen Gesellschaft bei«, bleibt's vorerst bei der Absichtserkärung aus Brüssel, die nachzulesen ist auf Seite 15.

DAS VERFLIXTE GELD, 16. FOLGE

Wer bezahlt schon gerne Zinsen, insbesondere wenn sie wie in den letzten Jahren dauernd steigen! Der Zusammenhang zwischen hohem Hypothekenzinssatz und steigenden Mieten ist, wenn auch permanenter Streitpunkt, immerhin nachvollziehbar. Doch darüber hinaus wird's schwieriger: Die Wechselwirkungen

AUFRUF ZU TOLERANZ UND VIELFALT

Wahn – Sinn

Wer zieht die Grenze zwischen Wahn und Sinn? Welchen Sinn hat diese Grenze? Schützt sie gar den Wahn vorm Sinn – und wer ist wer? Oder steckt im Sinn zuletzt mehr oder gleichviel Wahn als wie im Wahn – Sinn?

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Götz Paschen, Redaktion Ruhrgebiet ● Die Normalität selbst ist es, die die Störung mit sich bringt. Ohne Norm keine Abweichung. Ohne Grenzziehung keine Grenzüberschreitung. Ausgegrenzt ist derjenige, der aus dem Rahmen fällt und das Bild zerstört – die Harmonie des rechteckigen Kunstwerks Gesellschaft, in dem sich die Randgruppen am Rahmen die Köpfe stoßen und die aus dem Rahmen Fallenden ihre Ausgrenzung in Zwangsjacken und Fesseln erfahren.

PSYCHIATRISCHE GEWALT

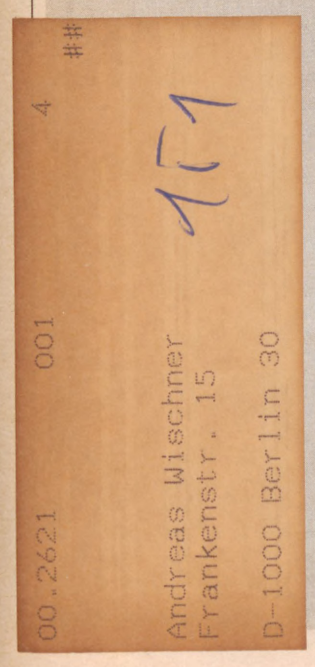
Wer durch Wahrnehmung, Empfindung und Ausdruck das herrschende Verständnis von Wirklichkeit in Frage stellt und die öffentliche Ruhe und Ordnung des kollektiven Bewußtseins stört, wird als »psychisch krank« verurteilt und in die Psychiatrie gesperrt. In »fürsorgerischer Freiheitsentziehung« wird sein oder ihr Bewußtsein saniert. Gleich einem Altbauviertel oder einem Hüttendorf, die dem Zeitgeist nicht entsprechen, werden gewachsene Strukturen abgerissen und Einheitsfassaden hochgezogen. Die Formen psychiatrischer Gewalt sind vielfältig: Freiheitsentzug, Bevormundung, Fesseln oder schöner »Fixieren«, Elektroschock, chemischer Knebel und andere. Das Bewußtsein und die Persönlichkeitsstruktur werden systematisch ausradiert, um auf dem unbeschriebenen Blatt nachher die banale Botschaft der breiten Einfalt zu verkünden. (Die nebenstehende Melleril-Werbeanzeige eines englischen Pharmaherstellers verdeutlicht das sehr anschaulich.) Die gesundheitlichen, gesellschaftlichen und identitätsbezogenen Folgen sind die problematischen Nebenwirkungen dieser Behandlung. Die Methoden der Gewalt sind unauffälliger als früher, der äußere Eindruck liberaler und demokratischer – die Psychiatrie ist nicht ohne Fortschritte und Innovation. Oft allein und ohnmächtig bemühen sich Psychiatrisierte um ihr Recht und um kritische Öffentlichkeit. Der steigenden öffentlichen Nachfrage nach Psychiatrisierung als optimaler Normierungsinstanz steht ein stetig wachsendes Psychiatrie- und Therapieangebot gegenüber. Auch hier wird betriebswirtschaftlich gerechnet. Kapazitätsauslastung ist oberstes Gebot.

DAS ZWEIDIMENSIONALE BILD UND DIE FARBE

Die Rationalität ist das Dogma des Normalen und Basis der herrschenden Logik. Es wird ein Schwarz-Weiß-Bild gezeichnet mit dem Untertitel: »Gut ist, was effizient ist.« Die dritte Dimension, die Farbe, fehlt in diesem Bild: Wenn ich recht habe, hast du unrecht. Vielfalt wird nicht toleriert. In der allgemeinen Sprachverwirrung schreit die binäre Plus-Minus-Logik alle anderen nieder. (Dieselbe Logik liegt allen Computersprachen zugrunde.) Wehe dem oder der, die/der sich nicht in der normierten Sprache dechiffrieren läßt. Wir können doch froh sein, endlich ein angepaßtes Verständigungssystem gefunden zu haben und wieder zueinander zu finden auf dem Boden dieser Sprachverflachung. In der Formel »Strom – nicht Strom – Strom – Strom – nicht Strom« (»Ja – Nein – Ja – Ja – Nein«) drückt sich die neue Sprachfähigkeit aus. Wer sich ihr nicht anpaßt, für die/den wird sie zum Elektroschock.

Die psychiatrische Logik ist undifferenziert und wirkungsvoll: Die Krankheitsuneinsichtigkeit gilt als Symptom für psychische Krankheit. Entsprechend der Schleife in der Computersprache: If brain not equal illness go to start. Auf die Krankheitseinsicht folgt die Therapie, an ihr geht kein Weg dran vorbei. Die einzige Möglichkeit, der Psychiatrie zu begegnen, ist, ihr die logische Grundlage zu entziehen, das Schwarz-Weiß-Bild mit Farbe und Vielfalt zu besudeln und durch Lachen, Weinen und Fühlen ihre Sprachnormen aufzubrechen.

Fortsetzung ab Seite 7 und im der nächsten Ausgabe



OKTOBER 1986: OSTBERLINER PIRATENSENDER

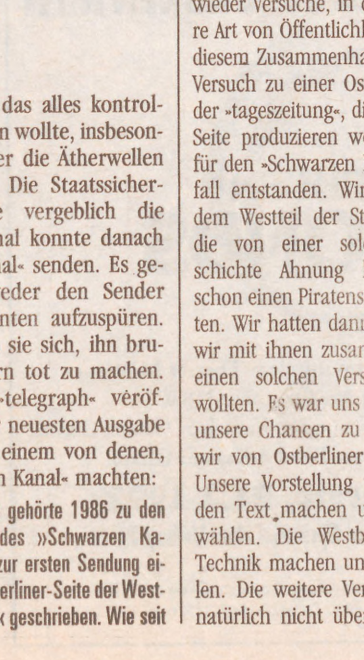
Eine Hoffnung im UKW-Bereich

Am 31. Oktober, lange vor 22 Uhr, saßen die allermeisten Ostberliner Oppositionellen an ihrem Radio. Zu hören war nur ein Wasserfallrauschen, in das ab und zu die Stimmen von Radio DDR und BFBS herüberschwappten. Ostentativ mit anderen Dingen beschäftigt, unterhielt man sich, las oder schrieb. Dann begann der Tage zuvor mit kleinen FLugblättern angekündigte Oppositionssender »Schwarzer Kanal« seine Sendung.

Das DDR-Regime, das alles kontrollieren und zensieren wollte, insbesondere aber was über die Ätherwellen ging, stand Kopf. Die Staatssicherheit durchstreifte vergeblich die Stadt. Noch zweimal konnte danach der »Schwarze Kanal« senden. Es gelang der Stasi weder den Sender noch die Produzenten aufzuspüren. Dann entschlossen sie sich, ihn brutal mit Störsendern tot zu machen. Der Ostberliner »telegraph« veröffentlichte in seiner neuesten Ausgabe ein Interview mit einem von denen, die den »Schwarzen Kanal« machten:

»telegraph«: Ich gehörte 1986 zu den begeisterten Hörern des »Schwarzen Kanals« und habe dann zur ersten Sendung einen Artikel für die Ostberliner-Seite der Westberliner »tageszeitung« geschrieben. Wie seit ihr eigentlich damals auf die Idee mit diesem Sender gekommen?

Reinhard Schult: Es gab ja immer wieder Versuche, in der DDR eine andere Art von Öffentlichkeit herzustellen. In diesem Zusammenhang stand auch der Versuch zu einer Ostberliner Redaktion der »tageszeitung«, die diese Ostberliner-Seite produzieren wollte. Die Kontakte für den »Schwarzen Kanal« sind per Zufall entstanden. Wir haben Leute aus dem Westteil der Stadt kennengelernt, die von einer solchen Rundfunkgeschichte Ahnung hatten und auch schon einen Piratensender gemacht hatten. Wir hatten dann also die Idee, daß wir mit ihnen zusammen auch einmal einen solchen Versuch unternehmen wollten. Es war uns natürlich klar, daß unsere Chancen zu gering sind, wenn wir von Ostberliner Seite aus senden. Unsere Vorstellung war also, daß wir den Text machen und die Musik auswählen. Die Westberliner sollten die Technik machen und die Sprecher stellen. Die weitere Verständigung konnte natürlich nicht über die Post, sondern



Handzettel für den »Schwarzen Kanal«

mußte über Kuriere geregelt werden.

»telegraph«: Es war sicher nicht allzu schwierig, Themen für die Sendung zu finden?

Reinhard Schult: Im April 1986 war ja die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und eine Arbeitsgruppe aus einigen Berliner Friedens- und Umweltgruppen hatten den siebenseitigen Appell »Tschernobyl wirkt überall« gemacht. Wir sammelten dafür auch im Land Unterschriften. Das war natürlich das Thema, das wir für den ersten »Schwarzen Kanal« unbedingt verwenden wollten. Im September haben wir den Text fertigbekommen und die Musik herausgesucht. Dann wurde mit den Leuten von der anderen Seite ein Probelauf vereinbart und vierzehn Tage vorher drei Minuten lang die Erkennungsmelodie, das »Plant uns bloß nicht bei euch ein« von BAP, über den Äther gesendet. Es ging bei dem Text darum, wie die Sendung hier ankommt und wo sie zu hören ist.

»telegraph«: Es gab dann eine Flugblattaktion, um auf die erste Sendung aufmerksam zu machen. Und am 21. Oktober um 22 Uhr lief dann die Sendung...

Reinhard Schult: Ja, wir haben die Flugblätter, auf denen die Frequenz und die Zeit stand, mit einem Stempelkasten gemacht, den es damals im DDR-Spielwarenhandel gab. Das war eine ziemlich komplizierte Aktion, weil wir mit Handschuhen gearbeitet haben und Fingerabdrücke und Farbspritzer verhindern mußten.

»telegraph«: Es ist ja mittlerweile bekannt, daß auch in Euren Kreisen Spitzel waren. Ist es Zufall, daß in diesem Fall niemand etwas mitbekommen hat?

Fortsetzung auf Seite 3

Contraste_Korrekturen_FuenfteWelle_1992.indd 31 23.09.24 19:56

KURZMELDUNGEN

Kürzungen bei ABM-Maßnahmen

Das Bundeskabinett hat den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit für 1992 um insgesamt fast 1,6 Milliarden gekürzt. Betroffen sind von diesen Kürzungen berufliche Weiterbildungsmaßnahmen, Eingliederungsmaßnahmen und Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation. Besonders drastisch fallen wie gewohnt die Einsparungen im Bereich von ABM-Maßnahmen aus: Die bereits von Möllemann im Herbst angekündigten 560 Millionen, die zur Folge haben werden, daß die Zahl der neu einzurichtenden ABM's in den westlichen Bundesländern 1992 um mehr als 50% zurückgehen werden und zwar von ca. 90.000 in 1991 auf unter 40.000 Stellen 1992. Verbunden mit rigiden Anordnungen, den AkademikerInnen-Anteil in ABM bis auf ihren prozentualen Anteil an der Gesamtarbeitslosigkeit herunterzufahren, werden diese Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich enorme Einbrüche bedeuten. Das Aus für viele Projekte und Initiativen ist vorprogrammiert. Da nicht damit gerechnet werden kann, daß Länder und Kommunen in erheblichem Maße durch eigene Programme diese Kürzungen auffangen werden, sind viele sozial- und kulturpolitisch wichtige Unterfangen ersatzlos gestrichen!

Langzeitarbeitslosenprogramm wurde verlängert

Das Sonderprogramm des Bundes zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen, daß ursprünglich am 31.12.1991 auslaufen sollte, ist um weitere zwei Jahre verlängert und finanziell nochmals um 650 Millionen DM aufgestockt worden. Das Programm kann für Initiativen und Projekte, die auch im weitesten Sinne im sozialen Bereich tätig sind, von Interesse sein, da neben der Beschäftigung auch notwendige Investitionen gefördert werden. Detaillierte Informationen sind über die örtlichen Arbeitsämter erhältlich.

Reader Bürgerfunk

Einen Reader zum Thema Bürgerfunk hat das Adolf-Grimme-Institut in Marl im Rahmen des Projekts »Weiterbildung und lokaler Rundfunk« herausgegeben, der sich an interessierte Institutionen und Multiplikatoren wendet. Neben Informationen über die »Offenen Kanäle« und diverse Arbeitstechniken im Rundfunk wird versucht, die Organisation und Planung eigener Veranstaltungen zum Thema zu erleichtern. Der Reader kostet 55,– DM und kann beim Adolf-Grimme-Institut, Eduard-Weitsch-Weg 25, W-4370 Marl bezogen werden.

Baden-Württemberg:

»Theo-Pinkus-Preis«

Mit dem »Theo-Pnkus-Preis«, der jeweils mit 3.000 DM dotiert ist, sollen alle zwei Jahre besondere Leistungen im Bereich der Soziokultur in Baden-Württemberg ausgezeichnet werden. Gewürdigt werden können dabei von einer durch die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultureller Zentren Baden-Württemberg zu berufenden Auswahlkommission z.B. die Durchsetzung eines Gebäudes als Kulturzentrum, die Durchführung von Projektwochen mit innovativen Charakter u.ä.

KRIEGSSTEUERBOYKOTT

Bremen:

Mehr als 40 Betriebe und Projekte weigern sich seit Februar 1991 zwischen 10 und 20% ihrer Lohn- und Umsatzsteuer an das Finanzamt abzuführen. Sie machen damit ihren Protest gegen die Mitfinanzierung von Kriegen (speziell des Golfkriegs) aus ihren Steuermitteln deutlich. Die Boykottinitiative »fordert vom Bremer Senat eine deutliche Absage an Rüstungsproduktion und -export und eine Umwidmung dieser Gelder mit dem Ziel der Rüstungskonversion und finanzieller Unterstützung bei der Produktion ziviler Güter«. Inzwischen sind von den Projekten mit insgesamt 500 MitarbeiterInnen mehr als 75.000 DM einbehalten und auf ein Notar-Ander-Konto gezahlt worden.

Nordrhein-Westfalen

Pfändung bei der LAG-NRW

Das Finanzamt Münster hat Ende 1991 die von der LAG-NRW einbehaltenen und auf ein Sonderkonto gezahlten Lohnsteuern (500 DM je Beschäftigten) gepfändet. In einer Presseerklärung betont die LAG, daß auch nach der Pfändung davon ausgegangen wird, daß »solange der Staat uns keine gewissensneutrale Alternative bietet, sind wir soweit nicht steuerpflichtig, als die Steuerzahlung uns in unserem Grundrecht der Gewissensfreiheit verletzt«. Aus diesem Grund wird die LAG auch an der eingereichten Klage festhalten.

aus: Info 1/92, Bundesvereinigung Sozio-Kultureller Zentren

BERICHTIGUNG

Liebe Leute,
in meinem Artikel »Modell Dänemark« in der CONTRASTE Nr. 89/92 hat sich ein Fehler eingeschlichen. So führt die Grundsteuer in Dänemark nicht dazu, daß es kein **Bauland** gibt, sondern kaum **Baulücken**.

Ferner erweckt die sicherlich gut gemeinte Feminisierung des Artikels von Klaus Schmitt »Goldrausch in Berlin« den Eindruck, es gäbe genauso viele Grundrentner wie Grundrentnerinnen, Spekulanten wie Spekulantinnen, Politiker wie Politikerinnen. Dieser Eindruck ist falsch und suggeriert, Frauen seien in gleichem Maße wie Männer an der kapitalistischen Ausbeutung durch das Abschöpfen von Renditen an den Aktien- und Bodenmärkten beteiligt. Wenn es um Geld, Macht und Einfluß geht, verhalten sich Frauen doch eher anders als Männer, nachzulesen in der CONTRASTE Nr. 42, März 88, Artikel von Christa Nesemann auf der Frauenseite.

KULTUR-KOOPERATION HAMBURG /DRESDEN

Ein Tag in Dresden

Einen Einblick in seinen turbulenten Alltag gibt hier Ulli Berger. Als Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft Staddteilkultur Hamburg hilft er dabei, Erfahrungen, Projekte und Menschen von Hamburg nach Dresden und umgekehrt zu bringen. Eine ganz direkte und praktische Kooperation im soziokulturellen Bereich.

Redaktion Dresden ● Sonntag ist vorbei, das Gastroteam vom Projekttheater will zeitig um 0.30 Uhr Feierabend machen. In der Wohngemeinschaft in der Rothenburgerstraße, in der ich mir mit dem Nürnberger Ökonomieberater Kurt ein Zimmer teile, liegt im Flur ein Zettel: Aline ist auf dem Anrufbeantworter. Es geht um die Vorbereitung der europäischen Projektemesse 1993 in Dresden mit VertreterInnen der alternativen und solidarischen Ökonomie, wobei mich besonders ein gastronomisches Projekt aus einem Pariser Vorort interessiert, in dem Ausbildung, Volxküche und Kulturveranstaltungen kombiniert werden.

Da die Kohlen im Ofen seit Stunden verglüht sind, lege ich mich begleitet von Radio »DT 64«, in ein kaltes Bett.

Kulturzentrum »Scheune« in der Dresdner Neustadt

Foto: Franz Kröger

Gefrühstückt wird in der schön-scheußlich eingerichteten »Eisgrotte«, einem Familienbetrieb. Dafür sind die Preise, im Vergleich zu sogenannten alternativen Cafés, konkurrenzlos niedrig. Außerdem ist die »Eisgrotte« der Treffpunkt. Doch mir sind jetzt Zeitungslektüre und teilnehmende Beobachtung wichtiger. Ich hätte mit dem jungen Schauspieler Peter die Planung eines Präsentationsprojekt der Dresdner Theaterszene im Hamburger Kampnagel weitertreiben können, hätte mit Sabine über ein Drogenberatungsprojekt, mit Julius über den Kauf des Hinterhauses vom Projekttheater reden können. Den Bann des Schweigens breche ich bei Reinhard, der mir auf dem Rückweg in die Rothenburger über den Weg läuft. Reinhard macht die Stadtteilzeitung ANTON, arbeitet als ABMler bei der IG Neustadt, ist Vorstandsmitglied von »Kulturstadt e.V.«, Finanzchef der »Bunten Republik Neustadt«, Hauptmieter eines Hinterhauses, das gerade unter seiner Regie mit »Arbeit und Lernen« aus Hamburg zum Medienhaus umgebaut wird.

KULTURHAUS ALS KINDERGARTEN

Diesmal reden wir nur kurz, da ich im Kulturamt noch vor dem Mittagessen drei MitarbeiterInnen sprechen will. Brigitte Apel, Leiterin des Referates für Stadtteilkultur, hat keinen leichten Stand. Denn wenn sie es mit der Anlehnung an dem Hamburger Modell ernst meint, muß sie »ihre« 17 Einrichtungen allmählich in freie Trägerschaft entlassen; dazu muß sie die Leiter aus dem Himmel früher immer reichlich vorhandener Mittel und Arbeitskraft auf die Erde holen. Wir sprechen über das Clubhaus der ehemaligen Pentacon-Werke. Hoffentlich hat die stellvertretende Kulturamtsleiterin das Haus mit den vielen Möglichkeiten nicht schon wieder so vielen Gruppen versprochen, daß die Vergabe nur im Streit enden kann.

Mit einem anderen Mitarbeiter spreche ich über eines der 17 Kulturhäuser, das an einen Waldorf-Kindergarten übergeben werden soll. Gleichzeitig soll das Haus – laut Dezernentenbrief – der Soziokultur erhalten bleiben und breite Kulturangebote für verschiedene Altersgruppen machen. Die »Waldörfer« können sich andere NutzerInnen aus dem Stadtteil als »Gäste in ihrem Haus« vorstellen. Unklar ist, wieso das Kulturamt eins seiner Häuser an einen Kindergarten übergibt. Ist dafür nicht das Jugendamt zuständig?

Thomas ist für Kulturveranstaltungen zuständig. Die Kindertheatergruppe »Spieltour« erwägt, ein Straßentheaterfestival in Dresden zu installieren. Doch Thomas ist leider unterwegs.

Auf dem Rückweg in die Neustadt fahre ich kurz bei der Programmzeitschrift SAX vorbei. Dort gibt es immer Kaffee und Informationen. Außerdem hat die Dresdner Sportjugend ihr Büro auf der Etage. Seit einem Vierteljahr frage ich wöchentlich, wann mein Antrag auf Finanzierung des Hamburgbesuches von 16 Dresdner Fußballfans vom Mai letzten Jahres entschieden wird. Leider auch diesmal »tote Hose«.

Um halb eins bin ich wieder in der Rothenburger Chefetage. Reinhard ist noch im IG-Büro, so radle ich allein zum Mittagessen in das »Goldene Hufeisen«. Wie bestellt treffe ich unterwegs die Jugendsozialarbeiter Gerd und Gerry. Das »Hufeisen« ist ein Mittelding zwischen Kneipe und Arbeiterspeiseanstalt. Das teuerste Gericht kommt auf 5,35 DM. Der Blick auf Gäste und Innengestaltung versetzt mich wieder in meine interne Zeitmaschine: Damals in Bielefeld, als... Zurück zu Gerd und Gerry: Die in der Presse schon als sicher angekündigte Finanzierung des Jugendwohnprojektes in der Louisenstr. 91 soll doch noch unklar sein? Gibt es für das Wasserturm-Projekt in Klotsche eine Initiative? Sollten wir das dem Team des in der Nähe gelegenen Kulturzentrums »Erbgericht« überlassen? Der gemeinsame Rückweg durch kohlenrauchgeschwängerten Nieselregen ist von Wunschträumen an den Sommer begleitet. Wir passieren das ehemalige Szenecafé »Bronxx«, das Silvester 90/91 von Nazis überfallen und abgefackelt wurde.

UNTERLAGEN VERSCHLAMPT

Telefonisch will ich von der Bundesvereinigung der Soziokulturellen Zentren in Essen Informationen über Beiratsmodelle bei der Vergabe von Projektgeldern bekommen. Sie verweisen mich an die LAGS Niedersachsen und den Fonds Soziokultur. Das Team vom »Johannisstädter Kulturtreff« könnte mit einer Lehrerin kooperieren. Sie versucht, in mühseliger Arbeit eine Gruppe von »Jungglatzen« zu überzeugen, es sei besser für eigene Räume, als gegen Jungautonome zu kämpfen. Ein Fotografenpaar möchte sich in Hamburg bei Günther Zint von PAN-Foto melden, er ist an der Arbeit der Dresdner Kollegen interessiert.

Das mittägliche Nickerchen (15 Minuten) wird mit der Lektüre eines Konzeptes von Schloß Nickern eingeleitet. Sie wollen sich ein weiteres Gebäude des Schloßensembles einverleiben, um dort Aus- und Weiterbildung zu betreiben. Bei der Lektüre der Satzung des »Boot e.V.«, vergleichbar mit dem Antirassistischen Telefon in Hamburg, schlafe ich ein. Das hat nichts über die Bedeutung des Projektes zu sagen. Ich bin selbst Mitglied und versuche den künftigen Geschäftsführer bei seiner Arbeit zu unterstützen.

Der Miniwecker holt mich kurz vor drei zurück. Über den seit 30 Jahren existierenden Wohngebietsclub »Unterer Hecht« – das Finanzamt hat die Unterlagen zur Gemeinnützigkeit verschlampt – geht es zu Heidi in den »Pischener Winkel«. Wir müssen den zweiten »Freßtreff« der Zentren abrechnen. Heidi und ich sind außerdem in einer Projektgruppe »Galvano«. Ein in einem Hinterhof gelegener Galvanisierbetrieb soll in ca. einem Jahr umziehen, das Gebäude für soziokulturelle Zwecke umgebaut werden. Hoffentlich wird die Haus- und/oder Bodensanierung nicht zu teuer. Als mir Werner über die Kosten der Bodensanierung des Goldbekhaushofes erzählte, färbte sich der Himmel über dem »Galvano«-Projekt schwarz. Da aber das Dresdner Jugendamt großes Interesse an dem Haus hat, werden wir weiter projektieren.

In das Kulturhaus »Rudi Arndt« wollte ich schon seit langem gehen. Heute klappt es. Aus fernen Zeiten hat es den Spitznamen »Der blutige Rudi« weg. Ich weiß noch nicht warum. Kurz nach der Wende starteten hier öfters Neonazis ihre Attacken auf die Neustadt. Inzwischen beherbergt das Haus eine illustre Schar von Mietern, darunter eine Schwulendisco. Das Kulturamt will jetzt auch den Ausländerrat im Haus unterbringen. Der Clubleiter zeigt mir das an Möglichkeiten reiche Haus. Wenn ich an die Realisierungschancen von Stadtteilkultur denke, tut er mit leid.

Zurück in der Neustadt werden nach einer Kaffeepause in der »Eisgrotte« die Räder gesattelt. Angela und ich fahren in das Landtagsgebäude zur Fraktion des Bündnis 90/Grüne. Dort tagt jeden Montag um fünf die Gruppe »Vorbeugung gegen Gewalt«. Eigentlich sollte Sabine aus dem Jugendclub »Espe« über die Arbeit mit den Gorbitzer »Softglatzen« berichten. Doch sie kann erst am nächsten Montag kommen. Ich nutze das inhaltliche Loch, um die hervorragende technische Ausrüstung der Fraktion zu nutzen. M. vom »Förderverband e.V.« aus Berlin hat mir die 20seitige »Wiepersdorfer Erklärung« mitgegeben, die es zehnfach zu kopieren gilt.

Viertel acht (19.15 Uhr!) bin ich im »Club für Dich«, einem Stadtteilkulturladen in der Neustadt. Vor der Tür treffe ich den sogenannten »Monarchen ohne Geschäftsbereich« (Bunte Republik Neustadt). Er kommt gerade aus einer Marathonsitzung der Sanierungskommission, wo wir uns als Beisitzer abwechseln. Mit Sanierungsproblemen habe ich mich früher in der Hamburg-Altonaer Altstadt befassen müssen. Arme Dresdner Neustadt, wenn sie nach den Plänen von Politikern und Investoren modernisiert wird.

KEIN ERFOLG IM »SCHLAGLOCH«

Im Club sitzt der ehemalige Mitarbeiter des Stadtkabinetts für Kulturarbeit, Werner E. Die dynamische Kulturkugel entzieht sich jeder Einordnung.Seine Leistungen sind so enorm, wie sein Arbeitsstil unmöglich ist. Mein letzter Streit mit ihm war so heftig, daß wir inzwischen vom gemeinsamen Wodka- zum Biertrinken übergegangen sind.

Mit dem Fahrrad geht es in den »Infoladen Schlagloch«, in dem sich der Kern der Neustädter »Antifa-Bewegung« organisiert. Ich will mich für die nächste Woche als Koch für die Volxküche anmelden. Keiner da – ich bin nicht unglücklich, obwohl ich gerne koche.

Um acht treffe ich Sören im Büro der »Kulturstadt e.V.«. Er war der Betreiber der abgebrannten »Bronxx« und ist inzwischen ABM-Koordinator im »Kulturstadt e.V.« – natürlich selbst auf ABM-Basis. Kein leichter Job, da das Büro kein Telefon hat und dem Verein bisher jede Sachmittel verweigert wurden.

Gegen neun sind wir auf der »Bauparty«. Da versammelt ein Dresdner Schlaufuchs jeden Montag seine Freunde auf einer Baustelle, und wir helfen ihm dann bei der Realisierung seines Projektes. Nähere Angaben verstoßen hier leider gegen den notwendigen Datenschutz.

Gegen 1 Uhr finden wir uns wieder in der Neustadt ein. Die »Scheune«, ein großer ehemaliger Jugendclub und soziokultureller Vorreiter aus DDR-Zeiten, hat geschlossen. Beim letzten Bier im »Café 100« erfahre ich von den Nachtschwärmern aus der »B 16«, daß letzte Nacht der Kellner aus der »Planwirtschaft« auf dem Heimweg zusammengeschlagen wurde und daß der sächsische Innenminister Eggert im Szene-Café »Tivoli« gesichtet wurde. Mir reicht es, das Fahrrad wird aus der Ex-Ambulance gewuchtet. Der kalte Gegenwind bereitet mich auf den Hausflur vor. Im Bett denke ich über all das nach, was ich heute nicht erledigt habe: Die Arbeit am Ausbildungskonzept für den »Kulturstadt e.V.«, den Besuch der »Konzertklause« wegen Reparatur des 100 Jahre alten Flügels, die Niederschrift eines Organisationsplanes für das große Stadtteilfest der »Bunten Republik Neustadt« am 21. Juni und...

Auf DT 64 kann ich heute verzichten. ●

Anzeige

10 Jahre Ökofonds der GRÜNEN NRW

DIE GRÜNEN
ÖKOFONDS

ab 15.00 Uhr Kinderprogramm mit dem Theater Monteur
ab 18.00 Uhr Empfang "10 Jahre Ökofonds NRW"
ab 20.00 Uhr Kulturprogramm und Fete mit dem Theater Garuda und der Afro-Jazz Band Adesa aus Ghana

Köln-Overath, 21.3.1992
im Schulzentrum Cyriax, Colne-Valley Platz

weitere Infos und Anmeldungen bei dem Ökofonds NRW, Volksgartenstr. 35, 4000 Düsseldorf 0211/770 08 17

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Eine Hoffnung im UKW-Bereich

Reinhard Schult: Mit wechselnder Zusammensetzung gab es seit 1980 eine kleine konspirative Truppe, sie sich zunächst in Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen gebildet hatte. In diese Gruppe kam erst ab 1988 dieser Matthias Heinrich (IM »Andreas«. Die Red.). Man kann, glaube ich, davon ausgehen, daß die Gruppe acht Jahre lang Spitzelfrei war. Aus dieser Gruppe waren vier Leute beteiligt, dazu Stephan Krawzcyk. Die anderen haben das begleitet, wußten davon, waren aber nicht aktiv in der Vorbereitung. Auch mit den Westfreunden haben sich nur zwei von unseren Leuten getroffen. Das war recht gut gesichert.

Wir haben natürlich trotzdem Fehler gemacht. Nach dem Verteilen der Flugblätter haben wir beispielsweise festgestellt, das wir noch Reste von den Stempelbuchstaben in den Fahrradtaschen hatten. Wenn die uns erwischt hätten, wären das natürlich die schönsten Beweismittel gewesen. Das Schlimmste ist, daß die Dinger noch tagelang in den Satteltaschen herumlagen. Wir hatten ja alle Reste vernichtet und verbrannt. Aber beim Transport hatten wir ein paar von den Buchstaben verloren, und die entdeckten wir erst dann.

»telegraph«: Wie war der Verteilungsschlüssel der Flugblätter?

Reinhard Schult: Relativ willkürlich. Wir haben mit der Verteilung gleichzeitig in verschiedenen Stadtbezirken, Friedrichshain, Prenzlauer Berg und Mitte begonnen und sie dann in Briefkästen und Telefonzellen verteilt, aber auch in Kneipen auf Toiletten. Auch die Presseleute haben die Zettel in den Briefkasten bekommen. Es kam dadurch ein, zwei Tage vorher in der »taz« und im SFB, daß in der DDR ein unabhängiger Sender seine Sendung aufnehmen will. Dadurch hatte die Information eine gewisse Verbreitung bekommen.

»telegraph«: Von welchem Ort sendete eigentlich damals der »Schwarze Kanal«?

Reinhard Schult: Das soll im Wedding gewesen sein, in einem toten Winkel, der fest ringsum von Mauer umgeben war. Unsere Westberliner Verbindungsleute haben ihre Sendeanlage und die Antenne dort auf den Dachboden geschafft und die Kassette eingelegt. Dann haben sie das Haus von oben beobachtet. Sie wären also auch nicht erwischt worden, wenn die Sendeanlage gefunden worden wäre. Natürlich haben sie dann zur nächsten Sendung den Ort gewechselt. Die Deutsche Bundespost hat damals genauso wie die Stasi nach dem Sender gesucht. Auch nach dem Westberliner alliierten Recht war das eine illegale Aktion.

»telegraph«: Es wurde ja damals vermutet, daß Stasi und Bundespost beim Peilen zusammenarbeiten.

Reinhard Schult: Das weiß ich nicht. Jedenfalls ist auf beiden Seiten gepeilt worden. Im Osten fuhren die Peilwagen der Stasi, im Westen die Peilwagen der Polizei. Am Tag, als die erste Sendung lief, kreisten über Ostberlin Hubschrauber und die Straßen waren voll mit Polizei und Stasi. Ich weiß von Staatssicherheitsleuten der Abteilung XX, von denen viele in den Peilwagen eingesetzt wurden, daß sie selbst etwas erstaunt war, wieviel Technik zur Verfügung stand. Wir wissen heute, daß außer der Abteilung XX, die Spionageabwehr (Abteilung II), die Paß- und Kontrolleinheiten und die Hauptabteilung Aufklärung beteiligt waren. Es war ein Riesenaufwand.

Ein Großteil der Szene wurde überwacht. Soviel ich weiß, tippten Sie von Anfang an auch schon in meine Richtung des Friedenskreises Friedrichsfelde, weil ihnen das Thema und der Duktus auffielen, die natürlich etwas mit dem Tschernobyl-Appell zu tun hatten. Möglicherweise haben sie auch schon hinsichtlich des satirischen Teils in Richtung Stephan Krawczyk gedacht.

»telegraph«: Mindestens in Szenekreisen war die Sendung ein Bombenerfolg und paßte genau in die Situation.

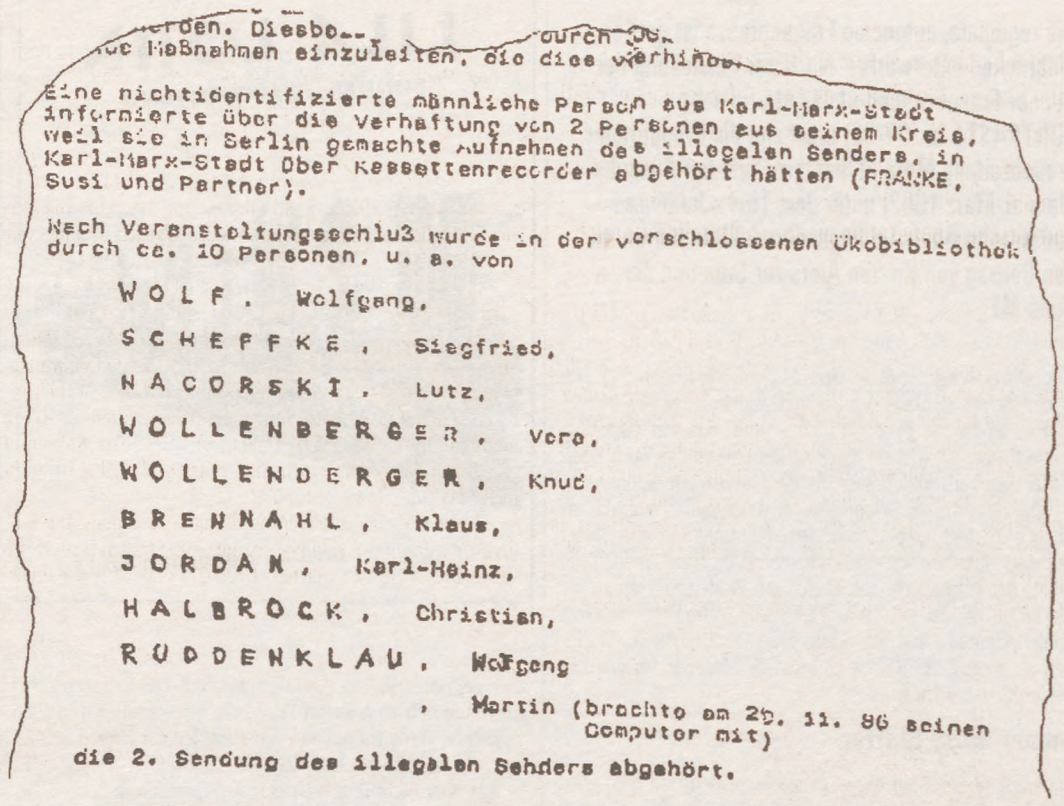
Reinhard Schult: Wir waren natürlich in Hochstimmung, als die erste Sendung kam und haben uns innerlich viehisch geärgert, daß wir niemand erzählen konnten, daß wir das waren. Die Tage danach haben wir uns allerdings nicht mehr so gut gefühlt. Ich hatte dann streckenweise fünfzig Leute und zwanzig Autos an den Hacken. Das war ein richtiges Observationskommando, das mich vier Wochen lang beobachtete und bespitzelte, von morgens um halb vier, als ich in meine Heizung zur Arbeit ging bis nachts um zwölf, wenn ich aus der Kneipe kam. Ein Bekannter meinte, daß es schon komisch wäre: die Seitenstraßen sind völlig ruhig, aber in der Stargader Straße ist ein Betrieb wie auf dem Kudamm. Es war dann schon ziemlich witzig, daß einem abends um zwölf Bauarbeiter in fabrikneuen Arbeitsklamotten begegneten, Fahrradfahrer, Motorradfahrer. Auf dem Hof war man nie mehr allein. Man konnte nicht mehr spazieren gehen, ohne daß irgendwelche Leute auftauchten. Ständig natürlich neue Gesichter. Sie haben da schon ziemlichen Aufwand betrieben, um uns rund um die Uhr zu beschatten.

»telegraph«: Das wurde natürlich schwierig, weil Ihr für einen Monat später eine neue Sendung angekündigt habt.

Reinhard Schult: Ja, wir wollten die nächste Sendung produzieren, um den Sender nicht gleich vor den Baum laufen zu lassen. Ich habe mich dann herausgehalten und die nächste Sendung wurde von Stephan Krawczyk und einem anderen mehr zum Thema Kultur gemacht. Dann wurde es auch für die beiden schwierig. Krawczyk waren sie wegen anderer Ereignisse an den Hacken. Wir hatten beispielsweise den Eindruck, daß eine Wohnung, in der sich die beiden getroffen hatten, hinterher konspirativ durchsucht wurde. Wir konnten das nicht beweisen, gingen aber davon aus, daß sie etwas mitbekommen haben. Die nächste Sendung wollten wir zum Thema Knast machen. Um die Verfolger abzuschütteln, haben wir einen langen Fluchtweg konstruiert, über S-Bahn, Autos und so weiter und haben uns dann in einem Dorf im Süden zusammengesetzt. Dort haben wir dann die Sendung produziert.

»telegraph«: Die dritte Sendung wurde ja bereits schon so gestört, daß praktisch nichts mehr zu hören war. Bei der zweiten Sendung wurde noch gepeilt...

Reinhard Schult: Bei der zweiten Sendung wurde auch schon etwas mit dem Stören angefangen. Bei der zweiten Sendung war die Polizei in Westberlin schon ganz dicht daran. Die Polizei stürmte allerdings nur das Nachbarhaus. Auch in der DDR hatte es eine Panne gegeben. In Karl-Marx-Stadt wurden Dirk Teschner und Susi Franke wegen der Verteilung der Kopien der ersten beiden Sendungen eingesperrt. Die dritte Sendung, bei der wir dann zur Solidarität mit den beiden aufriefen, wurde bereits massiv gestört. Es war dann eigentlich ziemlich klar, daß man nicht gegen diesen starken Störsender ankommt, daß sie es schaffen, außerhalb des Umkreises von einem Kilometer alles wegzustören. Die Westberliner Freunde haben dann auch gesagt, daß Aufwand und Nutzen den Grad der Gefährdung nicht mehr rechtfertigen. Wechseln und Springen hatte auch nichts gebracht, weil die Hörer das nicht mitgekriegt hätten und es keine Schwierigkeit gewesen wäre, den Störsender auf die neue Frequenz zu packen.



...erden. Diesbe... durch ...
...ne Maßnahmen einzuleiten, die dies verhinde...

Eine nichtidentifizierte männliche Person aus Karl-Marx-Stadt informierte über die Verhaftung von 2 Personen aus seinem Kreis, weil sie in Berlin gemachte Aufnahmen des illegalen Senders, in Karl-Marx-Stadt über Kassettenrecorder abgehört hätten (FRANKE, Susi und Partner).

Nach Veranstaltungsschluß wurde in der verschlossenen Ökobibliothek durch ca. 10 Personen, u. a. von

WOLF, Wolfgang,
SCHEFFKE, Siegfried,
NACORSKI, Lutz,
WOLLENBERGER, Vera,
WOLLENDERGER, Knud,
BRENNAHL, Klaus,
JORDAN, Karl-Heinz,
HALBROCK, Christian,
RÜDDENKLAU, Wolfgang
, Martin (brachte am 29. 11. 86 seinen Computer mit)

die 2. Sendung des illegalen Senders abgehört.

Ausriß aus einem Stasibericht zum Berliner Ökoseminar 1986 in der Umwelt-Bibliothek. Auch hier wurde alles, was mit dem »Schwarzen Kanal« zu tun hatte, sorgsam registriert.

Deshalb ist dann auch der Sender beendet worden. Wir haben natürlich immer wieder einmal darüber nachgedacht, ob wir nicht aus dem Osten senden könnten. Wir hätten eine kleine, transportable Anlage kriegen können und hatten uns auch schon entsprechende Kirchtürme ausgesucht. Klar war natürlich, daß dann der Sender weggewesen wäre. Dann kam aber im Jahre 1987 schon die Idee von Leuten des Westberliner Alternativsenders Radio 100, eine DDR-Sendung machen zu wollen. Im Juli 1987 haben wir dann die erste Sendung von »Radio Glasnost« für Radio 100 produziert.

»telegraph«: Selbst diese Sendung wurde dann einmal von der Staatssicherheit gestört.

Reinhard Schult: Ja, sie haben es versucht, aber es gab dann massive Beschwerden von Seiten der Bundesregierung, und sie mußten es dann sein lassen. Wir sahen dann aber jedenfalls nicht mehr die Notwendigkeit für eine neue Piratenaktion. Das Risiko ist eben doch ziemlich hoch gewesen. Die Staatssicherheit war so wütend, daß sie uns für beträchtliche Zeit eingebuchtet hätten, wenn sie uns erwischt hätten.

»telegraph«: Leider hat sich dann ja »Glasnost« nur teilweise wunschgemäß entwickelt.

Reinhard Schult: »Glasnost« wäre noch einmal ein extra Thema. Ich denke, man kann jetzt soviel sagen, daß »Radio Glasnost« dann eine ähnliche Richtung bekam wie diese Ostseite der »taz«. Die Westleute haben dann die Sendung mehr oder minder nach ihren Erfordernissen zusammengestellt. Ich denke, es ist allgemein ein Problem, daß es damals wie heute kaum zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der politischen Szene in Ost und West gekommen ist. Natürlich gab es erhebliche Schwierigkeit, eine Ostredaktion unter den hiesigen politischen Bedingungen zusammenzustellen.

»telegraph«: Das lag aber sicher auch daran, daß die Kontakte permanent gestört wurden, sowohl über die Reisesperren, die ohnehin bestehenden Kommunikationssperren, Abhörmöglichkeiten als auch über die Arbeit von Inoffiziellen Mitarbeitern.

Reinhard Schult: Ja, aber neben diesen objektiven Schwierigkeiten gab es eben damals wie heute den Anspruch der Westler, sie wüßten, wie man Politik macht und müßten uns das beibringen. Es gab zwar immerhin Kontakte aber eben keine wirklichen Arbeitszusammenhänge.

»telegraph«: Nun haben wir ja diese Einheit, aber eins der wesentlichen Rechte, die Rundfunkfreiheit, ist weiter denn je. Der Westberlinger Alternativ Sender Radio 100 ist kaputt gemacht worden, der ehestens noch für unsere politischen Inhalte offene Sender DT64 wird langsam erdrosselt.

Reinhard Schult: Der Dudelfunk, der der Nachfolger von Radio 100 wurde, ist es natürlich ebenso wenig wie die anderen. Im Gegenteil, in der Medienlandschaft werden die Reste an Eigenständigkeit plattgemacht. Es gab ja auch in der DDR eine ganze Menge Projekte auf der Medienstrecke, aber wegen der gesetzlichen, bürokratischen und finanziellen Hürden ist es praktisch nur parteiengelenkten und reichen Leuten mit kommerziellen Interessen möglich, einen Sender zu betreiben. Man wird einfach sehen müssen, welche Möglichkeiten sich bieten. Ich denke schon, daß unabhängige Sender notwendig sind.

»telegraph«: Aufrufen wollen wir ja zu nichts. Dies wäre die Aufforderung zu einer Straftat.

Reinahrd Schult: Ja, gut, das will man ja nicht machen. Man ist ja rechtsstaatlich orientiert und trampelt fest auf der Grundlage der FDGO herum. Richtige Alternativen fallen mir auch im Moment nicht ein. Aber damals hat diese Aktion Spaß gemacht und politisch wie eine Bombe eingeschlagen. ●

Das Gespräch führte r.l.

Anschrift des »telegraph«
Schliemannstr. 22 · O-1058 Berlin

Die vier Sendungen des Ostberliner Piratensenders von 1986 (zwei Kassetten) kosten 25,00 DM.

Anzeige

WER WILL HIER DEN RECHTSSTAAT LINKEN?

Der Zweck heiligt die Mittel – zu solchen und ähnlichen Volksweisheiten greifen Politiker, wenn sie dem Volk mal wieder was weismachen wollen. Zum Beispiel, daß eine Änderung des Asylrechts die Flüchtlinge fernhält. Jüngst nahm Bundesinnenminister Seiters die Sache in seine Hände. Von Lagerunterbringung über flüchtige Flüchtlingsanhörungen bis zum kurzen Prozeß vor Gericht ist in seinem Entwurf alles enthalten, was die Rechte der Verfolgten bedroht.
Ablenkungsmanöver – denn mit den Asylsuchenden werden gleichzeitig die eigentlichen Probleme und Ursachen weit weggeschoben. Nämlich die Zustände in der Heimat der Flüchtlinge. Aber nicht nur die Asylsuchenden sind die Leidtragenden. Auch der vielbeschworene Rechtsstaat läßt dabei Federn. Wenn weiter so mit ihm umgegangen wird, ist es nur eine Frage der Zeit, bis der Begriff zur reinen Worthülse verkommt.

In Kürze wird abschließend über das neue Gesetz zum Asylrecht beraten. Darum fordern wir jetzt: Kein Notstandsgesetz gegen Flüchtlinge!

Flüchtlingsschutz muß bleiben.

PRO ASYL setzt sich für ein uneingeschränktes Asylrecht ein.

☐ *Bitte schicken Sie mir Informationen zu PRO ASYL.*

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Bitte ausschneiden, in einen Briefumschlag stecken, 3,– DM in Briefmarken beilegen und senden an:
Förderverein PRO ASYL e.V., Neue Schlesingergasse 22, 6000 Frankfurt/M. 1.
Spenden bitte auf das Konto Nr. 380900-608, Postgiroamt Frankfurt/M., BLZ 500 100 60.

PRO ASYL
Förderverein PRO ASYL e.V.

FREIE RADIOS

Frauen auf Radio Dreyeckland

»Wir sind Frauen, die einmal wöchentlich eine Infosendung von und für Frauen machen, seit 19.6.91 in Radio Dreyeckland, Freiburg. Entstanden ist das Fraueninfo im Anschluß an eine 8. März-Sondersendung, wo wir über internationalen Frauenwiderstand berichteten.

Radio Dreyeckland ist ein freies, nicht-kommerzielles Radio, es entstand im Zusammenhang der regionalen Anti-AKW-Bewegung und sendete 10 Jahre illegal, bis es 1988 eine Frequenz zugewiesen bekam und legalisiert wurde.

Als Jingle für das Fraueninfo hatten wir das Lied »Rote Zora« von der Kölner Gruppe 'Heiter bis wolkig' ausgesucht. Gleich nach der ersten Sendung am 19.6.1991 wurde dieser Jingle von der Landesanstalt für Kommunikation beanstandet. Am nächsten Tag folgte die schriftliche Aufforderung, besagte Sendung an die LFK zu schicken.

Doch damit nicht genug. Mitte August kam vom LKA eine Mitteilung, die besagte, daß gegen »unbekannt« ein Ermittlungsverfahren nach §129a eingeleitet worden sei, wegen des Verdachts des »Werbens für die terroristische Vereinigung ROTE ZORA« in der Sendung Fraueninfo vom 19.6.91.

Bei der beanstandeten Sendung handelt es sich um die erste Sendung des Fraueninfos. Das Wichtigste zum Ablauf: Bei der ersten Fraueninfo-Sendung stellten einerseits einige Frauen das Konzept des Fraueninfos vor, und andererseits saßen Frauen im Studio Vertreterinnen von Freiburger Frauengruppen, die sich und ihre Arbeit vorstellten und ihr Interesse an einem Fraueninfo erklärten.

Zu Beginn der Sendung lief der besagte ROTE ZORA-Jingle. Zur Erklärung wurden anschließend Auszüge aus einem Interview mit der ROTEN ZORA dokumentiert. Dieses Interview war bereits 1984 in der Emma erschienen. Darin schildert die ROTE ZORA ihr Selbstverständnis und ihre politische Arbeit als eine radikale Frauengruppe. Soweit mal das Wichtigste zu dieser ersten Sendung.

Dieses §129a-Verfahren, das nun gegen unbekannte Verantwortliche dieser Sendung läuft, sehen wir im Zusammenhang mit anderen §129a-Verfahren, die sich die letzten zwei Jahre in Freiburg massiv angehäuft haben.

Ein weiteres Problem ist der Druck, der auf das Radio mit dem Landesmediengesetz ausgeübt werden kann. Ein legales Radio muß grundsätzlich verantwortliche Personen benennen können und ist dazu verpflichtet, jederzeit auf Nachfrage der LFK Sendungen vorzulegen. Ansonsten kann mit dem Entzug der Sendegenehmigung gedroht werden.

Selbstverständlich sendet das Fraueninfo weiter, wir werden weiterhin über feministische relevante Themen berichten. Ebenso über Vorstellungen, Initiativen und Aktionen, die die derzeitige existierende Herrschaftsordnung angreifen, und die eine gerechte und menschenwürdige Gesellschaft entwickeln wollen. ●

RADIOTREFFEN IN DRESDEN

Die Radioinitiative Dresden lädt für die Zeit vom 19. bis 21. Juni 1992, zu einem Treffen der unabhängigen, freien und nichtkommerziellen Radios ein. Das Treffen wird in der Dresdner Neustadt stattfinden, in der zum selben Zeitpunkt die BUNTE REPUBLIK NEUSTADT ihr Fest ausrichtet.

Informationen:
Radioinitiative Dresden
Hans-Sachs-Str. 20
O-8023 Dresden

Anzeige

BEHÖRDEN- UND UNTERNEHMER-UNFREUNDLICH

telegraph

die Zeitschrift aus Ostberlin, unhöflich-bissig

3,00 DM

Unsere Themen: Antifa, Stasi, Kriegsdienstverweigerung, Osteuropa, Wirtschaftssauereien Made in BRD und anderes. Dies alles betrachtet durch die "linke" Lupe und gemacht von unverbesserlichen Querulanten, die schon zu DDR-Zeiten Reißzwecken im Magen der Herrschenden waren.

Der "telegraph" erscheint monatlich, ist zu erhalten über Infoläden und ausgesuchte Buchhandlungen, oder im Abo über: Redaktion "Telegraph", Schliemannstr.22, Berlin O-1058
Einzelhandelspreis DM 03, Jahresabo DM34, ,Halbjahresabo DM17,50, auf Probe (2 Nr.) DM05

MEDIENTIPS

SUBBILD, Heft 4:

Durchlässiges Denken gefragt

Über 90 Seiten ungewöhnlicher Bild- und Textspielereien finden sich im neusten Heft der Heidelberger Kopie-Zeitschrift SUBBILD. Eine reichhaltige Mischung assoziativer Kurzprosa, sperriger Lyrik sowie diverse optische Kreationen von Computer-Grafik, Kopier-Experimenten, Strichel-Skizzen und Schnippel-Collagen strömt auf erstaunte LeserInnen und verdutzte BetrachterInnen ein.

Der Genuß solch unorthodoxer Zeitschriften wie SUBBILD, (Untertitel: 'Zeitschrift für poröses Denken') ist sicher gewöhnungsbedürftig. Doch wer sich den vielfältigen Experimenten nicht verschließt, wird durchaus seinen Spaß haben, auch wenn er/sie nicht jeden Text, nicht jedes Bild verstehen kann oder verstehen wird. Denn viele Beiträge scheinen in erster Linie foppen, provozieren, verwirren oder irritieren zu wollen. Sie sind mit herkömmlichen Denken nicht zu fassen und wehren sich erfolgreich gegen klare Aussagen und gradlinige Nachvollziehbarkeit, sie leben vielmehr von der Assoziation und Phantasie der LeserInnen.

Unter den gut zwei Dutzend AutorInnen und KünstlerInnen finden sich neben Scene-Veteranen wie Hadayatulla Hübsch und Jürgen Burkhard auch diverse internationale Little Mag-Herausgeber und MailartistInnen.

Wer glaubt, sich auf Gerichte aus der angedeuteten optischen und sprachlichen Laborküche einlassen zu können, kann Probehefte (6,50 DM pro Stück plus 1,00 DM Porto) beim Herausgeber, Willem van Dijk, Gaisbergstr. 18, 6900 Heidelberg (ISSN 0937-7506) ordern. ●

Kai F. Böhne

Reader: Schülerinnen gegen Terror:

Anleitung zur Brandstiftung

Bei dem hier angekündigten Reader handelt es sich um eine Kampfansage an die Schule als ein Rädchen in der Killermaschinerie Staat. Die Verfasserinnen haben ihre Erfahrungen, die sie während ihrer Ausbildung an einer Kieler Erziehungsfachschule machten, dokumentiert und mit ner Menge Zitaten, Musiktexten, Gedichten und Theorie gemischt.

Der Schulterror, den wir alle erlebt haben oder noch erleben, wird breit analysiert, während gleichzeitig Machtmechanismen und gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge aufgedeckt werden.

Institution Schule, wie sie funktioniert, warum und für wen. Einige der Punkte, die angesprochen werden, sind: die Rolle der Eltern, Lehrerinnen, Mitschülerinnen, sowie Schulpflicht, Fremdbestimmung und Disziplinierung.

Mit Liebe, List und Leidenschaft und einer gewaltigen Portion Wut gewürzt, könnte manche/r sich nach Genuß dieser Lektüre versucht fühlen nach Stift, Stein oder Streichholz zu greifen. Und dieser Effekt ist durchaus nicht ungewollt.

Anleitung zur Brandstiftung – Schülerinnen gegen Terror
Eigendruck, 200 Seiten, Din A5, 12 DM
Bestellungen: nur über Vorauszahlungen (gilt auch für Archive), wegen akuten Geldnotstand!!! Also einfach 12,– DM in Briefmarken oder bar bis zum 31.5.92 in einem Umschlag (ab 5 Bestellungen, 10,– DM pro Exemplar) an folgende Adresse:
Schülerinnen gegen Terror
c/o Buchladen ZAPATA · Stichwort Schulreader
Jungfernstieg 27 · 2300 Kiel 1

Anzeige

WUPPERTAL: NOTAUSGABE DER FRAUENZEITUNG META M.

Keine Zeit für Frauenzeitungen

Die regionale, autonome Frauenpresse ist großen Einbrüchen unterworfen. Nach der Einstellung der Bonner Frauenzeitung »Lila Lotta« (siehe CONTRASTE Nr. 87/92) erscheint die Wuppertaler Frauenzeitung Meta M. mit ihrer zehnten Ausgabe (Januar-März 1992) unter dem Titel »Jubiläums- und Notausgabe«. Im folgenden dokumentieren wir den Beitrag von Kirsten Alers zur Situation der Meta M.

In gewisser Weise ist diese Meta M. eine Notausgabe. Es gibt keinen Schwerpunkt – zum ersten Mal in ihrer Geschichte. Und es gibt keine neuen Frauen – nun, das war eigentlich schon immer so, daß sie mangels Redakteurinnen doch noch hinter dem zurückblieb, was sie hätte bieten/sein können.

Nachdem wir seit Erscheinen der vergangenen Ausgabe zusätzlich zu mehreren dicken, fetten Aufrufen in eben jener Nummer Dutzende von Briefen geschickt und noch mehr Telefonate geführt haben zu all denjenigen Frauen, von denen wir uns erhofften, daß sie uns in irgendeiner Weise unter die Arme greifen könnten, und der Erfolg gegen Null tendierte, begannen wir zu grübeln: Welche könnten die Ursachen für den fehlenden Frauenansturm sein?

Immer diese Mütter

Zunächst mutmaßten wir – ganz bescheiden und uns selbst geißelnd –, daß die Meta M. zu schlecht sei, keine hinter dem Ofen hervorlocken könne oder das Mütterredaktions-Image immer noch mit sich herumschleppe (75% der Redakteurinnen sind tatsächlich »immer noch« Mütter; dieser Teil der Wuppertaler Frauenwelt scheint unerschöpfliche Energiereserven zu besitzen, denn auch über 50% der im Laufe der Zeit engagierten oder auch nur interessiert anfragenden Frauen waren Mütter).

Großstadt Wuppertal – doch ein Kuhkaff

Schließlich wurden wir etwas positiver und stellten (u.a. nach zahlreichen Gesprächen mit in der Frauenszene engagierten Frauen) fest, daß ein Großteil unserer Leserinnen sehr traurig über ein Ableben von Meta M. wäre, aber selber bis über beide Ohren mit Arbeit und Politik eingedeckt ist. Das trifft vor allem für die in Projekten und Institutionen tätigen Frauen zu.

Da wir leider fast keine Lerserinnenzuschriften bekommen, kann hier über den »Rest« unserer Leserinnenschaft keine Vermutung angestellt werden.

Das Imperium schlägt zurück

Aber ein paar Mutmaßungen sollen doch angestellt werden:

In den letzten 20 Jahren hat sich das öffentliche Bewußtsein bezüglich der Frauenfeindlichkeit (und Kinderfeindlichkeit) aller gesellschaftlichen Bereiche erheblich verbessert – vor allem durch stetige Veröffentlichungen in Presse und Literatur. Diese Tatsache verschleiert oft, daß die reale Gewalt gegen Frauen (und Kinder) und die Versuche, sie fremdzubestimmen, keineswegs geringer geworden sind, ganz im Gegenteil. Beispiele für sogar rückläufige Tendenzen sind die Auseinandersetzungen um die Verschärfung des §218, die besonders harte Diskriminierung von Frauen durch das neue AusländerInnengesetz oder die in Ost und West hoffnungslos überfüllten Frauenhäuser.

Aber gerade Frauen mit ihrer oft so stark ausgeprägten Harmoniesucht und ihrer Bereitschaft, schon für geringe (meist nur verbale) »Fortschritte« ihrer (Ehe-)Männer unendlich dankbar zu sein, verwechseln dann Sein und Bewußtsein, vergessen, daß erkämpfte »Erfolge« immer verteidigt sein wollen, unterschätzen den Wert von immer wieder und noch einmal ans Licht der Öffentlichkeit gezerrten Beschreibungen der Gewalt- und Machtverhältnisse (was auch die Meta M. auf ihre Fahnen geschrieben hat). Schweigen nützte schon immer den Herrschenden!

Und: wir leben nicht mehr in Zeiten des Aufbruchs. Viele Frauen sind seit Jahren in festen Projekten engagiert, deren Stabilität schließlich Multiplikationsfunktion erfüllt. Sie sind

älter geworden und vielleicht erschöpfter. Die jüngeren unter uns ruhen sich oft auf dem Erreichten aus, profitieren in allen möglichen Verhältnissen von den Kämpfen der älteren Schwestern. So weit, so gut bzw. legitim.

Was aber nicht so gut ist und sich quer mit dem oben Beschriebenen vermischt ist die Tendenz, wieder Politik und Privates zu trennen – übrigens nicht nur in der Frauen-, sondern in der gesamten Alternativsszene zu beobachten. Sätze wie: »Über dem ganzen Politmist habe ich das Menschliche, das, was uns halt so als Menschen verbindet, nicht wahrgenommen« zeigen, wie öffentliches Eintreten gegen Gewalt- und Machtstrukturen als etwas vom »Privaten« Getrenntes begriffen wird. Da war doch das Gerede von der »Betroffenheit« in den 70er und 80er Jahren noch wesentlich explosiver.

Der Rückzug ins Private, die Esoterikwelle, die »neue Innerlichkeit« – wie frau diese Tendenz auch immer beschreibt: sie ist auch eine Antwort auf das Ausgrenzen der persönlichen Lebensverhältnisse, Kräfte und Möglichkeiten aus (nicht nur altlinken) politischen Zusammenhängen. Aber sich nur noch um diese zu drehen, bringt selbst dahinein auf Dauer keine Klarheiten oder Lösungsansätze.

Das »entweder-oder« war noch nie der beste Weg (wenn auch zeitweise notwendig)!

Und die Moral von der Geschicht

Nach all diesen Überlegungen liegt der Verdacht nahe, daß die Notwendigkeit einer Frauenzeitung in und für Wuppertal, die Ereignisse aus feministischer Sicht beschreibt und der Öffentlichkeit preisgibt, nicht unbedingt gesehen wird (einige Frauenprojekte ausgenommen, die die Hoffnung und das Kämpfen noch nicht aufgegeben haben).

Und dann ist ja der Blätterwald im Tal auch enorm: man/frau kann sich über die »wichtigsten« Ereignisse schnell informieren (iTALien, coolibri, Heinz ... und wie sie alle heißen), ohne sich durch längere Artikel quälen zu müssen; alles ist schön bunt, witzig, spritzig, kulturell auf der Höhe der Zeit. Denken und Wissen, Innehalten und Debattieren – ach das sind doch Relikte der späten 70er. Na, und dann ist es ja auch viel bequemer, den Fernseher oder das Videogerät einzuschalten, anstatt zu versuchen, die Gedankengänge irgendeiner (Möchtegern-)Schreiberin nachzuvollziehen.

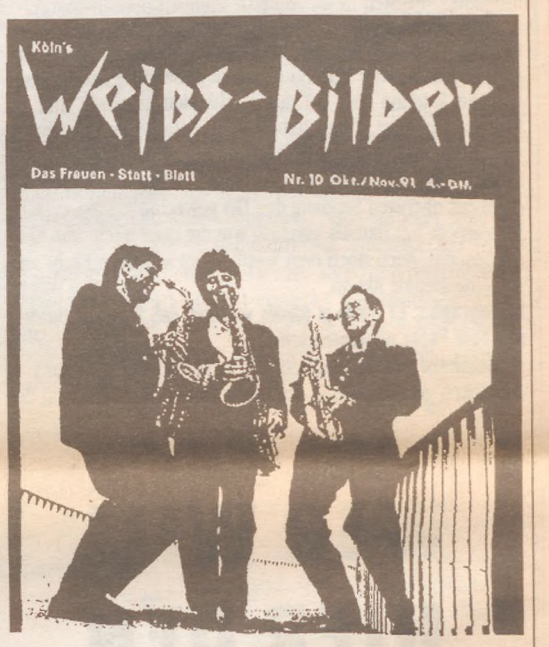
Das Prinzip Hoffnung

Welche bis hierhin durchgehalten hat, wird sich spätestens jetzt fragen, welche Hexe uns eingeflüstert hat, die Meta M. doch weiterzumachen. Zugegeben: es war Trotz im Spiel und auch persönliche Verbundenheit mit unserem »Blättchen« (hier ist die Verniedlichung liebevoll, nicht kleinmachend gemeint). Doch letztendlich waren die Einsicht in die Notwendigkeit von Öffentlichkeit und der Wille, die Schrift- und Diskussionskultur weiterhin aufrecht zu erhalten, ebenso ausschlaggebende Motive.

Naiv – vielleicht! Anachronistisch – mit Sicherheit! Ein paar Krümel mehr im Getriebe der Zeit können jedenfalls nicht schaden! In diesem Sinne: Greift zur Feder, Mädels! ●

Kirsten Alers

Probeexemplar für 4,– DM (Verechnungsscheck) über:
Meta M.
Waisenstr. 24 · 5600 Wuppertal 2



ÜBERBLICK

Frauenzeitungen anderswo

Auch in anderen Städten gibt es tatsächlich immer noch oder eben erst oder seit kurzem nicht mehr feministische, autonome Frauenzeitungen.

Hier eine (unvollständige) Bestandsaufnahme, die alles andere als erheiternd und Mut einflößend ist:

- die **lila ac** (Aachen) gibt es seit drei Jahren nicht mehr;
- die **Lila Lotta** (Bonn) ist mit ihrer letzten Nummer im Juli 1991 nach über 10jähriger monatlicher (!) Erscheinungsweise u.a. mangels Nachwuchs eingestellt worden;
- die **abschminke** (Heidelberg) wird seit ewigen Zeiten von zwei (!) Frauen gemacht, die aber im Frühjahr nach fast zweijähriger Pause wieder eine Ausgabe wagen wollen;
- die **igitte** (Dortmund) wurde vor ca. einem Jahr zwecks Neukonzeptionierung vorübergehend auf Eis gelegt;
- die **lava** (Karlsruhe) hat sich seit vielen, vielen Monaten trotz immer wunderbaren Verkaufszahlen nicht mehr in Wuppertal blicken lassen (wir haben mit vielen Frauenzeitungen Austauschabos);
- sogar die **HFZ** (Hamburg), die gerade ein rauschendes Fest zum 15. Geburtstag feierte, gönnt sich eine halbjährige schöpferische Pause.

Aufmunternd zeigt sich hauptsächlich das Rheinland im Westen des Ruhrpotts:

- Duisburger Amazonen brachten soeben die Nr. 1 ihres Mediums **Medusa** auf den Markt, in dem sie als Schwerpunkt »Frauen in dem Medium« und damit auch ihre (und unsere) Situation im bundesdeutschen Blätterwald thematisierten (viel Kraft und herzlichen Glückwunsch!);
- am linken Niederrhein etabliert sich langsam, aber sicher die **Weselerin**, die, zunächst belächelt, nun deutlich an Niveau gewinnt;
- **La LiBerta** hält sich nach wie vor mit zweimonatiger Erscheinungsweise in Düsseldorf

Die überegionalen Frauen- und Lesbenzeitungen sind nicht so großen Einbrüchen unterworfen, was sicherlich u.a. an einem zwar begrenzten, aber festen, in gewisser Weise einschätzbaren Leserinnenkreis liegt (Naturwissenschaftlerinnen oder Theologinnen oder Lesben oder ...). Auch die relative Eingegrenztheit der Themen spielt möglicherweise eine Rolle.

Wir jedenfalls lassen uns von den Rheinländerinnen anstekken, denn wo sonst können sich Frauen so frei öffentlich äußern mit ihren Interessen und in aller Widersprüchlichkeit als in den selbst geschaffenen Medien. ●

Kirsten Alers
Meta M., Wuppertal

SCHREINERINNENTREFFEN:

Raus aus der Vereinzelung — Rein in die Vernetzung

Endlich! Im Februar fand in der Frauenbildungsstätte Edertal-Anraff das 2. Schreinerinnentreffen statt. Der Andrang war riesig. Da in dem Haus nur 35 Lesben/Frauen Platz haben, mußte leider über 20 Interessentinnen abgesagt werden.

Schreinerinnen bei der Schreinerei BIIRABOOM in Stetten — Foto: küma

Redaktion Südwest, Sabine Violetta Zöller ● Nachdem es in den 80er Jahren schon vereinzelte Schreinerinnentreffen gab, die leider wieder abbröckelten, könnte dies der Anfang sein, uns mit Kontinuität zu treffen und zu vernetzen. Die Lesben/Frauenbetriebe waren leider schwächer vertreten als beim letzten Mal, einzig vom österreichischen Verein »Fragile« (ein Ausbildungsprojekt für Schreinerinnen) waren vier Schreinerinnen gekommen. Auffällig war, daß fast alle tatsächlich in ihrem Beruf erwerbstätig sind, was leider in dem Sinn immer noch etwas Besonderes ist, da es für Lesben/Frauen weiterhin schwierig ist, einen stimmigen, zumindest aber erträglichen Arbeitsplatz in diesem Handwerk zu finden. Etwa ein Drittel arbeiten in selbstverwalteten Betrieben/Projekten, andere sind in der Ausbildung, arbeiten als reisende Gesellinnen oder in »normalen« Betrieben.

Der erste Eindruck von Anreise und Kennenlernen am Freitag Abend: Wie toll, anregend und einfach genial es ist, mit so vielen Schreinerinnen an einem Ort zusammen zu sein! Die Motivation zu kommen und die Bedürfnisse in Bezug auf das Wochenende waren in vielen Punkten sehr übereinstimmend:

- raus aus der tagtäglichen Vereinzelung, mal sinnlich und konkret zu spüren und zu erfahren, daß wir so viele sind;
- uns kennenlernen und vernetzen;
- Austausch von Erfahrungen, Wissen und Informationen;
- »freien« – zumindest nicht von Männern bestimmten und/oder beeinflußten Raum zu leben, zum sich fallen lassen, Ideen »spinnen« oder einfach nur da zu sein;
- die eigene Identität und das Selbstbewußtsein als Schreinerin stärken.

Aus dem Vorstellen und uns Kennenlernen ergab sich ein erstes wichtiges Thema, das sich das ganze Wochenende, mal mehr, mal weniger, durchzog. Wie selbstbestimmt und eigenständig arbeiten und bewegen wir uns in gemischten (bezogen auf Männer und Frauen) Betrieben? Bekommen und nehmen wir uns den Raum, unseren eigenen Rhythmus, unsere eigene Arbeitsweise, unser eigenes Lerntempo und die Art und Weise, wie wir uns einbringen, selbst zu bestimmen? Inwieweit hindern uns darin die Männer, deren Arbeitsweise, auch in Kollektiven, immer noch weitgehend an dem gesellschaftlich vorgegebenen Arbeits- und Leistungsbegriff orientiert ist? Inwieweit sind es unsere eigenen verinnerlichten Ansprüche und unsere Orientierung an männlichen Maßstäben, die unsere Entfaltung behindern? Mehr oder weniger verwenden wir erstmal 'ne Menge Energie, um überhaupt die Schwelle zur Arbeitsstelle zu überschreiten. Wir leisten »Mehr«arbeit, weil wir nicht nur Energie in die konkrete schreinerische Arbeit stecken, sondern auch in die Auseinandersetzungen um Anmache, Sexismus, Konflikte und Leistungsansprüche, in das Erklären und Begreiflichmachen unserer »anderen« Realität und auch immer noch darin, mehr leisten zu müssen, um überhaupt als Lesbe/Frau im Handwerk anerkannt zu werden.

Den Einstieg in das Hauptthema »Die Tradition von Frauen im Handwerk – damals und heute« fanden wir über eine Traum- und Phantasiereise zu unserem (realen oder utopischen) Arbeitsplatz. Über dieses Erfühlen und Erspüren kamen wir nochmals auf ganz andere Weise an Aspekte ran, die unseren Arbeitsalltag bestimmen und unsere Realität als Lesben/Frauen im Handwerk ausmachen.

Brigitte Göllner, Schreinerin und Ethnologin referierte aus ihrer entstehenden Dissertation über die Tradition von Lesben/Frauen im Handwerk. Ernüchternd für uns, daß es früher (also z.B. im Mittelalter) zwar Frauenzünfte gab, aber keine Schreinerinnen. Zumindest gibt es keine »aktenkundigen« Beweise, was natürlich mit der »männlichen« Geschichtsschreibung zu tun haben kann, in der Lesben/Frauen tendenziell eh nicht vorkommen, schon gar nicht als eigenständige Personen. In den Städten waren Lesben/Frauen jedenfalls durch die Zunftordnung von bestimmten Berufen ausgeschlossen. Über die Situation auf dem Land können wir nur Vermutungen anstellen. Wir wissen natürlich einfach, daß Lesben/Frauen auf dem Land schon immer alle Arbeiten verrichtet haben – zu Kriegszeiten verrichten mußten – und vielleicht hat sich die eine oder andere auch als Mann verkleidet, um Zugang zu einer bestimmten Tätigkeit zu bekommen. Offiziell zugelassen wurden Lesben/Frauen im SchreinerInnenhandwerk erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts durch eine neue Reichsgewerbeordnung.

Zulassungsbeschränkungen für Lesben/Frauen gibt es ja heute immer noch, z.B. im Bauhauptgewerbe. Dazu haben reisende Gesellinnen im letzten Jahr eine tolle, powervolle Aktion in der FußgängerInnenzone von Osnabrück gemacht, mit der sie die Aufhebung des Arbeitsverbotes forderten. Der Film darüber löste beste Stimmung und Aktionslust aus.

Die wahrscheinlich vorhandene, aber nicht überlieferte Tradition von Schreinerinnen hat jedenfalls Auswirkungen auf unser heutiges Selbstverständnis. Wir stehen immer noch am Anfang und haben wenig konkrete Vorbilder. Umso wichtiger ist es deshalb, uns heute zu vernetzen, auszutauschen, voneinander zu lernen, uns aufeinander zu beziehen, zu stärken und unsere Identität als Schreinerinnen zu entwickeln und zu fördern, unsere Utopien lassen, und unsere »Traumwerkstatt« entstehen zu lassen, anstatt uns von der Realität begrenzen und »zensieren« zu lassen.

Eine Idee, die auf dem Treffen entstand, ist, uns selbst weiterzubilden, z.B. in Form eines Bildungsurlaubs zu Themen wie Entwurf, Gestaltung, Konstruktion und Oberfläche. Eine weitere Idee ist, eine Fotoausstellung unserer Arbeiten zusammenzustellen und sie von Stadt zu Stadt wandern zu lassen.

Auf jeden Fall wird es weitere Schreinerinnentreffen geben. Das Nächste soll noch im Sommer/Herbst dieses Jahres stattfinden. Inhaltlich wollen wir an den Themen Selbstverständnis, Arbeitsbedingungen, Utopien, und eigenen Wegen weiterarbeiten. Auch Themen wie »Sexuelle Übergriffe am Arbeitsplatz« und »Die Situation von Lesben in den Betrieben« gehören zu unserem Alltag und damit auch in die nächsten Treffen. In der Auswertungsrunde wurde nochmals deutlich, wie wohl wir uns gefühlt haben, wie anregend und aufregend ein Austausch ist und wieviel Rückenstärkung und Raum zu »Sein« und »Wege sehen und gehen« wir uns gegeben haben. ●

LERNWERKSTATT

Bildungsangebot für Frauen

Seit neuen Jahren existiert in der Eifel das Tagungs- und Begegnungshaus »Lernwerkstatt Ökologische Akademie für Eine Welt«, deren Seminarangebote der Erwachsenenbildung zunächst schwerpunktmäßig für Beziehungen von sogenannter Dritter Welt mit der »Ersten Welt« behandelt. Seit vier Jahren ist das Programm erweitert um die Bereiche Ökologie, Kreativität, Spiritualität und Therapie – vor allem jedoch um ein reichhaltiges Seminarangebot zum Thema Frauen bzw. Geschlechterverhältnisse. Der Stand der Beziehungen zwischen Frauen und Männern wird als bedeutsam gesehen für den Umgang der Menschen mit der Natur, wie es zum Beispiel in einer Veranstaltung der Kölner Soziologin **Maria Mies** zum Ökofeminismus deutlich wurde. Frauen wird größere Naturnähe zugeschrieben; sie sind es auch, die weltweit intensiver als Männer mit den Folgen der Ökokatastrophen konfrontiert werden.

In diesem Jahr soll es jedoch weniger um die konkreten Bezüge von Frauen und Natur gehen als um die Verschiedenheit im Denken, Fühlen und Handeln von Frauen und Männern, und um Möglichkeiten einer weitgehenden Autonomie von Frauen im Sinne einer (Wieder-)Aneignung weiblicher Kulturformen.

Am letzten Märzwochenende wird **Ruth Schmid-Heinisch** ein Seminar unter dem Titel »Frauenperspektiven: Ent-Täuschungen« leiten. Sie führt das Informationsbüro »Frau und Gesundheit« und die Kontaktstelle für das Netzwerk »Frauen in der Lebensmitte«. Der Workshop thematisiert vor allem die notwendige und mögliche gesellschaftliche Neuorientierung für die älterwerdende Frau, auch mit Methoden des Rollenspiels und anderen kreativen Mitteln.

Der Mai beginnt mit einem viertägigen Seminar zur Tanzimprovisation und Körpererfahrung für Frauen, geleitet von der Gelsenkirchener Bewegungspädagogin **Monika Radojewski**.

Mitte Mai wird die umstrittene und streitbare feministische Theologin und Autorin **Elga Sorge** von einer »weiblich-spirituellen Liebesrevolution« sprechen, die für sie ihren Ursprung in den 68er-Bewegung hat. Titel der happeningartigen Workshops: »Sex, Drugs and Rock my Soul«.

Ebenfalls um die spirituellen Grundlagen einer nachpartriachalen Kultur geht es Mitte Juni in einem Wochenendseminar mit der Autorin **Gerda Weiler**, zudem Mitbegründerin des Vereins »Frauen lernen gemeinsam«. Ihr liegt vor allem an der Entwicklung einer »Autonomen Weiblichkeit«, so auch der Titel der Veranstaltung.

Ein ähnliches Thema bearbeitet Ende August die Autorin und Journalistin **Erika Wisselinck**, die vor allem als Übersetzerin der Bücher von **Mary Dalys** bekannt wurde, aber auch durch ihr eigenes Buch »Frauen denken anders«, nach dem das Seminar benannt ist. Hier soll jedoch auch Platz sein für direkte Auseinandersetzung mit dem männlichen Denken, vertreten durch den Berliner Professor für Sozialökologie **Rudolf Bahro**.

Ende Oktober bietet die Bayreuther Designerin und Künstlerin **Sigrid Engelbrecht** einen Gestaltungsworkshop für Frauen an: »Wer bin ich?«. Diese Frage wird mit Materialcollagen, Körperbemalung, Farbe, Foto und vor allem Spaß am freien Experiment nachgegangen.

Den Abschluß des Frauenprogramms 1992 bildet ein Seminar mit der Berliner Professorin und Autorin **Christina Thürmer-Rohr** und dem Züricher Psychotherapeuten **Hanspeter Padrutt**. »Die Liebestat für die Welt. Wider den Lust-Verlust der Frau und den Machbarkeitswahn des Mannes« heißt die Veranstaltung Ende November, in der es unter anderem um die möglichen und notwendigen Bedingungen für eine Abkehr von der Naturzerstörung geht. Wie können Frauen ihren Rückzug aus der Welt beenden, wie können Männer »zuvorkommende Zurückhaltung« üben?

Die Seminare mit Monika Radojewski, Gerda Weiler und Sigrid Engelbrecht sind ausschließlich für Frauen. Die übrigen Workshops sind auch für Männer zugänglich in dem Versuch, mit denen in einen Dialog zu treten, die ihre Position in Frage zu stellen bereit sind – was zunächst einmal sehr viel Zuhören bedeutet.

Nähere Informationen über den jeweiligen Seminarablauf, die Kosten und Termine sind zu erhalten bei der Lernwerkstatt, 5531 Niederstadtfeld/Eifel
☎ (0 65 96) 5 51

WECHSEL WIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über gesellschaftliche Auswirkungen von Naturwissenschaft und Technik.
WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.
WECHSELWIRKUNG behandelt politische und gesellschaftliche Themen auch unabhängig von Technik und Naturwissenschaft.
WECHSELWIRKUNG erscheint alle zwei Monate im Buchhandel.

Nr. 53, Februar 1992

Schwerpunkt: Gentechnologie
Gentechnik am Menschen ... Gentechnik im Dienste des Militärs ... Gentechnologie manipuliert die Ernährung ... Biologische Gefahrstoffe und Schutz der Beschäftigten ... Kontroverse: Anhörungsverfahren ... Weltweiter Schutz und Patentschutz der biologischen Vielfalt ?
Naturwissenschaft und Technik:
Kernfusion ... Dioxin - Die Marsbergstudie
Gesellschaft und Politik:
Internat. Stoff- und Energieflüsse und ihre Herausforderung für Politik & Gesellschaft
Frauen:
Angst vor der Lust ? - Über die Fachsozialisation von NaturwissenschaftlerInnen
Probeheft für DM 2,- in Briefmarken!

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG, Mariabrunnstr. 48, D-5100 Aachen

BODENRECHT

Erbbaurechts-Initiative zur Förderung des Allgemeinwohls

Boden-Ausverkauf in den neuen Bundesländern?

Stadt- und Landgemeinden der ehemaligen DDR unterliegen in ihrer Geldnot leicht der Verlockung, wegen der wirtschaftspolitisch gebotenen Privatisierung der Bodennutzung Grundstücke zu verkaufen. Damit verschenken sie wichtige und dauerhafte Einnahmequellen, die in vielen Fällen das Rückgrat des Gemeindehaushalts werden können. Der zu erwartende Wirtschaftsaufschwung, öffentliche Investitionen und neue Bauleitplanungen dürften nämlich in den neuen Bundesländern in wenigen Jahren enorme Bodenwertsteigerungen bewirken.

Wenn diese Gewinne, die nicht auf Leistung der Bodeneigentümer beruhen, in private Hände fallen, wird ein ständiger Anreiz geboten zu privater Einflußnahme auf die Stadtplanung zur Erhöhung persönlicher Bodengewinne. Die Gemeinden verspielen somit auch wesentliche Chancen für eine gedeihliche städtebauliche Entwicklung.

Verstärkte Gewinne ohne Leistungen gefährden im übrigen immer mehr den Ruf der sozialen Marktwirtschaft.

Bodenwertsteigerungen von einigen 100 Mrd. DM prognostizieren Experten des »Seminars für freiheitliche Ordnung e.V.« unter Berufung auf die Nachkriegserfahrungen in Westdeutschland.

Das »Seminar für freiheitliche Ordnung« ist eine seit vier Jahrzehnten bestehende Einrichtung der sozialwissenschaftlichen Forschung und Erwachsenenbildung, die eine Verbesserung der freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unter besonderer Berücksichtigung der Kriterien der Gleichheit und Brüderlichkeit zum Ziele hat. Das Seminar befaßt sich seit vielen Jahren u.a. mit den Zusammenhängen von Marktwirtschaft, Bodenordnung und Stadtplanung. Die wirtschaftliche Umgestaltung in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins gibt dem als allgemeinnützig anerkannten Verein besonderen Anlaß, Empfehlungen zur Gestaltung der Bodenordnung zu geben.

Als Alternative zum Ausverkauf der Gemeinden schlägt das Seminar für die Privatisierung der Bodennutzung die Vergabe von Erbbaurechten vor: Die Gemeinden verkaufen Grundstükke grundsätzlich nicht mehr an Private, sondern vergeben sie nur noch im Erbbaurecht, das mit einer an Gerechtigkeits- und Effizienzkriterien orientierten Ausgestaltung der sozialen Marktwirtschaft besonders gut vereinbar ist. Über die Erbbauzinsen können die Gemeinden die künftigen großen Wertsteigerungen für sich und damit für das Wohl der Allgemeinheit vereinnahmen. Sie sichern sich ferner Planungsneutralität der Bodenordnung.

Das »Seminar für freiheitliche Ordnung« bietet im Rahmen einer Erbbaurechtsinitiative allen Gemeindeverwaltungen kostenlos ausführliches Informationsmaterial an und unentgeltliche Beratung durch Mitglieder, die sich seit langem mit den einschlägigen Fragen befaßt haben. Auf Wunsch wird auch ein Muster-Erbbaurechtsvertrag übersandt.

Der Text der gesetzlichen Erbbaurechts-Verordnung ist übrigens in allen Kommentaren zum Bürgerlichen Gesetzbuch abgedruckt und erläutert.

Das Grundgesetz gewährleistet in Artikel 28 die Gemeindeautonomie und legt somit die künftige Gestaltung der Bodenverhältnisse in die Hand der Gemeinden. Viel Zeit, die Chance zu einer zukunftsweisenden Bodenpolitik zu nutzen, bleibt nicht mehr, denn die Privatisierung durch Verkauf der Grundstücke läuft bereits.

Josef Hüwe

Telefonische Anforderung der Informationsmaterials über Berlin-West 801 69 40. Anschrift des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V.: Badstraße 35, W-7325 Bad Boll

FREIE SCHULE

Elztal/Waldkirch

Freie Schule in finanziellen Nöten

Unsere Schule besteht nun seit sechs Jahren und hat mittlerweile sechs Klassen, eine große Kindergartengruppe und insgesamt 110 Kinder aus 70 Familien. Die Kinder werden von 11 Lehrern und 2 Erziehern betreut.

Kindergarten und Schule arbeiten auf der Grundlage der anthroposophischen Pädagogik; es werden jedoch neue Wege gesucht, die Pädagogik zeitgemäß zu leben. So sind wir in Deutschland die einzige Schule, welche nach der von Steiner entwickelten Pädagogik arbeitet, aber nicht im Bund der Freien Waldorschulen ist. Die Schule hat das Recht, nach zwölf Jahren einen schuleigenen Abschluß anzubieten.

Um die errungene Freiheit nicht aufs Spiel zu setzen, haben wir bisher auf Staatsgelder verzichtet und wollen dies auch weiterhin tun.

Während es bisher mit viel Unterstützung von unseren Paten wie auch finanziellen Opfern aus der Elternschaft immmer möglich gewesen war, ohne Schulden über die Runden zu kommen, sind wir nunmehr in finanzielle Nöte geraten. Das liegt zum einen am stetigen Anstieg unserer Kosten, zum anderen daran, daß der Kreis unserer Paten und Freunde inzwischen einfach zu klein geworden ist.

Seit Januar sind wir in den »roten Zahlen« und geraten immer tiefer hinein, wenn nicht etwas entscheidendes geschieht. Da wir uns vorgenommen haben, die Schule schuldenfrei zu betreiben, ist die Zukunft offen.

Wir denken, daß die Schule nur dann weiterleben kann, wenn sie auch wirklich gewollt wird.

So suchen wir Menschen, die uns finanziell unterstützen wollen und sind auch über kleinere Beträge froh. Wir können nicht glauben, daß nur der in unserem Staat existieren kann, der sich anpaßt; und dies wäre der Fall, wenn die Schule mit Staatsmitteln zu tragen wäre.

C.B.-W.

Anschrift:
Kindergarten und Freie Schule Elztal
Maxhausweg 4 · 7808 Waldkirch 2

EMMAUS INTERNATIONAL

EG 92: Sozial Schwache ausgegrenzt !

Am 3. und 4. Februar 1992 tagten auf Einladung von Emmaus International/Paris Emmaus-Gruppen aus Spanien, Frankreich, Italien, Schweiz, Österreich, Holland, Belgien, Dänemark, England und der BRD im Brüsseler Europa-Parlament. Thema: Die zukünftige Stellung der Emmaus-Gruppen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft.

Emmaus Köln ● Emmaus-Gruppen sind auf der einen Seite Produktionsgemeinschaften (hauptsächlich Verarbeitung und Wiederverkauf von Altwaren), auf der anderen Seite soziale Einrichtungen, in denen Menschen, die von der Straße kommen, vorübergehend oder auf Dauer in Wohngemeinschaften leben. Diese Gemeinschaften erhalten sich durch ihre eigene Arbeit. Entstehen Gewinnüberschüsse, werden diese nicht zur Kapitalvermehrung benutzt, sondern zur Unterstützung notleidender oder neugegründeter Emmaus-Gemeinschaften.

Die rechtliche Lage der Gemeinschaften ist je nach Land recht verschieden und sehr problematisch, besonders im Hinblick auf die Eröffnung des Europäischen Binnenmarktes 1993. Die Einigung Europas hat vorwiegend einen wirtschaftlichen Aspekt. Dabei werden die sozialen Rechte der sozial Schwachen kaum berücksichtigt...

EMMAUS UND DIE EG

Bei der Brüsseler Tagung wurden folgende Aspekte sichtbar:
○ Die Armut in Europa ist in den letzten zehn Jahren ununterbrochen gewachsen. Man schätzt sie auf 45 Millionen Menschen. Die Zahl wird darüber hinaus weiter wachsen, insbesondere durch Arbeitslosigkeit. Die Armen werden weitgehend marginalisiert, d.h. ausgegrenzt aus dem gesellschaftlichen Leben und dem öffentlichen Bewußtsein. Das geschieht durch Diskriminierung, durch Abdrängen in gettoartige Stadtgebiete, wo sie von den am Wohlstand Beteiligten nicht mehr wahrgenommen werden, und auch durch das Bewußtsein von der Existenz sozialer Einrichtungen. **Emmaus** hingegen lebt mit den Menschen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden.
○ Im Mittelpunkt des öffentlichen Bewußtseins steht die Auffassung, daß Wirtschaftswachstum die Lösung der sozialen Probleme mit sich bringe, da bei mehr Wohlstand mehr verteilt werden könne. Das letztere geschieht aber nicht, da der Gewinn zu neuer Produktion von Wohlstand eingesetzt wird. Die Weltwirtschaft ist an Investitionen und Märkten interessiert. Länder und Erdteile (z.B. Afrika), die beides nicht bieten können, werden als ganze marginalisiert. Dasselbe wiederholt sich innerhalb der EG-Länder. Die Politik ist abhängig geworden von wirtschaftlichen Gegebenheiten, die alles bestimmen. Es müßte aber umgekehrt sein. **Emmaus** vertritt dagegen eine Wirtschaftspolitik, die vom Menschen ausgeht. Dabei ist der Mensch, der am meisten leidet, der eigentliche Ausgangspunkt einer humanen Politik.
○ Verschiedene Gruppierungen des Europa-Parlaments bemühen sich um eine Lösung der sozialen Probleme, evtl. durch ein Mindesteinkommen jedes einzelnen Menschen, das etwa 40% des Durchschnittseinkommens des jeweiligen Landes entsprechen soll. Um Armut aber wirklich zu verhindern, müßten Arbeitslosen und anderen Armutsgruppen andere Organisationsformen von Arbeit ermöglicht werden, z.B. Bildung von genossenschaftsähnlichen Gruppen. Denn der Zugriff auf Arbeit ist der erste Schritt zur Unabhängigkeit.
○ Als Forderung wurde formuliert, daß die Armen (z.B. die Emmaus-Gruppen) sich organisieren müssen, um als Gruppe im Parlament ihre Ansprüche formulieren zu können. Das Recht auf Teilhabe am allgemeinen Wohlstand beruht auf dem Menschenrecht. Nicht die Wohlhabenden, sondern die Armen selbst müssen ihre Rechte fordern und durchsetzen. Es geht z.B. nicht an, daß man den Reichen erlaubt, Spenden zugunsten der Armen zu geben, die steuerlich begünstigt sind, die Selbsthilfe (z.B. durch den Verkauf von Altwaren) armer Basisgruppen aber steuerlich benachteiligt, obwohl sie dem Staat Ausgaben im sozialen Bereich ersparen.

»Es ist unhaltbar, daß der Staat die Solidarität der Armen noch bekämpft, anstatt sie zu unterstützen.« (F. Bettoli, Präsident Emmaüs International) ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

STATEMENT ZUM EG-BINNENMARKT UND SOZIALEN FRAGEN

Aus der durch die konkrete Situation bestimmten Sicht der EMMAUS-Bewegung Köln (sie besteht aus der Gemeinschaft und dem Verein der Freunde) heraus erscheint es notwendig, die Lage der EMMAUS-Gemeinschaften im Rahmen der Reichweite des Europaparlaments klar zu fixieren. Die Eigentümlichkeit der Kölner wie auch anderer EMMAUS-Gemeinschaften ist dadurch charakterisiert, daß sie einerseits Produktionsgemeinschaften sind (Verarbeitung und Verkauf von Altwaren) und von dem so erzielten Gewinn auch leben. Andererseits den Gewinnüberschuß, der über die Lebenshaltungskosten hinausgeht, nicht zur Kapitalvermehrung benutzen, sondern zur Unterstützung notleidender anderer Gemeinschaften. So stellte die Kölner EMMAUS-Gemeinschaft im letzten Jahr 10% ihrer Einkünfte zu sozialen Zwecken zur Verfügung (z.B. Kleidersendungen nach Chile). Diese wirtschaftliche Seite der EMMAUS-Gemeinschaften ist aber nur ein Aspekt der EMMAUS-Bewegung. Die Kölner EMMAUS-Gemeinschaft ist nicht nur eine Arbeitsgemeinschaft, sondern auch eine Wohn- und Lebensgemeinschaft, deren Mitglieder wechseln. Dies hat seine Ursache darin, daß die Gemeinschaft (natürlich in begrenzter Größe) sich ihrer Zielsetzung nach an Menschen wendet, die aus der normalen bürgerlichen Existenz »herausgefallen« sind. Die Gemeinschaft bietet ihnen neue Stabilisierungsmöglichkeiten auf der Basis eigener Arbeit. Sie ist somit eine bedeutende soziale Einrichtung, die sich ganz aus eigenen Kräften (ohne kirchliche oder staatliche Unterstützung zu halten in der Lage ist.

Dieser doppelte Aspekt (Soziale Institution – Produktionsgemeinschaft) führt zu einem Sonderstatus der EMMAUS-Gemeinschaften, der nicht ohne weiteres gleichzusetzen ist mit der Lage anderer Selbsthilfegruppen oder gemeinnütziger Vereine.

Der EG-Binnenmarkt führt Länder zusammen, deren soziale Probleme und deren soziales Netz weit auseinanderklaffen. Es wird daher notwendig sein, daß diese Sonderstellung der EMMAUS-Gemeinschaften fest in einer auch grundsätzlich notwendigen Sozialgesetzgebung durch das Europaparlament verankert wird. So müssen die Gemeinschaften z.B. die steuerlichen Rechte gewährt bekommen, die sozialen Einrichtungen wie den gemeinnützigen Vereinen zustehen, dürfen aber andererseits nicht als Produktionsgemeinschaften behindert werden. In der Bundesrepublik gibt es zur Zeit keine entsprechende Regelung. Denkbar wäre jedoch ein abgewandeltes Genossenschaftsrecht, das den Bedürfnissen der EMMAUS-Gemeinschaften angepaßt würde. Versuche in dieser Richtung sind bisher gescheitert.

Die rechtliche Lage des Vereins Freunde von EMMAUS gibt sich etwas anders. Sie wird bestimmt durch die Begriffe »gemeinnützig« und »mildtätig«. Die EMMAUS-Gemeinschaft läßt sich jedoch unter diesen Begriffen nicht fassen, denn sie ist eine Produktionsgemeinschaft und vor allem kein Wohltätigkeitsempfänger. Ihre rechtliche Lage in der BRD ist daher ungeklärt.

Die EMMAUS-Bewegung lehnt die Weiterentwicklung und Ausgestaltung der EG nicht ab, da sie die darin liegenden positiven Werte erkennt. Wir erwarten jedoch von der EG '92 eine Absicherung des Doppelcharakters der EMMAUS-Gemeinschaften (Produktionsgemeinschaft und soziale Einrichtung). Gerade durch den Kontakt mit Menschen, die in einer schweren Lebenslage zu uns kommen, erkennen wir in besonderem Maße, daß sich die EG diesen Problemen bisher nur ungenügend zugewandt hat. Sie sorgt zwar für die rechtliche Absicherung von ArbeitnehmerInnen nicht aber für die von SozialhilfeempfängerInnen und Arbeitslosen (insbesondere der Frauen).

Die EMMAUS-Gemeinschaften nehmen dabei noch insofern eine Sonderstellung ein, als ihre Mitglieder bewußt auf ihr Recht auf Sozialhilfe verzichten, also auf Unterstützung durch Staat und Gesellschaft, und von den Einkünften ihrer Arbeit leben. Dies ist möglich infolge der Einfachheit des Arbeitsprozesses, der keine Spezialausbildung erfordert und daher von jedem/jeder geleistet werden kann. Die Arbeit selbst (Verwertung von Altmaterialien) ist im hohen Grade gemeinnützig. Dazu kommt, daß die Gewinnüberschüsse anderen Bedürftigen gegeben werden.

Es gibt noch einen weiteren Aspekt, der im Zusammenhang mit der sozialen Absicherung durch die EG unbedingt beachtet werden muß. Im Gegensatz zur EG sind die EMMAUS-Gemeinschaften keine rein europäische Erscheinung, sondern es gibt viele Gruppen in außereuropäischen Ländern, insbesondere in der »Dritten Welt«. Sie stehen in wechselseitiger Beziehung. So schickt die EMMAUS-Gemeinschaft Köln regelmäßig Container mit Kleidern zur EMMAUS-Gemeinschaft in Santiago/Chile. Bei einer Regelung der rechtlichen Lage der EMMAUS-Gemeinschaften im Rahmen der EG muß dieser Austausch nicht nur ungehindert ermöglicht, sondern darüber hinaus auch gefördert werden.

Anzeige

DIE BEGEGNUNG

WAHN — SINN

Fehldiagnose: 9 Jahre Psychiatrie

Im März '92 startet eine Gruppe des Gesundheitsladens Kassel zu einer Informationsreise mit einem ungewöhnlichen Thema: »Fehldiagnose: 2,3 Kilogramm neuroleptische Mittel und neun Jahre Psychiatrie.« In Gesprächen, auf Vorträgen und bei Presseveranstaltungen wird über das Schicksal von Klaus Peter Löser und über seinen Prozeß gegen den Landeswohlfahrtsverband Hessen, das Land Hessen und den Amtsgerichtspräsidenten von Marburg berichtet, der in diesem Jahr in die entscheidende Phase geht. Die Informationsreise führt durch 20 Städte der BRD, weitere Termine sind noch frei.

Klaus Löser bei ersten Prozeßvorbereitungen (1988) Foto: Richard Laufner

DIE BEGEGNUNG

Roderich Elfert, Kassel – Redaktion Ruhrgebiet ● Jemand ist im Raum! Ich spüre es. »Hallo!« meine Gedanken sind verflogen. Ich wende mich ab vom Schreibtisch, sehe zur Tür. – Wir haben immer viel Besuch und Gäste in unserer Studentenwohngemeinschaft. Dieser ist anders. – Groß, bleich und hager. Er wiederholt noch einmal sein »Hallo«. Der Zustand seiner Zähne paßt sich nahtlos in seine heruntergekommene äußere Erscheinung ein. Ständig ist er in Bewegung, spielt mit seinen Fingern, verzieht den Mund, scheint am ganzen Körper zu vibrieren. Die Antwort auf die Frage, wie er dort in die Tür komme, läßt leichten Groll in mir aufsteigen. Meine Mitbewohnerin Sabine, Psychologiestudentin, 3. Semester, hatte ihn zufällig im Park aufgelesen. Er fragte sie nach einer Zigarette, sie gab sie ihm, er fror, sie nahm ihn mit, und ich hatte es dann am Hals. Erst vor zwei Wochen brachte sie Luzifer (kleines Teufelchen), eine kleine graue, magere, vor Kälte zitternde Katze, mit ins Haus. Luzifer, die Süße, lag jetzt neben der Heizung und betrachtete Klaus Pit. So heißt er wohl, unser neuer Gast. Er reichte mir seine Hand zur Begrüßung, und ich wundere mich, daß er meine trifft. Er ist nicht betrunken, nur seltsam; er zittert. Irgendwie interessiert er mich!

FOLGEN DER PSYCHOPHARMAKA

Seine Sprache ist sehr schnell und schwer verständlich. Ständig fuchtelt er mit seinen fahrigen Fingern umher, sein ganzer Körper scheint in ständiger Bewegung. Schon nach kurzer Zeit empfinde ich ein starkes Gefühl der Belastung. Er sitzt am Tisch mit hängenden, schmalen Schultern, wirren kurzen Haaren, entspringend einem vor 20 Jahren sicherlich sehr modernen Haarschnitt und modernster Kleidung sicherlich des gleichen Jahrzehnts.

Ich entscheide mich zu lachen, als er den vollen Zuckerlöffel zum fünften Mal hintereinander auf dem Weg zur Kaffeetasse verschüttet. Die Zuckerdose steht zehn Zentimeter davon entfernt. Als sie leer ist, ein Schauspiel von Minuten, ist es ihm gelungen, fast zwei Löffel Zucker insgesamt hinein zu bekommen. Für die weiteren Tassen, und sein Begehren danach scheint grenzenlos, fülle ich die Dose mehrmals notgedrungen wieder auf. Wir unterhalten uns über meine Mitbewohnerin, die es vorzieht, abwesend zu bleiben. Nach der dritten Tasse Kaffee fällt er auf dem Weg zum Klo über einen Aschenbecher, der auf dem Boden steht. Nach der sechsten Tasse auf dem gleichen Weg wieder, und als er geht, scheitert er abermals am gleichen Hindernis. Ein Verhalten, fast wie das bei Blinden. Nur – diese lernen beim zweiten Mal, das Hindernis zu umgehen. Klaus Peter nicht. Der Boden zu seinen Füßen scheint für ihn nicht sichtbar.

Er geht.

Eineinhalb Stunden mit ihm zusammen haben mich sehr erschöpft. Ich sehe, wie er das Gartentürchen öffnet, hinausgeht, es hinter sich schließt. Er stolpert und liegt bäuchlings auf dem spitzen Jägerzaun. Mein Gott! Nach dem ersten Schock muß ich lachen, – wie er aufsteht, wie er versucht, seine unordentliche Kleidung zu ordnen. Eigentlich zwecklos, denke ich. Beim nächsten kleinen Stein, der auf der Straße liegt, fällt er doch wieder hin.

Sabine läßt sich nicht mehr blicken. Luzifer ist auf Mäusejagd. Nur ein bizarres Bild begleitet mich noch im jetzt fast erschreckend stillen Raum.

Was ist das für ein Mensch, dieser Klaus Peter Löser? Heißt er wirklich so? Welchen Lebensweg mußte er gegangen sein, um so zu werden? War es seine Kindheit, oder war es die bizarre Welt, von der er sprach – war es die Psychiatrie?

DIE »HEIMAT«

Diese eindrückliche Begegnung war der Beginn einer Wende im gleichförmig schlimmen Leben des Klaus Peter Löser. Er lernte kurz darauf die Mitglieder des Psychiatrie-Beschwerdezentrums Marburg kennen, die sich seiner Sache annahmen. Die Untersuchung seiner Lebensumstände und die Betrachtung seiner Vergangenheit brachte erschreckendes zutage.

Seine 'Heimat' bestehend aus einem Psychiatriebett, eines unter 20 anderen, aufgereiht an den Wänden des kleinen Raumes, getrennt nur durch jeweils ein Nachtschränkchen. Der Blick nach draußen war immer auch ein Blick durch die Gitter vor den Fenstern. Er hatte jahrelang hier leben müssen, oft gefesselt, vollgepumpt mit einer Medikamentendosis, von der zehn Jahre später ein unabhängiger Betrachter (Chefarzt der Psychiatrie in Basel) meint, es sei »... die größte Medikamentenmenge, von der ich je gehört habe, daß sie einem psychiatrischen Patienten innerhalb eines solchen Zeitraums verabreicht worden ist.«

Klaus P. Löser war ein »unartiges« Kind, daß mit dem schlagenden Pflegevater nicht klar kam, mit dem die Mutter Erziehungsprobleme hatte. Seine »Strafe«: 14 Jahre geschlossene Unterbringung, davon neun Jahre in Psychiatrien.

ENTLASSUNG IN DIE FREIHEIT

Zwei Jahre später: Nach harten Auseinandersetzungen mit Klinikleitung und Ärzten wird Klaus Peter Löser entlassen. Fast über Nacht wird »einer der gefährlichsten und verrücktesten Patienten der Klinik« (Bemerkung des ehemaligen Psychiatriedirektors) in ein Heim entlassen. Doch auch dort hält Klaus Peter Löser es nicht aus, flieht zu seinen Freunden. Was er sucht ist Zuneigung und intensive Unterstützung, nicht Arbeitstherapie und ständige Vorhaltungen. Er fand es bei seinen Freunden vom Psychiatrie-Beschwerdezentrum. Die ersten Monate in Freiheit waren für ihn und auch seine Freunde eine schwere Prüfung. 14 Jahre Abgeschlossenheit von der Außenwelt zeugen ihre eigenen Regeln und weitreichende Verhaltensdefizite. Doch er hat es geschafft. Nach Jahren des 'Neu'-Lernens ist er soweit, seine Geschichte aufzuarbeiten. Dreimal schreibt er sie nieder unter großen Mühen. Ebensooft verwirft er sein Manuskript. Was ihm jedoch gelingt, ist, anderen seine Geschichte zu vermitteln – die Geschichte der Aneinanderreihung und kritiklosen Übernahme von Fehldiagnosen.

DIE KLAGE

Er fordert Akteneinsicht und Rehabilitierung, doch die Verantwortlichen weisen ihn ab. Er klagt. Unterstützt von einem vierköpfigen Team betritt er einen Pfad, der fast genauso lang sein wird, wie sein schon erlittener Leidensweg. Er verlangt nun Schadensersatz und Schmerzensgeld in Millionenhöhe, eine Summe, die in der bisherigen europäischen Rechtsprechung ein absolutes Novum darstellt. Trotz des Versuchs der »Verantwortlichen« (Psychiatrie, Landeswohlfahrtsverband Hessen, Land Hessen und Gerichte) ihm jeden erdenklichen Stein in den Weg zu legen, gelingt es nach bereits vierjährigem Gerichtsweg endlich, seine Akten sowie die finanzielle Absicherung für seinen Rechtsstreit zu erhalten.

Daß ein so lange eingesperrter Patient solche Art Widerstand entwickelt, hätte man an »verantwortlichen« Stellen sicher nicht geglaubt. Viele hofften, daß er unter dem hohem Druck des Verfahrens zusammenbrechen würde, – sie haben sich geirrt. Nun jedoch ist man an dem Punkt, wo der Ausgang des Verfahrens, sowohl von zuständigen Politikern, den Sozialträgern, Ärzten und auch den Richtern mit höchstem Interesse erwartet wird. Eine Entscheidung in diesem Fall wird für lange Jahre die Grundlage für alle weiteren Schadensersatzklagen auf diesem Gebiet werden und das nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland. Der Satz des Gutachtens: »Herr Löser hat zum Zeitpunkt seiner Einweisung in die Marburger Psychiatrie und in der Zeit danach an keiner Krankheit gelitten, die eine Einweisung gegen seinen Willen gerechtfertigt hätte.« muß Grundlage der Entscheidung der Gerichte werden.

Hoffen wir für Klaus Peter Löser, daß sich der Satz aus dem Buch über ihn nicht bewahrheitet: »... es zeigte sich eine Person, die an fast jeder Chance ihres Lebens haarscharf vorbeigerutscht war.« ●

Weitere Informationen für Initiativen, Verbände, Fachschaften ..., die Interesse an einem Vortrag haben, gibt es beim:
Gesundheitsladen Kassel
Mönchebergstr. 33
W-3500 Kassel
☎ (05 61) 87 15 68

Literatur:
Roderich Elfert / Tobias Fengler: Die Schleuder Davids; Ein Verschwundener rechnet ab – Pfungstadt: Ergon Verlag 1992

FORTSETZUNG VON SEITE 1

WAS IST WIRKLICH ?

Wer darf über Wirklichkeit verfügen, und wer steht ihr näher? Und wenn näher, dann welcher Wirklichkeit näher? Sind es die Haldolleichen (wie sie in Psychiatrien auch genannt werden), die durch Medikamente wahrnehmungsgehemmt in verwandter regungsloser Gangart heute vor mir in die Stadt gingen? Oder sind es die dem mainstream Angepaßten, die mit schlenkernden Armen unten auf der Straße gegen Abend zur Videothek gehen, um sich ihre Wirklichkeitskonserven zu holen, was ihnen gestattet ist? Was oder wer ist psychisch krank? Es fehlt die Definition für psychische Gesundheit ebenso wie die für Normalität. Der einzige Nenner, der sich für Verrücktheit finden läßt, ist die starke Normabweichung. Es wäre hilfreich, die herrschende Auffassung von Wirklichkeit endlich einmal grundlegend zu relativieren. Auch wenn dadurch 'die Fernsehgucker' und 'wir' (auch hier gibt es keine wirklichen Grenzen), die wir mit dem Einfaltspinsel täglich gemeinsam meist unbewußt das Bild der psychischen Gesundheit malen, in Unruhe versetzt würden. »Man überzeugt sich nicht von dem eigenen gesunden Menschenverstand, indem man seinen Nachbarn einsperrt.« (Fjodor M. Dostojewskij, zit. n. Kempker)

TOLERANZ IM DIALOG

Ausgrenzung und Psychiatrisierung sind auch Probleme der Verständigung und der Sprache. Es ist eine Frage der Übersetzung, des Verstehens. Über die Richtigkeit einer Aussage sollten wir uns durch Verstehen einigen, und sie nicht mit Hilfe von Logik durchsetzen. Diese Zeit tötet das Heulen und das Verstummen, die einzig adäquaten Antworten auf ihr Dröhnen und den Galopp ihres Umsturzes, mit psychiatrischen Mitteln wie Neuroleptika und Gesprächstherapie soweit ab, bis die Lippen wieder in den Singsang des rythmischen Gebrabbels einstimmen und sich der allgemeinen Wellenlänge in ihrem Auf und Nieder, pro und contra, plus und minus angepaßt haben.

Warum einen Rand definieren, an dem man Gruppen festmachen kann? Krank ist doch nicht der Wahnsinnige, sondern nur die Beziehung des angeblich Gesunden zu ihm. Wieso sollte es neben der Rationalität nicht auch gleichberechtigt die Irrationalität geben? Die Beschäftigung mit Psychiatriekritik und Antipsychiatrie sollte zu der klaren Forderung nach Toleranz führen. Kulturelle Entwicklung und Toleranz sind die einzig möglichen Antworten auf die Frage, wie der Ausgrenzung und Psychiatrisierung begegnet werden muß. Sobald es keine Grenzen mehr gibt, gibt es auch keine Ausgrenzung mehr. Toleranz als grundlegende Bewußtseinshaltung allem gegenüber, was einem selbst und anderen keine Grenzen setzt. »Ich weiß, das wirst du nicht verstehen, er konnte keinen Menschen verlängert sehen, über die Grenzen hinaus, die er ihm setzte.« (Ingeborg Bachmann, zit. n. Kempker)

Das stark normverletzende Verhalten stellt, ohne daß das seine primäre Absicht ist, den hochempfindlichen und labilen Konsens in Frage und gefährdet unsere mühsam gepflegte gesellschaftliche und eigene Gesundheit. Das Fragen muß verstummen. Der Anblick offener Wunden und deren Genesung müssen aus dem Bereich unserer Wahrnehmung entfernt werden, ehe wir selbst beginnen, uns Fragen zu stellen und nach unseren Krusten zu suchen. Von fremder Wirklichkeitswahrnehmung und Realität geht für eine Auffassung, die die Vielfalt nicht kennt, immer eine Bedrohung ihrer eigenen Existenz aus. Wir lassen uns nicht unsere Masken herunterreißen, haben Angst vor der eigenen Wahrheit, Angst, nackt zu sein, vor dem Selbstbild. Wir wollen uns selbst nicht zu erkennen geben (fast ausnahmslos).

WAHNSINN & MYTHOS DER REALITÄT

Wer den Wahnsinn degradiert, sollte sich vorerst über den Mythos der Realität Gedanken machen, bevor die Wahnsinnigen in der Überzahl sind und von der anderen Seite der Grenze aus in allzu menschlicher Manier und Rache beginnen auszugrenzen. Der Wahnsinn ist nicht zuletzt auch eine der wichtigsten wirklichkeitsstrukturierenden Instanzen für jedeN einzelneN, egal ob er gelebt wird oder nur an den Rand gedrängt. Für den Wahnsinn gibt es heute einen festen Ort, die Psychiatrie. Man erhält den Eindruck, das Irrationale sei lokalisierbar. Es wird für den Wahnsinn ein »Reservat« geschaffen, um die Herrschaft der Vernunft im übrigen Territorium zu erhalten. (vgl. Roger Gentis in Kempker)

Antipsychiatrie ist die Toleranz der Vielfalt, deren Teil die Einfalt genauso ist wie der Wahnsinn. Radikale Toleranz muß auch in gewissem Maße Intoleranz gegenüber Intoleranz bedeuten. Bevor sich jetzt in konsequenter Logik bei einigen die Hirnwindungen zu verknoten beginnen: Diese Logik ist nicht die Basis dieses Gedankens. Es geht darum, den Dialog wieder aufzunehmen, andere Sprachen zu übersetzen und einem Verstehen oder zumindest Bestehen-lassen wieder Raum zu geben. Der Flurbereinigung das eigene Bewußtsein nicht zur Verfügung stellen. Die Vielfalt der inneren Landschaft, die grenzenlos auch die Landschaft anderer Menschen ist, nicht ausräumen. Gedankenströme nicht begradigen, Gefühle nicht kanalisierbar machen oder in ein Klärwerk leiten lassen. In mäandrierenden Schwüngen dem eigenen Lebensfluß und dem anderer Raum geben, mit all seinen Tiefen, den seichten Stellen und seinen Bewegungen. Diese Toleranz ist eine Frage der Würde, des Menschseins und nicht der Logik. Wo liegt der Sinn im Unsinn, im Sinn oder im Wahnsinn? Oder: Wieso gibt es einen Laubfrosch, wenn es bereits einen Grasfrosch und einen Seefrosch gibt? Und welchen sollen wir ausrotten, damit das Lexikon dünner wird? ●

Literatur:
Kerstin Kempker: Teure Verständnislosigkeit, Die Sprache der Verrücktheit und die Entgegnung der Psychiatrie. Berlin: Peter Lehmann Antipsychiatrieverlag 1991.

WAHN — SINN

ZWANGSEINWEISUNG PER TELEFON

Die Psychiatriekarriere des Klaus P. — eine unendliche Geschichte

Der Celler Arbeitskreis, Liga Psychiatrie Kontrovers, zeichnet im Einvernehmen mit Herrn Klaus Prinzhorn, 54 Jahre, aus Celle, dessen Psychiatriekarriere nach. Der gesamte Hergang, der seit 1972 seinen Verlauf nahm und bis heute andauert, kann hier nicht vollständig aufgeführt werden. Das Betreiben eines Burgdorfer Amtsarztes gab dem Leben von Klaus Prinzhorn eine dramatische Wende.

Improvisationsproben im Hof des Kulturhauses der Stadt Kassel
Masken: Monika Schweinsberg und anonym

Foto: Andreas Vogt

Klaus Prinzhorn/Hans-Gerd Paulus, Celle, Redaktion Ruhrgebiet ● Erstmals während einer Akteneinsicht im Jahre 1991 in den Wahrendorffschen Anstalten in Sehnde wird Herrn P. im Beisein von Zeugen vorgetragen, daß der Amtsarzt Herr Dr. Brauer-Köster, leitender Medizinaldirektor am Gesundheitsamt Burgdorf, im Jahre 1972 **telefonisch** die Einweisung von Herrn P. in die Wahrendorffschen Anstalten vorgenommen und damit begründet hatte, daß Herr P. an einer akuten Psychose erkrankt sei.

Psychopharmaka gegen seinen Willen

Weder zu dieser Diagnose noch zum Vorgang, der zur Einweisung geführt hatte, äußerten sich damals, im Jahre 1972, gegenüber Herrn P. weder der Amtsarzt, noch der Hausarzt, noch die Wahrendorffschen Anstalten, noch irgendeine Behörde. Auch in den Wahrendorffschen Anstalten wurde Herr P. nicht über die bereits telefonisch vorgenommene Einweisung informiert.

Auf Veranlassung von Frau Dr. Conrad wurden Herrn P. in den Wahrendorffschen Anstalten gegen seinen Willen Psychopharmaka verabreicht, ohne daß dieser vorher untersucht worden war, und im Dämmerzustand gespritzt. Herr P.: »Ich bin vorher in meinem ganzen Leben niemals in irgendeiner Weise nervenärztlich oder gar psychiatrisch untersucht beziehungsweise behandelt worden!«

Nachdem die unbeschreiblichen Wirkungen der Psychopharmaka Herrn P. ein geordnetes Denken und Handeln unmöglich machten, fragte die Ärztin u.a. nach dem Grund für den Aufenthalt und für diese Behandlung. Ein sinnvolles Eingehen auf diese und weitere Fragen der Ärztin wurde Herrn P. unter dem Einfluß der Psychopharmaka verwehrt.

Die fortlaufende »Behandlung« bestand darin, daß Herr P. gegen seinen Willen wieder und wieder Psychopharmaka verabreicht wurden. Herr P. erinnert sich: »Nach kurzer Zeit schon war ich körperlich und seelisch ein Wrack. Und als ich nach der ersten Entlassung versuchte, die Medikamente abzusetzen, merkte ich, daß die Entzugserscheinungen schlimmer waren als die Wirkungen der Medikamente selbst. Meine Frau, die Verwandtschaft und die Freunde kannten mich nicht wieder.«

Die Folgen der Behandlung

Nachdem Herr P. bereits seit etwa einer Woche nach der Einweisung »behandelt« worden war, konnte er erstmals einem Schreiben des Straßenverkehrsamtes Burgdorf den Grund für die »Behandlung« entnehmen und damit erfahren. Dort heißt es, Herr P. habe seinen Führerschein sofort abzugeben, weil das Gesundheitsamt Burgdorf mitgeteilt habe, daß Herr P. »unter den Zeichen einer akuten Psychose erkrankt« sei.

Die Folgen der Behandlung jedoch machten nicht nur einen juristisch wirksamen Widerspruch gegen den Führerscheinentzug unmöglich. Herr P. sah sich nunmehr genötigt, bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte die Erwerbsunfähigkeitsrente zu beantragen, die er bis heute bezieht. Ein Rechtsanwalt, den Herr P. aufsuchte, um wirksam gegen den Amtsarzt vorgehen zu können, verlangte zuvor von Herrn P. ein Gesundheitszeugnis.

Herr P.: »Wie sollte mir ein solches Zeugnis ausgestellt werden? Und wer vor allem hätte das getan? Nach etwa drei Jahren der wiederholten Verabreichung von Psychopharmaka kann ich auf einen Rechtsanwalt oder Arzt wohl kaum den Eindruck eines gesunden Menschen machen. Ich hatte das Gefühl, daß ich von niemandem mehr etwas zu erwarten hätte. Ich war verzweifelt und meiner Würde beraubt.«

Zwangseinweisung und Unrecht

1975 wird der Amtsarzt Dr. Brauer-Köster erneut tätig: Unter Rückbezug auf seine (telefonisch durchgegebene) Diagnose aus dem Jahre 1972 bewirkt der Amtsarzt beim Amtsgericht Burgdorf die Zwangseinweisung des Herrn P.

Herr P. wird mit Polizeigewalt in das Landeskrankenhaus Wunstorf transportiert, und dort, ohne vorher untersucht worden zu sein, gegen seinen Willen sofort mit Psychopharmaka gespritzt. Herr P.: »Ohne, daß ich einem Richter vorgeführt worden bin, konnte ich mir auch kein rechtliches Gehör verschaffen. Und ein Anwalt war nicht zugegen.« Während seines gesamten Aufenthaltes wurden ihm gegen seinen Willen wieder und wieder Psychopharmaka verabreicht. Etwa eine Woche nach der Zwangseinweisung erfolgte eine Befragung durch eine Person, die sich Herrn P. nicht vorstellte.

Nach etwa vier Wochen wird er entlassen. Etwa elf Jahre später erst gelingt es Herrn P., sich aus einem Aktenordner des Straßenverkehrsamtes in Celle Unterlagen zu beschaffen. Erstmals bekommt er den Beschluß zur Zwangseinweisung durch das Amtsgericht Burgdorf aus dem Jahre 1975 zu Gesicht. Weiterhin entnimmt er einem sogenannten 'Anhörungsprotokoll', daß ein Richter des Amtsgerichtes Burgdorf, der sich als solcher jedoch damals nicht zu erkennen gegeben hatte, nur die Antworten von Herrn P. notierte, nicht aber die Fragen, die er Herrn P. stellte. Schließlich entnimmt Herr P. erst aus den Unterlagen, daß ihm damals ein Anwalt beigeordnet gewesen worden war, den er jedoch tatsächlich niemals zu Gesicht bekam. Dieser Rechtsanwalt hatte nachweislich auch bei der richterlichen »Anhörung« nicht mitgewirkt. Aus den Unterlagen geht weiterhin hervor: »Ausgang des Verfahrens: Das Verfahren endigt ohne Sachentscheidung.«

Das Straßenverkehrsamt Burgdorf fragte etwa fünf Jahre später bei Herrn P. an, als Herr P. die Wiedererlangung seines Führerscheins beantragt, »ob in der Zwischenzeit der frühere Rechtsstand wieder hergestellt worden ist«. Denn aus den Unterlagen sei zu entnehmen, »daß Sie (sc. Herr P.) am 15.1.1975 auf Beschluß des Amtsgerichts Burgdorf entmündigt wurden.«

Aus den Unterlagen, die sich Herr P. beim Straßenverkehrsamt Celle verschafft hatte, geht zum Grund des Führerscheineinzuges hervor, Herrn P. sei der Führerschein wegen **Trunkenheit** entzogen worden. Er beantragte nunmehr die Wiedererlangung der Fahrerlaubnis.

Hier endet der chronologische Bericht aus Platzgründen ...

Seit 1985

Bis heute versucht Herr P. vergeblich, den im Grundgesetz gesetzlich garantierten Rechtsweg zu beschreiten, um seine Rehabilitation und Wiedergutmachungsforderungen durchzusetzen. Auf seinem Weg durch die Behörden haftet ihm seit 1972 der Makel eines »Geisteskranken« an. Kein Forum der Justiz, der Verwaltungsbehörden, der politischen Parteien auf Landes- wie auch auf Bundesebene ist bereit, Herrn P. den gesetzlich garantierten Rechtsweg zu eröffnen. Unvollständig deuten wir hier einige Einrichtungen des öffentlichen Rechts an: Amtsgerichte, Landgerichte, OLG Celle, Verwaltungsgerichte, Oberverwaltungsgericht, Disziplinargericht, Bundesverwaltungsgericht, Bundesgerichtshof, Sozialgericht, Bundesverfassungsgericht.

Von der Menschenrechtskommission erhält Herr P. die Antwort, er müsse erst den innerstaatlichen Rechtsweg ausschöpfen. Doch wie ist das möglich, wenn ihm von Seiten des Justizapparates der Bundesrepublik Deutschland der gesetzlich zu eröffnende Rechtsweg **nicht** eröffnet wird. Um sich überhaupt Rechtswissen aneignen zu können, hat Herr P. als Gasthörer seit langem ein Studium in Staatsrecht an der Universität Hannover belegt. ●

Weitere Informationen über:
Liga Psychiatrie Kontrovers · Dipl. Ing. Klaus Prinzhorn
Petersburgstr. 74 · W-3100 Celle

ERZÄHLEN STATT SCHWEIGEN!

Psychiatrie — die Fortsetzung der alltäglichen Gewalt gegen Frauen

Im Jahre X gibt es eine Kampagne von Frauen, die veröffentlichen, daß auch sie in der Zwangsanstalt, genannt Psychiatrie, waren. Die Leserin staunt über Hintergründe, die Frauen in diese Zwangsanstalten, die das Patriarchat absicherten, brachten.

Annette Heselhaus, Berlin, Redaktion Ruhrgebiet ● Eine typische, natürlich phantastische Geschichte: Frau steht im Trubel des Kaufhauses und rührt sich nicht mehr vom Fleck. Sie wird vom Personalchef angesprochen. Sie erklärt, sie habe Angst, weil sie denke, die Bombe platze gleich.

Diese Frau landet nach einigem hin und her und etlichen Telefonaten — sie war schon früher in der Zwangsanstalt Psychiatrie gewesen, Datenschutz läßt grüßen — in der Zwangsanstalt Psychiatrie.

Dort wird sie
- ○ gewaltsam ausgezogen,
- ○ gewaltsam ans Bett gefesselt
- ○ gewaltsam abgespritzt.

Die Pharmaka machen aus einer gesunden Frau eine gehirnorganisch Kranke.

Die alltägliche Gewalt

Doch nach drei Monaten wird diese Frau entlassen. Die Gewalt, die ihr angetan wurde, war normal, ist gesetzlich verankert — jedes Bundesland hat ein eigenes Psych KG (= Psychisch Krankengesetz). Die Frau kommt auch gar nicht auf die Idee, sich zu beschweren, so unterschied sich diese »Behandlung« doch gar nicht von der alltäglichen Gewalt, die Frauen erleben, wie:
- ○ Anmache auf der Straße
- ○ sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz
- ○ Schläge und Vergewaltigung von Ehemännern und Freunden
- ○ sexueller Mißbrauch als Mädchen

leider usw.

Doch diese Behandlung ist gesetzlich legitimiert. Wo sollte, könnte frau sich dann beschweren? Wer würde denn einer verrückten Frau glauben? Die ist ja bescheuert, spinnt, tickt nicht ganz richtig, unberechenbar, gehirngeschädigt — in der Sprache der PsychiaterInnen: Psychisch krank. So abgestempelte Frauen gelten als nicht zurechnungsfähig. Sie wüßten angeblich selber nicht, was für sie gut ist. Sie sind doch psychisch krank. Mit dieser Etikette »psychisch krank« wird frau lebenslänglich nicht mehr ernstgenommen.

Diese Frauen teilen ihr Schicksal mit denen, die als Mädchen sexuell mißbraucht wurden: Fast niemand glaubt ihnen. Neuere Zahlen sagen, daß 75% der weiblichen Psychiatrieinsassinnen oder Psychiatriegefangenen (hier mangelt es bezeichnenderweise in der deutschen Sprache an zutreffenden Begriffen) als Mädchen Inzesterlebnisse hatten.

Gemeindepsychiatrie — die Müslipsychiatrie

Doch unsere Beispiel-Frau hat dem Gewaltapparat Psychiatrie den Rücken gekehrt, läßt sich auch nicht von der Gemeindepsychiatrie einfangen. Gemeindepsychiatrie oder Müslipsychiatrie präsentiert sich in den geschickten Verkleidungen wie therapeutischer Wohngemeinschaft oder Naturkostladen. Für Außenstehende fast gar nicht zu erkennen, daß unter dieser Maskierung Psychiatrie abläuft, was zum Beispiel bedeutet, daß unter Neuroleptika — sprich Nervengiften — stehende Menschen gesunde Kost verkaufen. Anders gesagt: Fast überall in der »komplementären Versorgung« (dem psychiatrischen Fachbegriff für: Therapeutische WGs, Übergangswohnheime, Tagesanstalten, Kontakt- und Anlaufstellen, Werkstätten für »psychisch« Behinderte, Patientenclubs usw.) werden Psychopharmaka, insbesondere Neuroleptika und Antidepressiva geschluckt.

Zitiert aus dem Berliner Psychiatrieplan therapeutischer WGs von 1984:
»Die typischen Betreuungsaufgaben liegen in zwei Bereichen:
...
b) lebenspraktischer Bereich, wie
- ○ Anleitung zur regelmäßigen Körperpflege
- ○ Anleitung zu Vorbereitung und regelmäßigen Einnahme der Mahlzeiten
- ○ Überwachung der Medikamenteneinnahme«

(Senator für Gesundheit und Soziales, Psychiatrieplanung in Berlin)

Frauen — ÄrztInnen — Pillen

Unsere Beispiel-Frau nimmt auch keine Pillen mehr ein und hat die Bevormundung satt. Am liebsten hätten es die PsychiaterInnen, wenn sie eine Lebenslängliche würde, eine lebenslängliche Pillenschluckerin. Für Frauen gar nicht so ungewöhnlich. Zitat aus Bunte Pillen — Ade! von Valerie Curran und Susan Golombok: »In der Altersgruppe zwischen zwanzig und vierzig Jahren machen deutsche Frauen durchschnittlich alle sechs Wochen einen Arztbesuch; neun mal im Jahr wird ein Medikament verordnet. Während der dreißig Jahre, in denen wir gebärfähig sind, müssen wir unsere elementarsten Körperfunktionen regelmäßig ärztlich untersuchen lassen ... Da wir uns meist um die Gesundheitsfürsorge der ganzen Familie zu kümmern haben, haben wir außerdem immer dann mit Ärzten zu tun, wenn wir unsere Kinder oder älteren Verwandten zu ihnen in die Sprechstunde bringen.« Frau bezweifelt das Muß der gynäkologischen Untersuchung im Zitat. Noch einige Zahlen: 1983 wurde Imap 1,5 mg (Neuroleptikum) zu 78 % an Frauen gegeben, Haldol zu 60 % und AtosiC zu 60 %; 1/3 der BRD-Bevölkerung — Frauen und Männer (alte Zahlen ohne die neuen Bundesländer) hat Schlafstörungen. 3/4 Millionen Bundesbürgerinnen sind von Schlaftabletten bzw. Tranquilizern abhängig. Schlaf-, Beruhigungs- und Schmerzmittel können depressionsanstoßend wirken. PsychiaterInnen haben in Selbstversuchen die zerstörerische Erfahrung von Neuroleptika gemacht, nachzulesen im »Chemischen Knebel« von Peter Lehmann.

Das Schweigen-Tabu brechen

Ob Neuroleptika und Antidepressiva süchtig machen, dazu gibt es keine bekannte Forschung. Hier macht sich bemerkbar, daß der Psychiatrie-überlebenden Frau, die große Schwierigkeiten hat, die Pharmaka abzusetzen, nicht geglaubt wird. Überhaupt gibt es weder im Film noch in der Literatur bekannte Berichte, wie Frauen erfolgreich Psychopharmaka absetzen und danach trotz Psychiatrieerfahrung ihren Lebensweg finden. Hier sind die Psychiatrie-überlebenden Frauen aufgefordert, das Bild zu korrigieren, daß mit der Einfuhr in die Psychiatrie das Leben aufhöre. Viele Frauen sind eingefahren in die Psychiatrie, weil sie endlich aus der Rolle gefallen sind, ihre Wut, ihren Zorn gelebt haben; nicht mehr im weiblichen Sinne funktioniert haben. Einige von ihnen haben gelernt, ihre starken Gefühle auszudrücken, sich ihren Freiraum zu nehmen ohne gewalttätige Folgen für sich. Genauso wenig tauchen in den gängigen Medien Berichte von Frauen auf, die aus Gewaltsituationen gut herauskommen.

Andererseits bedeutet das Sprechen über die eigene Psychiatrie-Erfahrung in der Öffentlichkeit, eines der gewaltigsten Tabus dieser Gesellschaft zu brechen. Ver-rückt gewesen zu sein und jetzt wieder so zwanghaft normal, das will den wenigsten einleuchten. Sie glotzen die mutigen Psychiatrie-Überlebenden an und suchen nach äußeren Kennzeichen für das Wahnsinnige an den Betreffenden. Doch diese Normalen trauen sich selten, die ehemals Ver-rückten direkt zu fragen: Warum hast du so und so gehandelt? Hinter dem Rücken der Betreffenden wird viel erzählt. Doch diejenige kann dazu keine Stellung beziehen, weil sie aus der Diskussion ausgeschlossen ist.

Da werden auch Gedanken von Ver-rückten verständlich, wie gläsern zu sein: Die Außenwelt sieht alle Gedanken, Taten und Untaten in der gesamten Vergangenheit und Gegenwart.

Genauso wie Frauen sich nur selber die Straße zurückholen können, indem sie zum Beispiel nachts allein unterwegs sind, so können sich auch Psychiatrie-überlebende Frauen ihr Leben holen, indem sie das Schweigen-Tabu brechen. Lieber sich gesund schimpfen, als sich krank ärgern. ●

Literatur:
1.) **V. Curran und S. Golombok:** Bunte Pillen — Ade!, Berlin: Orlanda Frauenverlag 1988
2.) **Hrsg. Der Senator für Gesundheit und Soziales Berlin:** Psychiatrieplanung in Berlin, Berlin: 1984
3.) **P. Lehmann:** Der chemische Knebel, Berlin: Peter Lehmann Antipsychiatrieverlag 1990

PROJEKT VON PSYCHIATRIE-BETROFFENEN

WAHN — SINN

Alternative zur Psychiatrie: Das Weglaufhaus

Um die existenzielle Not psychiatrisierter Menschen zu lindern, ist ein den Frauenhäusern vergleichbarer nicht-psychiatrischer Zufluchtsort – wie z.B. ein Weglaufhaus – dringend erforderlich. Erfahrungen aus den Weglaufhäusern in den Niederlanden und die Konsequenzen für das Berliner Weglaufhaus bieten hier einen ersten Einblick.

Uta Wehde, Berlin – Redaktion Ruhrgebiet ● Wenn Frauen von ihren Männern mißhandelt werden, besteht für sie theoretisch die Möglichkeit, in ein Frauenhaus zu fliehen. Wenn Menschen in psychiatrischen Anstalten miß- oder gegen ihren Willen behandelt werden (was auf dasselbe hinausläuft), und sie fliehen vor dieser Gewalt, was dann? Wohin sollen sie weglaufen? Zu Hause warten eventuell schon die Polizei und der Sozialpsychiatrische Dienst auf sie, um sie zurück in die Anstalt zu bringen. Für viele Psychiatrie-Betroffene bleibt häufig nur die Straße und nach kurzer Zeit endet ihre Flucht in der Regel dort, wo sie begann: In der psychiatrischen Anstalt.

Auf der Suche nach einem Zufluchtsort

»Die Anstalt ist ein Knast! Sie hat Gitter, kugelsicheres Glas. Man kommt nicht 'raus', die Tür ist verschlossen, es gibt immer noch eine Tür dahinter. Man kommt in eine Anstalt, und den ersten Tag sagen sie zu dir 'Schau dich mal um', und den zweiten Tag – Spritze!« »Ich mußte im Isolierstuhl sitzen. Die Hände werden festgebunden, und die Füße werden festgebunden und um den Bauch auch. Du kannst nichts bewegen, nur sitzen! Sitzen! Sitzen!«

Dies sind Berichte von Psychiatrie-Betroffenen aus den Niederlanden. Sie sahen nur einen Weg, sich den in psychiatrischen Anstalten stattfindenden Menschenrechtsverletzungen wie Zwangsbehandlung mit Psychopharmaka, Elektroschocks, Isolierzellen und anderen Demütigungen zu entziehen: Weglaufen. Im Unterschied zu Deutschland, Österreich und der Schweiz gibt es für Weggelaufene in den Niederlanden einen Zufluchtsort: Das Weglaufhaus. Ende der siebziger Jahre entstanden in allen größeren Städten der Niederlande Weglaufhäuser, in denen Psychiatrie-Betroffene Schutz und Aufnahme finden.

Das erste deutsche Weglaufhaus ...

In Berlin engagieren sich innerhalb des gemeinnützigen Vereins zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt e.V. Psychiatrie-Betroffene und Nicht-Betroffene für die Einrichtung des ersten deutschen Weglaufhauses. Angeregt durch die Teilnahme am Psychopol-Kongreß in Amsterdam 1982 und den Besuch etlicher holländischer Weglaufhäuser riefen in Berlin einige Gründungsmitglieder der Irren-Offensive – eine Selbsthilfegruppe von Psychiatrie-Überlebenden – und kritische Psychologie-StudentInnen zunächst die Weglaufhausprojektgruppe ins Leben. 1989 gründete diese Gruppe den Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt e.V., der seitdem u.a. für die öffentliche Finanzierung einer echten Alternative zur Psychiatrie kämpft.

Was aber heißt alternativ? Welche Voraussetzungen und Kriterien muß ein Projekt bzw. eine Institution erfüllen, damit eine echte Unterstützung für Betroffene entstehen kann? Diejenigen, die diese Voraussetzungen benennen können und das Recht haben, Forderungen und Kriterien aufzustellen, sind die Psychiatrie-Betroffenen selber und nicht die sogenannten 'ExpertInnen', die sich dieses Recht anmaßen, ansonsten aber Psychiatrie-Betroffene als »psychisch Kranke« stigmatisieren, entmündigen, ausgrenzen und deren Körper, Geist und Psyche durch psychiatrische Psychopharmaka und andere psychiatrische Maßnahmen schädigen (Lehmann, 1990).

Forderungen der Psychiatrie-Betroffenen

Als Grundvoraussetzungen echter Hilfeleistung fordern Psychiatrie-Betroffene:

- Die Ablehnung des diskriminierenden psychiatrischen Krankheitsbegriffs, der extremen Empfindungen jeden Sinn abspricht und den Stempel von gemeingefährlichen Verhaltensweisen aufdrückt.
- Die Ablehnung jeglichen Einsatzes von psychiatrischen Psychopharmaka, Insulin- und Elektroschocks und stattdessen das Angebot einer zwangsfreien Unterstützung durch Wärme, Verständnis und Zuwendung.
- Die maßgeblichen EntscheidungsträgerInnen in echten Alternativen zur Psychiatrie sind Psychiatrie-Betroffene und deren Vertrauenspersonen.

Stellten die Weglaufhäuser in den Niederlanden, über die ich nachfolgend berichten will, in den ersten Jahren tatsächlich eine Alternative zur Psychiatrie dar, konnten sie diesen Anspruch später nicht mehr einlösen.

Die Weglaufhäuser in den Niederlanden:

Im Rahmen der Studenten-, Frauen- und Umweltbewegung war in den siebziger Jahren die Kritik an den psychiatrischen Anstalten zunehmend offensiver und Teil der öffentlichen Diskussion geworden. Psychiatrie-Betroffene und kritische Nicht-Betroffene schlossen sich zusammen und gründeten z.B. 1973 die Zeitschrift »Gekkenkrant«, die die radikalste Stimme der holländischen Antipsychiatrie-Bewegung repräsentierte. Im selben Jahr wurde auch der Clientenbond als Interessenvertretung aller psychiatrischen »KlientInnen« und »PatientInnen« ins Leben gerufen. Im Kampf gegen den Machtapparat Psychiatrie zeigte sich innerhalb der Antipsychiatrie-Bewegung die Notwendigkeit, Alternativen zur Psychiatrie zu entwickeln; sie mündete Ende der siebziger Jahre in die Weglaufhaus-Bewegung. Das erste Weglaufhaus in den Niederlanden eröffnete 1979, und die ehemalige Mitarbeiterin Marij Bosdriesz beschrieb die zentralen Merkmale der Weglaufhäuser folgendermaßen:

Zentrale Merkmale der Weglaufhäuser

- Ein Weglaufhaus befindet sich in einem normalen Haus, in einer gewöhnlichen Nachbarschaft, in der Barrieren abgebaut werden können. Die »gefährlichen Verrückten« werden nicht weit weg in »Wäldern und Dünen« isoliert.
- Das Haus ist übersichtlich und wohnlich, im Unterschied zu den großen, undurchsichtigen psychiatrischen Anstalten.
- Freiheit ist die »Medizin«. Es erfolgt keine Medikalisierung und kein Einsatz von Psychopharmaka als Therapie, sondern der Entzug von Psychopharmaka.
- Statt unfreiwilliger Behandlung und Zwangsmaßnahmen gibt es im Weglaufhaus Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung.
- Im Weglaufhaus haben die Betroffenen den Raum, verrückt zu sein, und die Ruhe, konkrete Zukunftsperspektiven zu entwickeln.
- »Symptome« psychischer »Störungen« und Probleme, die durch die »Hospitalisierung« entstanden sind, werden nicht unterdrückt (Wehde 1991, S.58).

Die Weglaufhäuser bieten in der Regel 5 - 6 Weggelaufenen einen Platz. Die Aufenthaltsdauer ist auf ca. ein halbes Jahr beschränkt. Das ursprüngliche Ziel der angebotenen Unterstützung war es, die BewohnerInnen bei der Rückkehr zu einem selbstverantwortlichen Leben ohne jeden Einsatz von Psychopharmaka zu begleiten. Neben den zentralen Merkmalen, die Marij Bosdriesz beschrieben hat, und die den Forderungen von Psychiatrie-Betroffenen für eine alternative Form der Hilfe entsprechen, lehnten die MitarbeiterInnen auch das psychiatrische Krankheitsmodell ab. Im Unterschied zur Konzeption des Vereins zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt e.V., die vorsieht, daß mindestens die Hälfte der MitarbeiterInnen im Weglaufhaus Psychiatrie-Betroffene sind, waren in den Niederlanden fast ausschließlich Nicht-Betroffene die InitiatorInnen und späteren MitarbeiterInnen. In den meisten Weglaufhäusern entschieden sich diese bewußt gegen eine öffentliche Finanzierung ihrer Stellen und für ehrenamtliche Tätigkeit, da sie die Abhängigkeit und Einflußnahme potentieller Geldgeber befürchteten. Dies führte in den ersten vier Jahren, als Psychiatrie noch ein gesellschaftspolitisches Thema war, zu keinerlei Schwierigkeiten. Sehr viele Menschen waren bereit, sich unbezahlt in den Weglaufhäusern zu engagieren. Mitte der 80er Jahre änderte sich aber die Einstellung gegenüber unbezahlter Arbeit in der holländischen Gesellschaft.

Probleme in holländischen Weglaufhäusern

Als ich 1989 im Zusammenhang mit der Planung des Berliner Weglaufhauses das Weglaufhaus in Utrecht besuchte, war der Mangel an MitarbeiterInnen das Hauptproblem. Das Team, das in den ersten Jahren aus 15-20 MitarbeiterInnen bestand, reduzierte sich auf acht MitarbeiterInnen. Diese arbeiteten zusätzlich zu Studium, Familie etc. im Weglaufhaus, fühlten sich überfordert und waren unzufrieden mit der von ihnen geleisteten Unterstützung. Ihre Anwesenheit im Weglaufhaus beschränkte sich auf vier Stunden pro Tag von 13-17 Uhr, am Wochenende und nachts bestand nur ein Telefon-Bereitschaftsdienst. Sowohl die MitarbeiterInnen als auch die BewohnerInnen hielten diese Anwesenheit für zu gering. Insbesondere in den Abendstunden und nachts wünschten sich die BewohnerInnen AnsprechpartnerInnen, um zu plaudern oder Probleme zu besprechen. »Sie haben keine Zeit. Wenn du sie brauchst, sind sie nicht da. Ich bin hier doch einsam,« (Wehde 1991, S.103) klagte eine Bewohnerin. Die Arbeitszeit reichte kaum aus, um soziale und rechtliche Probleme der BewohnerInnen zu klären.

Die Erfahrungen in den Weglaufhäusern zeigen, daß die wenigsten Betroffenen nach einer Psychiatrisierung noch über ein einigermaßen funktionierendes soziales Netz verfügen und häufig – in etwas größerem Ausmaß als andere Menschen – viele Probleme haben und auch ein besonders großes Bedürfnis nach menschlicher Nähe und Zuwendung. Die zu geringe Anzahl an MitarbeiterInnen und deren seltene Anwesenheit im Weglaufhaus erschwerten intensive Kontakte zwischen BewohnerInnen und MitarbeiterInnen. Die Möglichkeiten waren sehr beschränkt, auf emotionale Bedürfnisse und Probleme der BewohnerInnen einzugehen. Über die Hälfte der BewohnerInnen zog – meistens nach einem zweiwöchigen Aufenthalt im Weglaufhaus – die Konsequenzen, verließ das Haus und ging häufig »freiwillig« zurück in die Psychiatrie.

Die MitarbeiterInnen sahen nur eine Lösung für diese Probleme: Die finanzielle Absicherung des Projekts und die Einrichtung bezahlter Stellen. Die Entscheidung, das Projekt auf ehrenamtliche Tätigkeit zu gründen, hatte sich langfristig als projektgefährdend herausgestellt. Neben diesen institutionellen Problemen erfüllte das Weglaufhaus auch seinen Anspruch nicht mehr, Hilfe beim Entzug der psychiatrischen Psychopharmaka zu leisten und eine Psychopharmaka-freie Unterstützung anzubieten. Zum einen fehlten qualifizierte MitarbeiterInnen, zum anderen hatte sich die ehemals kritische und ablehnende Haltung gegenüber jedem Einsatz psychiatrischer Psychopharmaka, die zu Beginn die Arbeitsgrundlage in allen Weglaufhäusern darstellte, verflüchtigt. Diese Veränderung betraf nicht nur das Weglaufhaus in Utrecht, sondern alle Weglaufhäuser in den Niederlanden. In Utrecht verfügten die MitarbeiterInnen weder über ein fundiertes Wissen über die Wirkungsweise psychiatrischer Psychopharmaka, noch lehnte die Mehrheit des Teams deren Einsatz ab. Man bezeichnete sie als »hilfreich und gut« und riet den BewohnerInnen, weiterhin Psychopharmaka zu nehmen oder griff noch massiver ein, wenn, so eine Mitarbeiterin, »... ein Bewohner nervös ist und aggressiv; dann rufen wir den Doktor, und sie bekommen Psychopharmaka.« Diese Umgangsweise unterscheidet sich nicht von der psychiatrischen, vor der die BewohnerInnen ursprünglich wegliefen: Sind Betroffene unbequem und stören, werden sie chemisch ruhiggestellt. Aus diesem Grund stellt das Weglaufhaus in Utrecht keine echte Alternative zur Psychiatrie dar; lediglich Teilaspekte alternativer Hilfe sind realisiert.

Das Berliner Weglaufhaus — Foto: Lars-Ulrich Schlotthaus

Das Weglaufhaus in Berlin:

Im Unterschied zu den Weglaufhäusern in den Niederlanden sieht die Konzeption des Berliner Weglaufhauses eine Rund-um-die-Uhr-Anwesenheit von jeweils zwei MitarbeiterInnen vor. Die Erfahrungen zeigen, daß für Betroffene beim Entzug der körperlich und psychisch sehr stark abhängig machenden psychiatrischen Psychopharmaka insbesondere nachts AnsprechpartnerInnen sehr wichtig sind. Das Berliner Weglaufhaus wird deshalb erst eröffnen, wenn die ausreichende Finanzierung des Projekts inclusive bezahlter Stellen gewährleistet ist. Der Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt e.V. beantragte 1989 die Finanzierung des Weglaufhauses beim Berliner Senat. Die Voraussetzungen waren sehr günstig, da die Regierungskoalition zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Alternativen Liste die Umsetzung des Weglaufhauses in die Praxis beschlossen hatte. Des weiteren stellte ein anonymer Spender dem Verein eine Millionen D-Mark für den weiteren Erwerb eines Hauses zur Verfügung. Mit dieser Spende kaufte er eine großzügige Villa im Norden Berlins, die für die Nutzung als Weglaufhaus für elf Weggelaufene bereit steht. Trotz dieser Vorleistung nahm der Berliner Senat die Finanzierungszusage nach der veränderten politischen und wirtschaftlichen Situation in der Stadt im Januar 1991 zurück. Statt in ein entpsychiatrisierendes Projekt fließen die Gelder in den gemeindepsychiatrischen Ausbau der Psychiatrie. Der Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt e.V. versucht nun, über alternative Finanzierungsmöglichkeiten wie private Spenden und Stiftungen die Errichtung des ersten deutschen Weglaufhauses dennoch zu ermöglichen. ●

Hier konnte ich einen Großteil der Probleme anreißen. Wer sich eingehender mit der Psychiatriefrage und den Erfahrungen Psychopharmakafrei arbeitender Alternativprojekte beschäftigen will, sei auf die genannte Literatur verwiesen.

Wer Tips und Ideen hat, wie wir an Geld kommen, Kontakte zu JournalistInnen hat, uns zu Veranstaltungen einladen möchte, sich über die Möglichkeit einer Weglaufhaus-Patenschaft informieren oder uns in sonst einer Weise unterstützen will, schreibe an:

Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt e.V.
Liebenwalderstr. 16
W-1000 Berlin 65
☎ (0 30) 455 44 40 (fr von 17 - 20 Uhr)
Spendenkonto:
Postgiroamt Berlin, BLZ 100 100 10
Kto.-Nr.: 311 433 - 104

Literatur:

1) **Lehmann, P.**: Der chemische Knebel – Warum Psychiater Neuroleptika verabreichen. 2. verbesserte und aktualisierte Auflage. Berlin: Peter Lehmann Antipsychiatrieverlag 1990
2) **Wehde, U.**: Das Weglaufhaus – Zufluchtsort für Psychiatrie-Betroffene. Erfahrungen, Konzeptionen, Probleme. Mit einem Vorwort von **Jeffrey M. Masson**. Berlin: Peter Lehmann Antipsychiatrieverlag 1991

KONKRETE HILFE

WAHN – SINN

Das Psychiatrische Testament als Schutz vor psychiatrischerZwangsbehandlung

Mit dem Psychiatrischen Testament (PT) als Sicherung gegen gewaltsame psychiatrische Behandlung betreibt der Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt e.V. (Berlin) ein international weithin beachtetes Projekt. Mit dieser im Zustand der nichtangezweifelten Normalität schriftlich niedergelegten Erklärung können Menschen rechtswirksam festlegen, wie sie behandelt oder nicht-behandelt werden wollen, sollten sie in die Anstalt gebracht und von Psychiatern für geisteskrank und behandlungsbedürftig erklärt werden.

Wovor das Psychiatrische Testament schützen soll

Peter Lehmann, Berlin – Redaktion Ruhrgebiet ● Zur Klarstellung: Das PT kann – von der zugrundeliegenden Idee her – nicht vor der Unterbringung an sich, vor der Fesselung oder vor anderem demütigenden menschlichen Umgang schützen. Auch kann es Behandlungs-KandidatInnen nicht vor der »teuren« Verständnislosigkeit bewahren, mit der die Psychiatrie aufgrund ihres patriarchalisch-naturwissenschaftlich ausgerichteten Denkens der Sprache der Verrücktheit notwendigerweise entgegentritt (1). Kernpunkt des PT ist vielmehr das Recht auf körperliche Unversehrtheit.

In der Regel haben »psychisch Kranke« nur das Recht, der Verabreichung psychiatrischer Anwendungen zuzustimmen. Ein Ja akzeptieren Psychiater problemlos. Bei einem Nein wendet sich der Behandler an das Amtsgericht, es möge eine »Betreuung« (früher: Pflegschaft) einrichten. Dem 'Betreuer' wird von der Anstalt ein kleiner Vordruck zur Unterschrift vorgelegt, worin er allen psychiatrisch angeordneten Maßnahmen zustimmt. Es muß aber als Mißbrauch seiner Vertretungsmacht gewertet werden, wenn er im Gegensatz zu einer früher abgegebenen Erklärung der Betroffenen einer Behandlungsmaßnahme zustimmt.

Die Einsicht in die Bedeutung des PT ist verbunden mit dem Wissen über die Risiken der normalen psychiatrischen Behandlung, zumeist Neuroleptika-Verabreichung. Die unfreiwillige Behandlung bedeutet für die Betroffenen nicht etwa, daß sie zu ihrem Glück gezwungen werden; in aller Regel beinhaltet die gewaltsame psychiatrische Tätigkeit Einsperren und Anwendung neurotoxischer Psychodrogen. Von diesen stereotyp verabreichten und als »antipsychotische Neuroleptika« bezeichneten Chemikalien ist bekannt, daß sie zu schweren körperlichen, geistigen und psychischen Schäden führen können: u.a. zu Leberschäden, zu Tumorbildungen in den Brustdrüsen, zur Störung des Hormonapparates (Impotenz, Sterilität, und Ausbleiben der Menstruation), zu Chromosomenschäden (somit zu Mißbildungen, wie sie auch Thalidomid/Contergan herbeiführte), zum Abbau der geistigen Fähigkeiten, zu emotionaler Vereisung, Apathie und Verzweiflung (bis hin zur Selbsttötung) sowie insbesondere zu neurologischen Schäden wie Parkinson-Erkrankung und bleibenden Nervenzell-Veränderungen, die wiederum eine erhöhte 'Psychose'-Anfälligkeit bewirken können. Lebensgefährliche Muskelkrämpfe und Erstickungsanfälle beispielsweise können schon bei einmaliger Verabreichung der chemischen Substanzen auftreten; auch die Frage der Dosierung spielt nur eine untergeordnete Rolle; alle bekanntgewordenen Schäden traten unter sogenannter »therapeutischer« Dosierung auf (2).

Grafitti an einem Landeskrankenhaus

Foto: SSK-Beschwerdezentrum Köln

Erste Erfolge

Der 1987 veröffentlichte Mustertext erwies sich als wirksam: Psychiater schreckten in den wenigen Fällen seiner formell abgesicherten Anwendung vor der früher obligatorischen Zwangsbehandlung zurück. Die neue, ausgefeiltere Version des Mustertextes ist abgedruckt in meinem Artikel »Theorie und Praxis des Psychiatrischen Testaments«, der in den FAPI-Nachrichten Heft 6 (März 1992) veröffentlicht wird (Bestelladresse: Roland Goldack, Lange Str. 21 A; D-3500 Kassel, ca. DM 5,--). Hier sind auch Berichte über die Praxiserfahrungen enthalten, außerdem konkrete Hinweise zu seiner Anwendung, die Geschichte der Idee des PT und ein Überblick über die internationale rechtliche Situation hinsichtlich Schutz vor Zwangsbehandlung.

Selbst der geschäftsunfähige Mensch, der beispielsweise die Rechtsgeschäfte eines Kaufvertrags oder einer Schenkung nicht wirksam vornehmen kann, ist nach geltendem Recht zur Entscheidung über seinen eigenen Körper, z.B. in Form eines PT, höchstselbst berufen, soweit er nur die dafür erforderliche Einsichts- und Willensfähigkeit hat. Einzig auf diese kommt es an. Das gilt für Noch-nicht-Volljährige, für Entmündigte, für Personen mit einem »Betreuer« usw.

Was tun?

Wer ein PT errichten will, kann die Formblätter (ca. 13 Schreibmaschinenseiten) direkt bei Rechtsanwalt Rolshoven, Hauptstr. 147, 1000 Berlin 62 bestellen. Preis DM 5,--. Er gibt auch Ratschläge zu dem Problem, geeignete NotarInnen und AnwältInnen zu finden. Aufgrund der noch nicht höchstrichterlich abgesicherten Rechtslage ist der Grad der Absicherung höher, wenn das PT bei JuristInnen hinterlegt wird. Die Kosten für seine Erstellung betragen in einer Anwaltskanzlei derzeit (Februar 1992) zwischen 0 und 250 DM; es ist ratsam, vorher nach dem Preis zu fragen.

Wer die Blankoformulare ausfüllt, um die persönlichen Wünsche ergänzt und eine Ausführung des Dokuments hinterlegt hat, kann sich bei dieser Gelegenheit auch erklären lassen, wie und von wem im Notfall das PT einem Psychiater korrekt zugestellt oder übergeben wird, so daß es rechtswirksam den eigenen Willen durchsetzt.

Die bisherigen Erfahrungen mit dem PT sind für Psychiatrisierte durchaus ermutigend. Nachdem die Rechtsprechung in Psychiatriesachen noch kein tiefes Vertrauen in die ständige Beachtung aller Menschenrechte durch die Gerichte entstehen ließ, rät der Verein, das PT in einem Rechtsstreit nicht unvorbereitet irgendeinem Pflegschaftsrichter vorzulegen, der dann möglicherweise einen Psychiatrie-freundlichen Beschluß trifft, an den sich hinterher alle übergeordneten Berufungsinstanzen halten. Deshalb: **Menschen die das PT gerichtlich durchsetzen wollen, sind dringend gebeten, vor der Einlegung von Rechtsmitteln Kontakt mit Rechtsanwalt Rolshoven aufzunehmen** (Berlin: ☎ (030) 782 40 00 Mo/Di/Do/Fr 10 - 16 Uhr). Er gibt auch NotarInnen und AnwältInnen jede Auskunft, wenn diese um Aufnahme, Verwahrung oder Durchsetzung eines PT gebeten werden. ●

Quellen:
(1) **Kerstin Kempker**, »Teure Verständnislosigkeit – Die Sprache der Verrücktheit und die Entgegnung der Psychiatrie«, Berlin: Antipsychiatrieverlag 1991
(2) **Peter Lehmann**, »Der chemische Knebel – Warum Psychiater Neuroleptika verabreichen«, mit über 150 Abbildungen und wertvollen Tips zum Absetzen, 2., verb. u. aktual. Aufl., Berlin: Antipsychiatrieverlag 1990

Anschrift:
Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt e.V.
Liebenwalder Str. 16 · W-1000 Berlin 65

REZENSION

»Mein ganzer Körper fühlt sich an, als sei er in einem Physischen Gefängnis«

Zu Peter Lehmanns Buch »Der Chemische Knebel«

Das Buch trägt den Untertitel »Warum Psychiater Neuroleptika verabreichen«. Dieser Titel gibt den Inhalt nur unvollständig wieder, und das ist gut so. Das Buch von Peter Lehmann leistet viel mehr, als nur über diese – zugegeben zentrale – Frage Auskunft zu geben. Es ist in gleichem Maße eine Aufklärungsschrift (im klassischen Sinne des Wortes), wie eine Darstellung des Antipsychiatrischen Programms, und es bietet vor allem dessen theoretischen Hintergrund dar in einem wohl kaum zu übertreffenden Umfang.

Welche Hilfen gibt das Buch Menschen, die sich durch eigene Erfahrungen mit dem System Psychiatrie als direkt Betroffene, sprich »Behandelte«, ansehen müssen? Wie hilfreich – oder deutlicher: Wie notwendig ist dieses Buch für Menschen, die bisher – wenn überhaupt – nur indirekt mit Psychiatrie in Kontakt gekommen sind?

Zur ersten Frage kann ich keine Antwort geben. Dinge, die sich der eigenen Vorstellungskraft entziehen, können nicht problematisiert werden, ohne daß ihre wahre Bedeutung verwässert wird. Die Gefahr, eine Betrachtung von außen vorzunehmen, zurückgelehnt und aus scheinbar »sicherer« Entfernung, ist unabwendar, und es würden Fehler wiederholt, die Peter Lehmann der Psychiatrie und vor allem der durch sie beeinflußten Öffentlichkeit anlastet.

Auf die zweite Frage will ich versuchen einzugehen. Was leistet das Buch?

Es bietet einleitend eine ausführliche und sehr illustrative Darstellung der Entwicklung der Psychiatrie. Ihr Zweck ist weniger eine Beschreibung der Geschichte, als vielmehr die Erkenntnis, daß im Laufe der Jahrhunderte die Psychiatrie nur ihre Methoden »verfeinert« hat, in ihrer Grundhaltung zu ihren »Patienten« aber starr geblieben ist. Die Linie vom »Narrenkäfig« über die Zwangsjacke, den Elektroschock, die operative Verstümmelung, bis zur Verabreichung von Neuroleptika ist ununterbrochen und schnurgerade im Sinne der allgemein vorherrschenden psychiatrischen »Logik«.

Den Mittelteil und mit Abstand den meisten Raum nehmen die Ausführungen zu den Auswirkungen von Neuroleptika ein. So erhellend auch einzelne Ergebnisse dieser Untersuchungen sind speziell zur Beantwortung der Eingangsfrage »Warum verabreichen Psychiater Neuroleptika?« – der Wunsch nach möglichst umfassender Darstellung führt zu einer Masse an Informationen, die gelegentlich zentrale Aussagen und Ergebnisse zu ersticken droht. Weniger wäre mehr, denn: Besonders im Sinne der Allgemeinverständlichkeit und zur Überwindung der »Schwellenangst« bei Nicht-Medizinern kann auf genauere Darstellung der biologischen Zusammenhänge verzichtet werden, wenn auf für Laien entsprechend geeignete Fachliteratur verwiesen wird.

Es scheint manchmal etwas aus dem Blick zu geraten, daß der Zweck der ersten vier Teile des Buches ist, die zentrale These Lehmanns zu stützen (S.301):

»Angewandte Psychiatrie und Leben schließen sich tendenziell gegenseitig aus; die moderne psychopharmakologische Behandlung mittels Neuroleptika verhindert die Äußerung der tiefsten und ursprünglichsten Lebensbedürfnisse und rechtfertigt die Anwendung des Begriffes der chemischen Knebelung.«

Um die ganze Tragweite dieser Argumentation noch einmal deutlich zu machen: Die Psychiatrie als Teil der klassischen Medizin verrät deren Grundauftrag, Leben zu erhalten und verkehrt diesen mit dem Versuch, »psychotische«, »schizophrene« Symptome – oder das, was sie dafür hält – auszumerzen, in sein Gegenteil. Die Vorgehensweise dabei ist durchaus professionell, und den Möglichkeiten sind inzwischen mit Hilfe der Pharma-Industrie keine Grenzen gesetzt:

Daß Lehmann diese Argumentation fast durchweg mit Äußerungen und Veröffentlichungen von Verfechtern oder Trägern dieser »angewandten Psychiatrie« belegt (wobei er über 1.000 (!) Quellen benutzte) macht die ungeheure Spannung und Überzeugungskraft dieses Buches aus.

Die Verurteilung der psychiatrischen »Behandlung« mittels Neuroleptika ist letztendlich eingebettet in Lehmanns antipsychiatrische Grundhaltung. Der Inhalt und der Aufbau dieses Buches läßt das die LeserIn nachvollziehen. Welche Kosequenzen sie aber daraus zieht, muß ihr überlassen bleiben. Eine hoffentlich fruchtbare Selbstreflexion sollte dabei vor allem bei denen ausgelöst werden, die Lehmann zu den »Helfern« der Psychiatrie zählt: Therapeuten, Pfleger, Sozialarbeiter und Laienhelfer. Für alle »direkt« von der Psychiatrie Betroffenen hoffe ich, daß sie dieses Buch in ihrem Selbstbewußtsein unterstützt, so weit bis sie ihrer »Behandlung« als »psychiatrischer Fall« die Stirn bieten. ●

Harald Schmidt, Münster

Lehmann, Peter: Der chemische Knebel: Warum Psychiater Neuroleptika verabreichen; mit über 150 Abbildungen und wertvollen Tips zum Absetzen 2. verb. u. aktualisierte Aufl. – Berlin: Lehmann, Antipsychiatrieverlag, 1990

PSYCHIATRISIERTE MACHEN KUNST

WAHN — SINN

Werkstatt für das Recht auf Anderssein

In Kassel gibt es seit Oktober 1989 die Initiativgruppe »Maske Blauhaus in Tinaia«, eine Kunstwerkstatt für Menschen mit Psychiatrieerfahrungen und für solche, die nie in so schwere psychische und seelische Krisen gerieten, daß die Menschen in ihrer Umgebung eine psychiatrische Behandlung als unumgänglich betrachteten.

Maskenaktion »EIN-KEHR« in Kassel (Juni 1991)

Fotos auf dieser Seite: Andreas Vogt

Sabine Stange, Kassel – Redaktion Ruhrgebiet ● Unsere Werkstatt ist ein Freiraum, in dem Menschen, die Interesse an Maskenbau, Maskenspiel und Malerei haben, auf die Suche nach ihren individuellen Ausdrucksformen gehen und diese über einen längeren Zeitraum entwickeln können. Grundlage unserer Zusammenarbeit ist das Interesse an Inhalt und Form künstlerischen Arbeitens. Dabei gehen wir aus von der Beuysschen Feststellung, daß jeder Mensch ein Künstler ist, wenn er sich auf die Suche nach seinen künstlerischen Ausdrucksformen macht und über einen langen Zeitraum an ihnen und mit ihnen arbeitet.

Geleitet wird die Gruppe von Andreas Vogt, Künstlerfotograf, und mir, Autorin und Maskenbauerin. In den zweieinhalb Jahren, in denen wir jetzt in der Gruppe zusammenarbeiten, haben etwa vierzig Interessierte die Werkstatt entsprechend ihren Bedürfnissen genutzt. Manche arbeiten einige Wochen mit, andere bleiben über Jahre und entwickeln im Laufe der Zeit ihren persönlichen Arbeitsstil.

Sich auf das innere Chaos einlassen

Der Ansatz unserer Arbeit entstand aus der Überlegung heraus, daß Künstlerinnen und Künstler und Psychiatrisierte in einigen Bereichen ähnliche Erfahrungen zu haben scheinen. Künstlerinnen und Künstler lassen sich – bewußt und gewollt – auf ihr eigenes inneres Chaos ein, Menschen mit schweren

Maskenaktion »Aqua« in Kassel (1990) – Maske: Ute Boersch

seelischen Krisen finden sich – ungewollt – über Strecken hinweg in ihrem inneren Chaos wieder. Gerade das bezeichnen Ärzte und Therapeuten, die in Kliniken arbeiten, als ein Problem, das therapeutisch angegangen werden muß. In den Kliniken versucht man, dieses innere Chaos zu strukturieren, indem man den Patientinnen und Patienten eine äußere Tagesstruktur anbietet, die im Laufe der Zeit das seelische Gleichgewicht wiederherstellen helfen soll.

Wir als Künstler und Künstlerin orientieren uns in unserer Arbeit an dem, was wir in uns vorfinden, lassen uns ein auf unser inneres Chaos, beschäftigen uns damit, bis sich langsam erste Strukturansätze abzeichnen, arbeiten weiter an diesen Strukturansätzen, bis sie schließlich ihre Form gewinnen. Warum also, sagten wir uns, soll das für Psychiatrisierte nicht möglich sein? Und kann es nicht sein, daß jemand, der künstlerisch arbeiten gelernt hat, der gelernt hat, Chaos nicht immer nur als Katastrophe zu erleben, sich anbahnende seelische Krisen ein Stück weit künstlerisch abarbeiten kann? (Womit nicht gesagt werden soll, daß künstlerisches Arbeiten das Allheilmittel für psychische Krisen ist. Meiner Schätzung nach gibt es unter der Gesamtbevölkerung etwa zehn Prozent Menschen, für die künstlerisches Arbeiten eine Ausdrucksform ist, und so, denke ich, gibt es auch unter den Psychiatrisierten zehn Prozent Menschen, die einen besonderen Zugang zu künstlerischen Ausdrucksformen haben, für die künstlerische Arbeitsformen ein wichtiges Ausdrucksmittel sein können.)

Möglicherweise entsteht Kunst

In der Werstattarbeit geht es nicht darum, auf Biegen und Brechen Originelles zu produzieren, sondern sich einzulassen auf sich selbst, zu fragen nach dem Verhältnis zwischen Ich und Welt, Gefühlen und Empfindungen Ausdruck zu geben. Wenn Menschen, die einen Draht zu dieser Form der Arbeit haben, sich lange genug damit beschäftigen, entsteht unter Umständen Kunst. Für mich ist ein Unterschied zwischen ästhetischem Ausdruck und Kunst darin zu sehen, daß ästhetischer Ausdruck mit individuellen Symbolen arbeitet, die für den Rezipienten und die Rezipientin nur dann zu entschlüsseln sind, wenn sie den Menschen kennen, der hinter diesem Ausdruck steht. Kunst beginnt da, wo zwischen Rezipient/Rezipientin in der Betrachtung des Werkes ein Stück Kommunikation ausgelöst wird, das ohne das Wissen um den individuellen Menschen, der hinter dem Werk steht, lebt. Um diesen Punkt zu erreichen, braucht es jahrelange Arbeit – bei »Normalen« und bei »Ver-rückten«.

Ver-rücktsein gehört zum normalen Leben

In Form von Ausstellungen oder Maskenaktionen präsentieren wir unsere Arbeiten von Zeit zu Zeit in der Öffentlichkeit. Dabei beziehen wir uns nicht auf die Räume, die unsere Gesellschaft für die »Ver-rückten« geschaffen hat, um sie nicht sehen zu müssen. Wir gehen in die Stadt, in öffentliche Räume, stellen unsere Sicht auf die Welt dar, wie sie sich in den Arbeiten präsentiert, fordern auf zur Diskussion und Auseinandersetzung. Zu Beginn unserer Arbeit lösten diese Präsentationen eher Angst aus, war doch nicht auszumachen, welche Maske, welches Bild von einem »Normalen«, welches von einem »Verrückten« erarbeitet worden ist. Und in der Begegnung mit den Menschen der Gruppe war für den Fremden nicht ohne weiteres ersichtlich, wer nun »ver-rückt« ist und wer nicht.

Dazu eine Episode: Das Gesundheitsamt der Stadt hat eine Selbsthilfewohnung eingerichtet. Um die Einweihungsfeier attraktiv zu gestalten, sucht man ein bißchen Kunst und Kultur und engagiert uns. Wie das so ist mit der Renovierung von Räumen, bis zur letzten Minute werkeln die Handwerker, in der Wohnung herrscht Chaos. Was tun?
Jemand muß her, der putzt! Dummerweise ist keine Putzfrau zu kriegen.

Initiativgruppe »Maske Blauhaus in Tinaia« – Maske: Irmhild Müller

Kann das nicht jemand aus der »Maske Blauhaus in Tinaia« machen? Die haben doch Sozialhilfeempfänger, und ist ein kleiner Nebenverdienst nicht nett?

Eine Frau aus der Gruppe putzt, die Wohnung glänzt, die Einweihungsfeier geht über die Bühne. Ein paar Tage später sitzt sie einem Sachbearbeiter im Gesundheitsamt gegenüber, um sich ihr Honorar abzuholen. Man plaudert über dies und das, kommt auch auf die Maskenaktion zu sprechen.
Wie fanden Sie die Aktion? fragt die Frau.

Na ja, sagt der Sachbearbeiter, ich hab ja keine Ahnung

»Maske Blauhaus in Tinaia« in Kassel (1991) – Maske e-Gebriel

von sowas, aber ich fand's ganz nett, waren Sie auch da?
Ja ja, sagt die Frau.
Aber ich habe Sie nicht gesehen ...

Ich war eine der Masken, lächelt die Frau. Hm hm, plötzlich wird er unruhig auf seinem Stuhl, haben Sie persönlich mit Frau Stange zu tun?

Ja, ja, sagt sie und lächelt wieder, wir kennen uns seit Jahren. Auf einmal hat er es sehr eilig, ihr das Geld auszuzahlen ... ob das eine von den ... ist?
Sie hat ihn darüber im Unklaren gelassen.

Die Übergänge sind fließend

Woran orientieren wir uns, wenn wir nicht mehr definitiv wissen, wer »verrückt« ist und wer nicht? Und wie soll die »Reintegration in die Gemeinde« gelingen – wie das in gemeindepsychiatrischen Konzepten immer so schön heißt – wenn wir nicht davon abgehen, von der Gruppe der Kranken und der Gruppe der Nichtkranken zu sprechen? Ist die Suche nach einer Form des Lebens für einen »Kranken« und für einen »Nichtkranken« nicht gleich kompliziert? Und kann das nicht nur dann gelingen, wenn wir aufhören, die, denen wir begegnen, in Kästchen einzusortieren? Für mich ist in den zwei Jahren der Zusammenarbeit zwischen »Psychiatrisierten« und »Nichtpsychiatrisierten« deutlich geworden, daß die Übergänge zwischen den von uns theoretisch gedachten Gruppierungen fließend sind, daß wir sie nicht brauchen, um zusammen zu leben, sondern daß sie höchstens gebraucht werden, um festzustellen, wer durch Pflegesatzgelder über Wasser gehalten wird und wer nicht. Ob das über Lebensqualität entscheidet? Ein »Verrückter« brachte dieses Dilemma einmal so auf den Punkt: »Ihr Normalen habt es auch nicht immer leicht.« ●

FORTSETZUNG IM APRIL:

Aus Platzgründen konnten hier nicht alle zur Veröffentlichung vorgesehenen Beiträge abgedruckt werden. Im Heft Nr. 91 (April) werden wir das Thema mit folgenden Beiträgen fortführen:

- **Die Anpassung des Protests**
  Wie Erwin Brandel, Taxi-Einzelunternehmer aus München aufgrund einer freiwilligen Behandlung in der Psychiatrie, mit deren Methoden er nicht einverstanden war, Berufsunfähig wurde...
- **Zwangspsychiatrie**
  Dieser Beitrag zur Psychiatriediskussion wurde 1990 für die FAPI-Nachrichten (Forum AntiPsychiatrischer Initiativen) geschrieben und hat seitdem leider nicht von seiner Aktualität eingebüßt...
- **Wahnsinn vor dem Hintergrund sozialer Erosion**
  Roland Goldack, ist Herausgeber der FAPI-Nachrichten und Sprecher des Arbeitskreises Psychiatrie der AG SPAK. Er führt in Kassel sozialpsychologische Beratungen durch. Götz Paschen sprach mit ihm über seine Psychiatrie-, bzw. »psychokritische« Einstellung...

Anzeige

IRREN IST MENSCHLICH

Hand-werks-buch Psychiatrie * Alte verstehen * Zulassen-Rauslas[illegible] * Psychiatrie im Wandel * Sterbehilfe – [illegible]rt nicht die Verwirrten [illegible]r ? * Pflegen [illegible]hön is anders [illegible]smus * Ich, die [illegible]grenzen ist leich[illegible]nazepin * Glück * M[illegible]ei psychischen Störungen * [illegible] Zum Wohle der Betreuten * Sozialpsychiatrische Lernfälle * Selbsthilfegruppen * Gewalt und Erziehung * Was heißt hier Auflösung * Irrenpflege * Schein-Lösungen * Ende der Anstalt * Patientensuizid * Das Recht der Hilfen * Glück * Das verrückte Wohnen * Mensch-Psychiatrie-Umwelt * Wege aus der Hospitalisierung * Psychiatrie in der Gemeinde * Betreutes Wohnen *

Bei uns ist der WAHNSINN PROGRAMM

UND VIEL MEHR !

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an
PSYCHIATRIE-VERLAG
Postfach 2145 * 5300 Bonn 1

EL SALVADOR:

Perspektiven nach dem Waffenstillstand

Seit dem 1. Februar herrscht Waffenstillstand zwischen der Befreiungsbewegung Farabundo Marti und der Regierung El Salvadors. Mit der Aushandlung eines Befriedungsplanes wird einer der gravierensten Kriege in Lateinamerika vorerst beendet. Erleichterung und spontane Freude zeigen vor allem die Teile der Bevölkerung, die mit der Befreiungsbewegung sympathisieren. Ihre Freude bezieht sich auf die Erweiterung legaler politischer Spielräume. Sie manifestierte sich besonders stark, als sich die prominenten VertreterInnen der FMLN in der Hauptstadt zeigten.

Ronald Köpke, Gruppe »Viva Guarjila«, Bielefeld, Redaktion Heidelberg (Eva Rose) ● Die Befreiungsbewegung stimmte mit dem Rahmenabkommen vom 31.12. und mit dem Waffenstillstandsabkommen vom 16. Januar ihrer Entwaffnung bis Oktober diesen Jahres – und damit ihrer Integration in das legale politische Leben – zu. Auf der anderen Seite hat sie erreicht, daß die repressiven Sicherheitskräfte und die Elitebatallione aufgelöst, sowie die Armee im Verlauf der nächsten zwei Jahre reduziert und den zivilen Organen untergeordnet wird.

Die Gründe, die zu diesem Krieg geführt haben, sind damit nicht aufgehoben. Die sozialen und politischen Auseinandersetzungen bewegen sich nur weg von ihrer militärischen Austragung. Die politische Konjunktur, die diese Bewegung ermöglicht hat, war bedingt durch folgende Faktoren:

1. Die FMLN hatte mit der Offensive vom November 1989 endgültig bewiesen, daß sie in einem Krieg niedriger Intensität nicht niederzuwerfen ist. Ihre Entscheidung, trotz der für sie international ungünstigen Entwicklungen (in Osteuropa, Nicaragua) und gegen den ausdrücklichen Willen der sowjetischen Administration an ihrem Offensivkonzept festzuhalten, war richtig. Auf der anderen Seite mußte die FMLN einsehen, daß ein finaler Sieg, von dem noch 1981 gesprochen wurde, gegen die immense Aufrüstung der Gegenseite nicht zu erreichen war.
2. Gleichsam aber war auch der Zusammenbruch traditioneller marxistisch-leninistischer Politik und der Wegfall internationaler Bündnispartner ein Signal, mittelfristig die Strategie ändern zu müssen.
3. Auch die Gegenseite erhielt in dem Maße Schwierigkeiten, wie die USA zunehmend nicht mehr bereit waren, den kostspieligen Krieg, der im Moment keine Bedeutung als Stellvertreterkrieg hat, zu finanzieren. Hinzu kam, daß die Kritik an der politischen und militärischen Kriegsführung von außen gewachsen war, weil diese sich zunehmend als ineffektiv erwiesen hatte.
4. Ein subjektiver Faktor bestand in der Rolle des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und seines Stellvertreters, die direkt auf eine Lösung drängten. In der US-Administration war in diesem Zusammenhang von der »Venezuela-Mafia« die Rede.
5. Historisch einmalig war die direkte Einmischung der UNO in die inneren Angelegenheiten eines Landes, sprich: eines Bürgerkrieges.

Die wesentlichen sozialen und ökonomischen Resultate des Verhandlungsprozesses nehmen sich, gemessen an den ursprünglichen Zielen der Aufständischen und ihrer sozialen Basis, recht bescheiden aus.

Angelehnt an eine Ende der 70er Jahre begonnene Landreform sollen zwar Güter über 245 ha enteignet werden, reale Umverteilungseffekte sind jedoch kaum zu erwarten, da seit Monaten von der Enteignungsforderung die Rede war, und einigermaßen intelligente Großgrundbesitzer Güter über 245 ha auf andere Familienmitglieder überschrieben haben. Dieser Punkt besitzt mehr einen politisch-symbolischen Wert als einen real strategischen. Mit anderen Worten, es existiert keine Verteilungsmasse für den Ansatz einer Landreform.

SiedlerInnen, die in Guerillagebieten mit Landbesetzungen »vollendete Tatsachen« geschaffen haben, müssen nun mit dem Fakt umgehen, daß in den nächsten Monaten Ansprüche von Alteigentümern angemeldet werden können. Im Rahmenabkommen ist von der »Legalisierung« des Landbesitzes in den Guerillagebieten die Rede, was in bürgerliches Recht übersetzt heißt, daß diese Legalisierung über private Aushandlungsverfahren mit den »legitimen Eigentümern« in Form von Landkauf noch zu geschehen hat. Die SiedlerInnen können zunächst nicht von ihrem Land vertrieben werden und haben ein Vorkaufsrecht, wobei aus einem noch zu schaffenden staatlichen Fond nach dem Modell der Landreform ihnen dafür Kredite gegeben werden. Im Gegensatz zur ursprünglichen Landreform besteht der Vorteil darin, daß der Zinssatz für diese Kredite festgelegt sein soll. Mit den ständig steigenden Zinsen und dem Zinseszins ist ein großer Teil der alten Agrarreformkooperativen erdrosselt worden.

Der zu erwartende Aushandlungsprozess wirft eine Reihe von Fragen auf. Was passiert etwa, wenn die Alteigentümer nicht verkaufen? Es wird eine gewisse Rechtssicherheit geben, d.h. daß der Staat Eigentum mit seiner Gewalt »schützt«. Die Ängste der SiedlerInnen sind erheblich. Die Erörterung aller damit im Zusammenhang stehenden Fragen würde diesen Artikel sprengen.

ZWEI WELTEN

Vorerst noch ist El Salvador durch zwei unterschiedliche Realitäten gekennzeichnet. Die eine umfaßt den Bereich des »kapitalistischen Sektors«, gekennzeichnet durch einen enormen Warenumsatz und durchaus prosperierende Investitionen. Die Zeiten der Kapitalflucht scheinen bereits jetzt vorüber zu sein. Eine wichtige Rolle spielen hierbei die sogenannten »Remesas«, die Dollarmillionen, die von SalvadorianerInnenn aus den USA nach El Salvador transferiert werden. Das Volumen der Remesas liegt heute schon erheblich über dem Staatshaushalt von 800 Millionen US-Dollars im Jahr. Das Konsumgüterangebot in den Läden des »Metrocentro« (Einkaufspassage in San Salvador) unterscheidet sich nicht so viel, von dem, was man in Deutschland so kaufen kann. Gemäß den Gesetzen der Kapitalakkumulation steht dies keineswegs im Gegensatz zur enormen Verarmung der Bevölkerung in den städtischen Randzonen und auf dem Land. Unter Friedensbedingungen wird ein weiterer Investitionsboom – vor allem im Bausektor – erwartet. Nichtsdestotrotz hat die Kaffeeoligarchie durchaus große Schwierigkeiten mit den fallenden Weltmarktpreisen für das Hauptexportprodukt: den Kaffee. Sie haben aber vor allem auch von den Militärdollars profitiert, deren Zufluß in Zukunft fraglich ist. Politisch abgestützt wurde die gegenwärtige Entwicklung durch die neoliberale Wirtschaftspolitik der rechten ARENA-Regierung.

Auf der anderen Seite besteht der sogenannte »Gegenpol« vor allem aus den ehemals relativ abgeschotteten Zonen unter Kontrolle der FMLN. Den politischen Gremien der FMLN ist es gelungen, eine bescheidene Entwicklung mittels internationaler Hilfsgelder in Gang zu setzen. So ist zu sagen, daß die soziale und politische Lage in den Zonen für die Leute wesentlich besser ist als etwa in den städtischen Elendsquartieren und in den ländlichen Regierungszonen. Die BewohnerInnen genossen durch die Anwesenheit der Guerilla einen gewissen Schutz vor staatlicher Einflußnahme und den Beglückungen der freien Marktwirtschaft. Durchaus problematisch erweist sich die große Abhängigkeit von Spenden von außen. Diese Abhängigkeit hat, ohne von den Nicht-Regierungs-Organisationen beabsichtigt zu sein, eine Eigendynamik erlangt. Zum einen hat dieser Prozess den Anpassungsdruck zu »marktgerechtem Verhalten« in angenehmer Weise für die Siedler hinausgezögert, zum anderen erweist sich unter dem Aspekt der vollen Durchsetzung der kapitalistischen Konkurrenz dies jetzt als kontraproduktiv. Existenzsicherungsprojekte in anderen als den Agrarbereichen sind unter diesen Bedingungen kaum lebensfähig.

IN DER ZONE

In der von der Guerilla kontrollierten Zone von Chalatenango sind ein großer Teil der BewohnerInnen rückgesiedelte Flüchtlinge, die erst ab 1986 (San José Las Flores) wieder in ihre Gebiete zurückgekommen sind. Am Anfang war die Angst vor dem Eindringen der Armee so groß, daß die Zusammenarbeit mit der Guerilla nur hinter vorgehaltener Hand zugegeben wurde. Vor Abschluß des Waffenstillstandes bewegten sich Einheiten der FMLN offen durch die Rücksiedlungen. In den Poblaciones ist der größte Teil der jungen Leute in die Frente integriert und es gibt kaum Familien, die keine Gefallenen zu beklagen haben. Auf Fragen nach der Zukunft antworten viele ausweichend. Die ÄrztInnen der FMLN berichten, daß psychosomatische Beschwerden im Moment zunehmen. Vor dem Frieden haben die SiedlerInnen im allgemeinen und die Guerilleros im besonderen eine gewisse Zukunftsangst. Was wird, wenn der Staat zurückkommt? Was wird aus den Leuten, die keine Arbeit finden? Werden die jetzigen Besitzverhältnisse bestehen bleiben können? Werden die Frauen aus den öffentlichen Bereichen zurück in die Küchen gedrückt? Wird die kollektive Sicherheit, die die Gemeinschaft bietet, durch die Öffnung zum »Rest« der Gesellschaft erodieren?

ALTERNATIVKONZEPTE ?

Die Frage nach Alternativkonzepten wird nur im Gesamtzusammenhang beantwortbar sein. Die Regierung hat enorme Mittel zur Verfügung, um die militärische Aufstandsbekämpfung jetzt vollständig in eine zivile zu verwandeln. Unter Umgehung der Volksorganisationen werden heute schon Millionen von Colones ausgegeben, um direkt an die »Basis« der Guerilla heranzukommen. In ihrem »Plan zum Nationalen Wiederaufbau« konzentriert die Regierung Mittel für Infrastruktur, Schulen, Gesundheitssektor und Agrarentwicklung vor allem auf die Guerillagebiete. Der Regierungsplan hat entsprechende Finanzzusagen aus den USA und der EG erhalten. Zur Durchsetzung der Strategie der Aufstandsbekämpfung werden vor allem regierungsfreundliche Organisationen beauftragt, den Kuchen in den Guerillagebieten zu verteilen. Die Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen der Linken verhandeln im Februar über ihre Berücksichtigung in diesem Plan. Ihre Durchsetzungsmöglichkeiten sind von der Machtfrage abhängig. Sie haben dabei zunächst keine guten Karten. So haben die sie unterstützenden Kräfte, z.B. auch in Deutschland, die Aufgabe, sie bei dieser Materialschlacht zu unterstützen, die mindestens so schwierig wird, wie der militärische Kampf.

Die politischen Gremien der Befreiungsbewegung in Chalatenango setzen auf einen eigenen Plan zum nationalen Wiederaufbau. Zu diesem Zwecke arbeitet man den Plan »Nueva Initiativa« aus, der eine bescheidene manufakturielle »Industrialisierung« hervorbringen soll. In jeder Ansiedlung soll ein Werkstattbereich konzentriert werden. Für die Ortschaft Guarjila ist das z.B. die mit Außenmitteln finanzierte Schreinerei. Brauchbare Maschinen aus der Umgebung sollen nach Guarjila konzentriert werden, auch sollen ausgebildete Kapazitäten zentral arbeiten und die Ausbildung selbst soll konzentriert werden. Dazu fehlen jedoch alle Voraussetzungen. Es fehlen Fachkräfte und Ausbilder, Vermarktungserfahrungen sind nicht vorhanden, Maschinenwartung kann nicht durchgeführt werden und der Ersatzteilnachschub ist nicht hinreichend gesichert. Weitgehend im Unklaren liegt die Erwirtschaftung von Betriebsmitteln und Löhnen. Der Konzentrierungsplan bezieht sich auch auf andere Werkstattbereiche. So setzt man z.B. auf Textil- und Schuhproduktion. In der Schuhwerkstatt von Arcatao sollen Pobladores aus dem weit entfernten Los Ranchos arbeiten, was diesen ziemlich widersinnig erscheint. Im übrigen sind die Bereiche Schuh- und Textilproduktion nach allen entwicklungspolitischen Erfahrungen in den Sand gesetzt, da der Markt mit billigeren und besseren Massenprodukten aus den Maquiladoras (Weltmarktfabriken) gesättigt ist. Der ehrgeizige Plan einer bescheidenen Industrialisierung muß sich eher an kleineren Projekten und an der Kaufkraft in der Region orientieren. Auf dem Sektor regionaler Produktion gibt es wenig gute Ideen. Geplante Infrastrukturmaßnahmen (Straßen) beziehen sich ständig auf das Zentrum.

Fortsetzung nächste Seite

Anzeige

blätter des iz3w
informationszentrum dritte welt - iz3w

- Seit über zwanzig Jahren kontinuierliche Berichterstattung über die Länder der Dritten Welt, Entwicklungspolitik, Solidaritätsbewegung, Kampagnen, Ausländerpolitik...
- Nachrichten und Analysen zu Politik, Wirtschaft, Kultur, Rüstung...
- Gemacht von einer unabhängigen Gruppe kritischer und engagierter Leute

erscheint acht mal im Jahr für DM 48.–
Einzelheft DM 6.– + 1.80 Porto
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

☐ Bitte schickt mir Eure Materialliste
☐ Ich bestelle die **blätter des iz3w** (acht Ausgaben/Jahr)
☐ im Abonnement
☐ als unverb. Probeabo von drei Ausgaben für DM 10.–
☐ in bar
☐ per Scheck

Name
Straße/Hausnummer
Postleitzahl/Wohnort
Datum/Unterschrift

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.

Datum/Unterschrift

Die Spendenkampagne geht weiter!

Waffenstillstand in El Salvador: eine große Chance, aber auch ein enormes Risiko für das Befreiungsprojekt. Die FMLN braucht jetzt noch mehr unsere Unterstützung – jeden Pfennig, jede Mark: Flugblätter und Lautsprecher sind genauso Waffen für die Befreiung wie Gewehre und Verbandsmaterial!

Neue Waffen für El Salvador!
Unterstützt die FMLN!

Neues Konto: BfG Heidelberg
Nr.1088 787 700 (BLZ 672 101 11)
Informationsstelle El Salvador e.V.

Contraste_Korrekturen_FuenfteWelle_1992.indd 33 23.09.24 19:56

FORTSETZUNG: EL SALVADOR...

Sinnvolle Lokalverbindungen (etwa in Chalatenango-Ost als Verbindung der beiden Hauptstraßen zwischen Las Flores und Las Vueltas) werden nicht in Angriff genommen. Aber alles ist gut gemeint und die Diskussion um einen eigenen Plan sind durchaus noch offen – trotz aller Fehler. Das Konzept der »Nueva Initiativa« bezieht sich auf das Konzept der FMLN, des sogenannten »Polo Economico« (Alternativer Wirtschaftspol). Es beschreibt im wesentlichen die Mobilisierung der Bereiche der Armutsökonomie, der Kooperativen und der oben genannten Gemeinschaftsprojekte als einer Art dualwirtschaftlicher Strategie, in der das faktisch mögliche in strategischen Reformen gemacht wird. Gemeint ist vor allem die Schaffung von Verbindungslinien zwischen der Produktion in den »Alternativprojekten« und dem Kleinhandel im sogenannten »Informellen Sektor«. Eine vollständige Marktintegration angenommen, ist dies weder eine überzeugende Perspektive noch ein ökonomisches Steuerungsinstrument für eine Reformpolitik – etwa einer aus den Wahlen 1994 hervorgehenden Mitte-Links-Regierung.

EIGENTUMSFORMEN

Relativ unberührt ist hiervon die Frage der Eigentumsformen. Bei Werkstattprojekten ist im Moment kaum ein Unterschied zwischen kommunalen und kooperativ-privaten Betrieben feststellbar. D.h., es existieren sowohl »unproduktive« kommunale, wie auch kooperative Betriebe. Ebenso gibt es in beiden Richtungen Gegenbeispiele. Anders stellt sich die Situation im Agrarbereich dar. In diesem Bereich haben die Rücksiedlungen die Erfahrung machen müssen, daß eine gemeinschaftliche Bewirtschaftungsform nicht haltbar ist. Es besteht eine Tendenz zur Privatisierung und Parzellisierung bzw. zur Verstärkung der privaten familiären Produktion. Zur Zeit wird nur noch ein Tag in der Woche auf Gemeinschaftsgütern gearbeitet, vormals waren es etwa drei Tage. Der eine »Kollektive Tag« verbleibt als eine Art kommunale Sozialsteuer zur Ernährung der Waisen, Witwen und alleinstehenden Frauen mit Kindern. Darüberhinaus werden am Kollektivtag auch Arbeiten in den Bereichen Infrastruktur und Erziehung geleistet. Fraglich ist, ob sich dieses System in Zukunft freiwillig aufrecht erhalten läßt, wenn die Integration in die »zivile Gesellschaft« vollzogen wird, und die Gemeinschaften in »normale« Kommunen verwandelt werden. Sozialer Druck allein wird nicht ausreichen. Es sind weitreichende Bewußtseinsprozesse nötig, um diese Form gemeinschaftlicher Produktion zu erhalten.

Neben familiärer Privatarbeit existieren private freiwillige Kooperativen im Landbau, deren Zweck einzig und allein höhere Erträge sind.

El Salvador ist ein Land, in dem historisch viele Kooperativen in anderen Bereichen existieren (z.B. Transport). Für den Bereich vorindustriell-manufakturieller Produktion fehlen jedoch Erfahrungen völlig. Hier befinden sich die Poblaciones in den »befreiten Gebieten« in einem völligen Experimentierfeld. Das vor dem Hintergrund, neue Arbeitsplätze für die KämpferInnen schaffen zu müssen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

FRAUEN

Angesichts des ökonomischen Außendrucks und der völlig überproportionalen Repräsentation der Männer in den politischen Gremien, ist zu erwarten, daß der Frieden für die Frauen eine negative Seite zum Durchbruch bringt. Konkret wollten wir das Projekt einer kooperativen Frauenbäckerei in Guarjila unterstützen. Die meisten der Männer stehen auf dem Standpunkt, daß Projektgelder für andere Notwendigkeiten kanalisiert werden müssen. Auch wenn ein gewisses Selbstbewußtsein besteht, sich nicht von den Männern aus den öffentlichen und produktiven Sektoren zurückdrängen zu lassen, so kann jetzt schon eine Gegentendenz ausgemacht werden, die sich durch die Rückkehr der Guerilleros noch verstärken wird. Zu diesem Thema finden zur Zeit eine Reihe von Diskussionen unter den Frauen statt.

DIE GEGENSEITE

Außerhalb der Zonen wird die Integration der Soldaten und Sicherheitskräfte zum größten Problem. Existiert bei den Linken noch ein gewisses Solidarnetz, so zeichnet sich heute schon ab, daß Teile der Sicherheitskräfte sich kriminelle Ersatzbetätigungen suchen. Raub und gewöhnlicher Mord steigen in San Salvador sprunghaft an. Die großen Landbesitzer und andere extreme Rechte werden sich ihre Privatarmeen unterhalten und auf eigene Rechnung politische Morde begehen. Die Politiker der Linken sind nach wie vor gefährdet. Politisch wird sich die extreme Rechte als Verliererin begreifen. Die ARENA-Partei als erfolgreichstes bürgerliches Projekt hat es vermocht, sich als moderne republikanische Partei mit durchaus faschistischen Zügen eine integrative Identität zu schaffen. Genau diese Gegensätzlichkeit zwischen »Modernen« und »Ultrarechten« steht jetzt wieder vor der Zerreißprobe. Die Verkleinerung der Sicherheitskräfte ist eine enorme Provokation für die Traditionalisten. Ein Staatsstreich scheint im Moment jedoch ausgeschlossen, da die Regierung der Vereinigten Staaten in El Salvador die erste politische Geige spielen – und diese Violine geigt im Moment das Lied von Freiheit und Demokratie.

DIE LINKE

Die politische Linke wird sich legalisieren. Sie mobilisiert durchaus immer noch erheblich viele Leute. Aber Vieles ist nicht mehr wie 1979/80. Das Elend in den Vorstädten hat entpolitisierend gewirkt. Fraglich ist, ob eine Konzentration auf den parlamentarischen Kampf und auf die Hauptstadt einen neuen Frühling bringt. Die Stärke lag und liegt auf dem Land. Der Ressourcenabzug von qualifizierten und politisch fähigen Leuten in das Zentrum nach San Salvador, der durch die Spielregeln der bürgerlichen Demokratie erzwungen wird, wird eher schädlich sein für die Prozesse, die auf dem Land ihren Ausgangspunkt nahmen. Aber die Zukunft des Kampfes hat schon 1991 begonnen – mit einer Reihe von Landbesetzungen. ●

500 JAHRE...

blätter des iz3w:

500 Jahre Kolonialismus

Diese Sonderausgabe der blätter des iz3w resultiert aus der großen Nachfrage nach den beiden Themenschwerpunkten Kolonialismus I (August 1990) und Kolonialismus II (Mai 1991). Angereichert durch einen aktuellen Serviceteil (Arbeitsmaterialien, Broschüren, Bücher und eine ReferentInnenliste zu Scherpunktthemen) liegt nun die zweite Auflage beider Schwerpunkte vor.

Wir greifen zentrale Aspekte auf, die in der Armada der Neuerscheinungen zu Kolumbus und seinen Folgen unter den Tisch fallen: Wir analysieren die offiziellen Feierlich-keiten, die den Überfall als »Begegnung zweier Welten« beschönigen, dokumentieren auch Texte aus Afrika, Spanien und Lateinamerika gegen das Abfeiern eines Genozids. Sie machen deutlich, daß »500 Jahre Kolonialismus« nicht nur ein historisches Thema ist. Die Beiträge »Das Bild des Anderen« und »Zwischen Mythos und Sklaverei« stellen die ideologischen Begründungen vor, mit denen Europa während der letzten 500 Jahre immer wieder versuchte andere Kulturen als minderwertig bzw. exotisch zu präsentieren und aus der Menschheit auszugrenzen. Die Rolle europäischer Frauen beleuchtet der Beitrag »Von Anfang an beteiligt... Frauen und Kolonialismus«. »Auf der Suche nach der unsichtbaren Frau« handelt von schwarzen Sklavinnen, ihrer Verweigerung und ihren Widerstand der in der eurozentrisch verzerrten Geschichtsschreibung nicht vorkommt. »Freibeuter und Maroons« zeigt, daß Geschichte immer auch der Versuch von Teilen der Gesellschaft ist, Utopien zu haben und Alternativen zu leben, und nicht nur Stoff für billige Abenteuerromane liefert.

Sonderausgabe 500 Jahre Kolonialismus, Freiburg 1992, 60 Seiten, 6,-DM

Im März erscheint 'blätter des iz3w' Nr.180: Kolonialismus III.
Christel Opeker zeigt am Beispiel Indien Unterschiede zwischen kolonialen Regimes in Afrika, Lateinamerika und Asien; Ulrich Menzel geht der Frage nach, warum Japan nicht kolonialisiert wurde und später selbst Kolonialmacht wurde. Hildis Striegel skizziert das Bild, das sich Europäer über fünf Jahrhunderte von China und vom »Chinesen« machten. Lydia Potts untersucht die Rolle asiatischer MigrantInnen im Weltmarkt der Arbeitskraft. Kurzartikel, ein Serviceteil und ein Kommentar zur »Kampagne 1992« runden den Themenschwerpunkt ab.

Anschrift:
blätter des iz3w
Postfach 53 28 · W-7800 Freiburg
☎ (0761) 7 40 03

SOLIDARITÄT...

ENERGIE FÜR CUBA

Schaffen wir eins, zwei, drei... viele Barrel Öl nach Cuba!

Die Anfang Dezember 1991 lancierte Kampagne »Energie für Cuba« konnte jetzt, knapp zwei Monate später, zum ersten Mal 85.000,– DM an die Botschaft der Republik Cuba überweisen.

Die Kampagne ist von der DeCub (Deutsch-Cubanische Gesellschaft), den Freundschaftsgesellschaften BRD-Cuba und Berlin-Cuba, der ILA (Informationsstelle Lateinamerika), dem Informationsbüro Nicaragua e.V., der Taller de la Solidaridad (s.u.) dem AutorInnenkollektiv CoCo-Piranhas und der Cultur-Cooperation e.V. in Hamburg gemeinsam mit der Europa-Abgeordneten Dorothee Piermont ins Leben gerufen worden.

Denn durch die Verbindung von dreißigjähriger US-Blockade und drastischem Rückgang des Handels mit den Republiken der ehemaligen UdSSR und den anderen osteuropäischen Staaten ist die Versorgung der cubanischen Bevölkerung gefährdet. Insbesondere sind die Energie- und Rohstofflieferungen fast völlig zu Erliegen gekommen. Damit sind nicht nur das gesamte Transportwesen, die Produktion in Landwirtschaft und Fabriken und die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung gefährdet, sondern auch die größten Errungenschaften der cubanischen Revolution im Gesundheits- und Erziehungswesen. Konnten sich Cubas Kinder bisher – im Gegensatz zu Millionen verlassener, hungernder, als lebende Organbanken ausgebeuteter Kinder in Lateinamerika – gut ernährt und medizinisch versorgt in einem allen zugänglichen Schulsystem entfalten.

Dagegen hat in allen westlichen Medien eine koordinierte Kampagne begonnen, um durch einseitige und Falschinformationen Cuba weltweit den Rückhalt zu entziehen und es dann – ggf. durch Sabotage-und Militäraktionen – in die Knie zwingen zu können.

Diesem Versuch, eine politische Führung durch Aushungern eines Volkes zu stürzen, will sich die Kampagne in den Weg stellen, indem sie konkrete und politische Solidarität mobilisiert.

Spenden unter dem Stichwort »Energie für Cuba« auf das Konto Nr. 132 975707 bei der Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, Klaus Wardenbach.
Kontaktadresse:
Klaus Wardenbach · Büro Piermont
Bundeshaus · HT 105 · W-5300 Bonn 1
☎ (02 28) 16 91 98

ERSATZTEILE FÜR CUBA

Taller de la Solidaridad

Unsere Gruppe ist ein Zusammenschluß von Menschen, die sich verpflichtet fühlen, einen Beitrag zur Milderung und Überwindung der Krise zu leisten, in der sich Cuba aktuell befindet.

Cuba ist eines der wenigen Länder, das sich konsequent gegen den Imperialismus wehrt, der die armen Länder in immer tieferes Elend stürzt, nachdem sie durch falsche Versprechungen geködert oder durch ökonische oder militärische Eingriffe gefügig gemacht wurden. Die Entwicklung in Nicaragua, Panama und den ehemals sozialistischen Ländern belegen dies eindrucksvoller denn je.

Durch die Auflösung der RGW-Staatengemeinschaft, zu der auch Cuba gehörte, sind die betroffenen Länder nun der Konkurrenz des Weltmarktes preisgegeben. In den osteuropäischen Ländern und der ehemaligen Sowjetunion führte dies zu rapide steigenden Inflationsraten, hoher Arbeitslosigkeit, sozialen Spannungen und Krieg.

Cuba ist das einzige Land, dessen Handelsverträge mit der DDR von der BRD einseitig aufgekündigt wurden. Gleichwohl fordert die BRD die Tilgung der Schulden Cubas an die Ex-DDR in D-Mark.

Trotz dieser schwierigen Lage konnten bis jetzt die sozialen Errungenschaften weitgehend aufrecht erhalten werden. Cuba betreibt nach wie vor eine Politik, die der Bevölkerung im Vergleich zu den anderen Ländern Amerikas einen hohen Lebensstandard garantiert, die Bildungschancen für alle eröffnet und kostenlose Gesundheitsversorgung für alle gewährleistet. Es gibt dort bis heute weder Slums noch Hunger.

In Cuba sind enorme Anstrengungen unternommen worden, um sich an die veränderte Situation anzupassen. Erfindungen zur Energieeinsparung, Eigenproduktion vieler Ersatzteile, die massenhafte Einführung des Fahrrads als neues Verkehrsmittel Nr. 1, Eigenanbau von Obst und Gemüse sind einige wichtige Punkte.

Um Devisen zu beschaffen, ist Cuba gezwungen, auch problematische Projekte wie den Ausbau des Massentourismus zu betreiben.

Wir unterstützen seit dem Sommer 1990 cubanische Fabriken und Einrichtungen mit Ersatzteilen und Verbrauchsmaterial, vorwiegend aus der ehemaligen DDR, wofür Cuba die Devisen fehlen. Wir arbeiten eng mit dem 3.-Welt-Zentrum in Leipzig zusammen, das in vielen Fällen den direkten Draht zu Betrieben in der Ex-DDR herstellen konnte.

Um unsere Arbeit weiterführen zu können, benötigen wir nach wie vor Geld und rufen daher zu Spenden auf.

Kontakt:
Taller de la Solidaridad
Solidaritätswerkstatt e.V.
Rundeturmstr. 16 · W-6100 Darmstadt
☎ (0 61 51) 29 23 68 / 2 66 64
Fax (0 61 51) 2 02 85
Solidaritätswerkstatt · Postgiro Frankfurt
BLZ 500 100 60 · Kto.: 48 78 02 - 603

Schaffen wir ein, zwei, drei...
viele Barrel Öl nach Kuba!
Weg mit der US-Blockade!

Bisher sind

95.058,30 DM

eingegangen

(Stand 7.2.1992)

Das Recht des cubanischen Volkes auf eine eigene Entwicklung muß gegen ökonomische Erpressung ebenso wie gegen offene Aggression à la Grenada oder Panama verteidigt werden.
Dafür braucht Cuba weiterhin solidarische Unterstützung!

Spendenkonto 132 975 707
Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00
(Klaus Wardenbach)

Kontaktadresse: Dorothee Piermont,
Postfach 21 02 32, 5300 Bonn 2,
Tel.: 0228/16 91 98

NEUER LANDESVERBAND

Ökologische Linke Baden-Württemberg gegründet

Mitte Februar fand in Stuttgart die Gründung der Ökologischen Linken (ÖkoLi) als Landespartei statt. Jutta Ditfurth berichtete zuerst über die Entwicklung der Ökologischen Linken von einer Initiative aus den ehemals ökologischen »Grünen« zu einer eigenständigen Bundespartei. Anschließend stellte Karsten Jagau einige Überlegungen für die nötige Struktur der Organisation zur Diskussion. Die Verbindung von Bewegungs- und Parteicharakter, um sowohl ein »Etablieren wie einen blinden Aktionismus zu verhindern«, erschien ihm als sinnvoller Weg. Auch, daß alle Anwesenden bei Parteiversammlungen immer Rede und Antragsrecht haben, sowie bei den nicht über das Parteiengesetz auf Mitglieder beschränkten Abstimmungen, natürlich auch Stimmrecht, ist in der Satzung der ÖkoLi geregelt.

Um die anstehenden Arbeiten zu bewältigen wurde nach der Gründung ein 7köpfiger SprecherInnenrat gewählt.

Nach diesen formal notwendigen Wahlen wurde sich mit dem weiteren Parteiaufbau und inhaltlichen Fragen beschäftigt. So werden demnächst in verschiedenen Kreisen Verbände gegründet werden und landesweite Projektbereiche zu den Schwerpunkten Weltwirtschaftsgipfel, Radikalökologie, Asyl, Schwule, »Lebensform Kommune« ihre Arbeit aufnehmen. Das nächste landesweite Treffen wird am 29. März in Stuttgart stattfinden.

Die Kontaktadressen der ÖkoLi BaWü sind:
Sonja Heitzmann
Scheffelstr. 34 · 7800 Freiburg
☎ (07 61) 70 64 37
und Karsten Jagau
Lindengasse 41 · 6993 Niederrimbach
☎ (0 79 33) 76 48

Anzeige

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit Nr.1/92 enthält u.a.:

Flüchtlinge in Norderstedt, Skins und Gewalt, Kurden zwischen Saddam und Neuer Weltordnung, Anti-Herrschaftliche Tendenzen in China gestern und heute, Theorie und Praxis von Class War, Der Ort der Geschlechterdifferenz, Anarchistenpresse vor 1933 in Österreich-Ungarn, Diskussion um Anarchismus heute, Teil 3 uva. 72S., 7.-DM

Trotzdem ★ Verlag Neuerscheinungen

Janet Biehl: Sozialer Ökofeminismus und andere Aufsätze

Biehls Ansatz betont die Bedeutung des gesellschaftlichen Gefüges für das Leben von Frauen ohnealles in einer deterministischen Abhängigkeit zu sehen. Der soziale Ökofeminismus fordert einen Feminismus ein, der sich am politischen Handeln orientiert und nicht an Mythen prähistorischer Matriarchate oder Göttinnen-Kulten. 88S., 14.-DM

Noam Chomsky, Joel Beinin, Howard Zinn u.a. Die Neue Weltordnung und der Golfkrieg

Aufsätze zu den Hintergründen des Golfkrieges und zur US-Außenpolitik: *Noam Comsky:* Media Control (Desinformation und Golfkrieg), *Howard Zinn:* Macht, Geschichte und Kriegsführung, *Joel Beinin:* Über die Ursachen des Golfkriegs, *Noam Chomsky:* Die Neue Weltordnung. Weitere Beiträge von Michael Emery und Craigh Hulet, 130 S., 16.-DM.

Trotzdem Verlag
PF 1159
D-7043 Grafenau/Württ.
Tel. 07033-44273
Fax 07033-45264

VON DEN PERSPEKTIVEN EINES »ANDEREN« WIRTSCHAFTENS / EIN TAGUNGSBERICHT

Chaos und System

»Business as usual oder ökologischer New Deal?!«, lautete das Motto, unter dem die Gesellschaft für politische Ökologie (GPÖ), die grün-nahe Landesstiftung Baden-Württembergs, und das Heidelberger Regionalbüro des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) Ende letzten Jahres in die Volkshochschule nach Heidelberg geladen hatten.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Gerhard Gräber, Redaktion Südwest ● Die sozialistischen Kommandowirtschaften haben fast alle anderen Ansätze, dritte und sonstige Wege jenseits von freiem Markt und Privateigentum mit in den Strudel ihres Untergangs gerissen oder zumindest mit dem Stigma des Scheiterns behaftet. Was bleibt? Wird's der Markt schon richten?

Eines dürfte feststehen. Am Ende dieses Jahrhunderts, wo Geschichte nach Jahrzehnten des ideologischen und machtpolitischen Systempatts nochmals kräftig in Bewegung geraten ist, findet alles Nachdenken über Organisationsformen von Volkswirtschaften unter dem Paradigma der globalen ökologischen Krise statt, während der klassische Streit auf dem Terrain des Klassenkampfes um Verteilung und Eigentum sekundär geworden ist.

Deshalb: Business as usual oder ökologischer New Deal!

Daß in »Business as usual« nicht nur der hundsgewöhnliche Kapitalismus in seinem Streben nach unendlicher Steigerung des Bruttosozialprodukts inbegriffen ist, sondern auch alle alternativen Ansätze in den Nischen unserer »sozialen Marktwirtschaft«, daran ließ Joseph Huber in seinem Eröffnungsreferat keinen Zweifel.

Das Denken von vor 15 Jahren sei nicht mehr zeitgemäß und wichtige Impulse der alternativen Ideen der 70er Jahre hätten längst Eingang in die Mehrheitskultur gefunden. Die so erteilte Absage an die alternativen Ansätze in der Selbstverwaltungsbewegung wie Basisdemokratie und Kapitalneutralisierung wollte Huber allerdings nicht mit einer Absage an utopisches Denken verbunden wissen. Ein Ende der Utopien zu erklären, sei genauso Quatsch wie der Begriff des Status quo, der nicht beachte, daß die Dinge »immer im Fluß« seien. Utopien und Leitbilder habe jede Zeit entwickelt. So sei die Geschichte der industriellen Gesellschaften immer von Gegenbildern sozialer Bewegungen begleitet gewesen. Vom Rousseauismus über die Romantik, den frühen Marx bis hin zur Alternativbewegung der Jahrhundertwende und der 70er und 80er Jahre. Man müsse sie als Teil eines gemeinsamen evolutiv-systemischen Prozesses begreifen, der sich in unterschiedlichen Schüben und Pendelbewegungen dialektisch entwickle.

Alternative Utopien seien dagegen vielfach als geschichtsphilosophische Vision, als Bild eines Endpunktes der geschichtlichen Entwicklung mißverstanden worden. Das sei aber nicht ganzheitlich und prozeßhaft gedacht und führe zu »Utopien des Unmöglichen«. Dagegen müßten wir uns vielmehr auf »Utopien des Möglichen« konzentrieren. Zum Beispiel: (Originalton Huber) »...uns auf ein vernünftiges Umgehen mit Macht einlassen, statt sie abschaffen zu wollen, was schlechterdings unmöglich ist.«

In diesem Sinn bestand Huber auch darauf, von Perspektiven eines »veränderten« Wirtschaftens und nicht vom »anderen«, dem bloß abstrakten Gegenbild, zu sprechen. Die Chancen für eine solche Veränderung unter ökologischen Prämissen sieht er auch hier in einem systemisch-evolutiven Ansatz. Huber fordert eine zivilrechtlich-marktwirtschaftliche Strategie, die den Schlüssel für die Beantwortung der ökologischen Frage in die Hände von ProduzentInnen und KonsumentInnen lege. Er plädiert dabei für eine Umweltpartnerschaft analog der Sozialpartnerschaft.

In concreto hieße zivilrechtliche Umweltpolitik den Ausbau des Haftungsrechts, den Übergang von dem herrschenden Prinzip der Verschuldungshaftung zur Gefährdungshaftung und der Umkehrung der Beweislast. Der/Die RisikoproduzentIn muß dann nachweisen, daß von seiner Produktion und seinen Produkten keine Gefährdung ausgehe. Auf diese Weise seien die Unternehmen gezwungen, Umwelt- und Ressourcenschutz, einen effizienten dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichteten Umgang mit der Natur in ihre Ökonomie zu integrieren. Demgegenüber könne bürokratisches Ordnungsrecht nur nachgeschaltete End-of-pipe-Maßnahmen (z.B. Filter, Kläranlagen, Katalysatoren) erzwingen, die häufig die Probleme nur verlagerten.

Ein auf diese Weise sparsam mit ordnungsrechtlichen Maßnahmen hantierender, dagegen systemisch-evolutiv steuernder Staat sei keineswegs ein ökologischer Nachtwächterstaat, sondern würde als ökologischer Rechtsstaat die Rahmenbedingungen für eine Marktwirtschaft schaffen, in der die Zechprellerei im »Garten Erde« ein Ende hätte, und die Preise für ökologische Qualität internalisiert wären. Nur so sei letztlich die ökologische Misere, die Huber als »Allmende-Tragödie« beschreibt (Wenn jeder Bauer, jede Bäuerin seine/ihre Kuh auf die Gemeindeweide bringt, bekommen die Kühe zu wenig Futter und die Allmende wird ruiniert), zu durchbrechen. Huber schreckt auch nicht davor zurück, für eine funktionierende ökologische Marktwirtschaft den in vielen grünen und umweltbewegten Köpfen negativ besetzten Wachstumsbegriff positiv zu wenden im Sinn einer globalen Umweltkultivierung: Ein gesteigerter umweltverträglicher Umsatz könne nicht nur guten Gewissens genossen, sondern müsse geradezu bei Strafe des Untergangs erstellt werden, um das Ökosystem Erde neu zu stabilisieren: »Wir leben nicht vom Geiz, sondern von Generosität.«

Huber spickte seine Thesen mit weiteren ökologisch provokativen Äußerungen, wie Wirtschaft sei hoher Umsatz von Stoffen und Energie und bedinge von daher auch per se Fernverkehr und Hochgeschwindigkeitsverkehr, der eben umweltverträglich gestaltet werden müsse, und machte auch keinen Hehl daraus, daß er von Eigenarbeit und Subsistenzwirtschaft nichts mehr halte, weil da die Menschen ausgebeutet würden. Statt dessen sei politisch auf der Grundlage des westlichen Konzepts der Freiheit neben dem/der politisch gleichberechtigten StaatsbürgerIn auch die Gleichstellung der Menschen als WirtschaftsbürgerInnen anzustreben. Unternehmensführung sei als kollektiver Prozeß zu gestalten, ohne auf klare Verantwortlichkeiten, Leistungsgerechtigkeit und Besitzstandsgerechtigkeit zu verzichten.

Heftige Diskussionen

Kein Wunder, daß dies der Stoff war, der für Diskussion und teilweise heftigen Widerspruch sorgte. Die fast 100 TagungsteilnehmerInnen waren gut gemischt aus Grünen, ökologischer Bewegung, Selbstverwaltungsszene aber auch aus ökologisch interessierten Betrieben und Wirtschaftsberatung zusammengesetzt. Hauptreibungspunkte mit Hubers Thesen waren seine Absage an ökologische Verzichtspolitik und auch seine Zweifel an Modellen der Kapitalneutralisierung und nicht-profit-orientierter Wirtschafts- und Arbeitsleistungen.

Für die notwendige Konkretisierung der Debatte sorgten dann Frieder Rubik und Volker Teichert vom IÖW-Regionalbüro in Heidelberg und Gerd Billen von der VerbraucherInitiative Bonn.

»Die größte Emission der industriellen Produktion sind ihre Produkte«, konstatierte Frieder Rubik und versuchte deutlich zu machen, daß einer systematischen Diskussion über Produkte eine entscheidende Rolle bei einer ökologischen Wirtschaft zukomme. Zwar zeige eine Bilanz heutiger betrieblicher Produktpolitik, daß da ein Umschwung stattgefunden hat, und ökologische Aspekte in das Produktmarketing eingeflossen sind. Das Problem sei jedoch, inwieweit Umweltschutz tatsächlich in die Produktion integriert sei, und nicht wie häufig durch eine augenwischende Kommunikationspolitik der Unternehmen vorgespiegelt werde. Im Gegensatz zu Huber, der freiwillige Vereinbarungen favorisiert, besteht Rubik auf einer systematischen ordnungspolitischen Rahmensetzung des Staates. Es müsse die konsequente Leitlinie gelten, daß verantwortlich nur der/die handelt, der/die ökologisch verantwortbare Produkte auf den Markt bringt.

Volker Teichert ergänzte die Ausführungen durch seine Forderung nach einer »Ökologisierung der Unternehmens- und Betriebsverfassung«: »Eine ökologische Umgestaltung kann nur dann erfolgreich sein, wenn beide Akteure im Regelungssystem der industriellen Beziehungen, nämlich UnternehmerInnen und Beschäftigte, in gleichem Maße an dieser Jahrhundertaufgabe beteiligt werden.« Als institutionell abgesichertes Regelungssystem für die Einflußnahme der Beschäftigten und ihrer Organisationen auf den unternehmerischen Entscheidungs- und Gestaltungsprozeß forderte Teichert eine ökologisch erweiterte Mitbestimmung (Aufsichtsrat sollte auf Seiten der AnteilseignerInnen und der Beschäftigten mit jeweils einem/r UmweltvertreterIn besetzt werden), paritätisch besetzte Umweltausschüsse in den Betrieben und einen/r durch die Gewerbeaufsicht berufenen unabhängigen betrieblichen Umweltbeauftragten mit weitgehenden Kompetenzen.

Perspektive von Selbstverwaltung

Die Rolle eines weiteren wichtigen Akteurs im Wirtschaftsgeschehen neben Staat und Tarifparteien stellte Gerd Billen heraus: »Verbraucher und Verbraucherinnen sind nicht nur passive Opfer, sondern können durch verantwortungsvolles Einkaufen und Konsumieren die soziale und ökologische Gestaltung der Marktwirtschaft fördern.« Wobei als Anforderung an »kaufbare« Produkte neben dem Maßstab einer ökologischen Produktlinienanalyse auch auf Gebrauchstauglichkeit bestanden werden sollte. Nicht zuletzt müßten Produkte auch »fröhlich machen«, forderte Billen mit einem unverkennbaren Schuß rheinischer Lebensfreude. Die »shopping for a better world – Bewegung« sollte daher nicht allein auf Konfrontationsstrategien setzen, sondern auch versuchen, in einen Dialog mit Unternehmen zu treten.

In der den ersten Tag abschließenden Podiumsdiskussion konnte Hans-Gerd Nottenbohm vom »Netz für Selbstverwaltung« nochmals auf die Rolle der alternativen und selbstverwalteten Betriebe eingehen. Die Ökologiediskussion sei immer schon auch ein Element der Selbstverwaltungsdiskussion gewesen. Ca. 50% der über 300 im Netz zusammengeschlossenen Betriebe, führten in ihrem Namen schon einen Hinweis auf einen ökologischen Anspruch ihrer Produktion oder ihrer Dienstleistungen. Nottenbohm bestand im Widerspruch zu Huber auf einer Perspektive von Selbstverwaltung, die sich durch notwendige Entwicklungen zur Professionalisierung verändert habe. Es gäbe, daran hielt Nottenbohm ausdrücklich fest, letztlich einen inneren Zusammenhang zwischen Ökologie und den Betriebsformen.

Auch Angelika Zahrnt vom BUND, die als Vertreterin einer Umweltorganisation Stellung zu den Thesen und Vorschlägen machen sollte, stellte den liberalen zivilrechtlichen Ansatz von Huber in Frage und forderte ein weitgehendes ordnungsrechtliches Eingreifen des Staates. Eine Dialogstrategie, wie auch von Billen empfohlen, könne sie sich nur in sehr eng gesteckten Grenzen vorstellen. Wogegen Wolfgang Doose, Vertreter von B.A.U.M. (Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewußtes Management), voll auf die freiwillige Initiative der betroffenen Betriebe setzte und die Lenkungsfähigkeit des Staates anzweifelte. Was für den vierten Diskutanten, Viktor Paszehr von der IG Metall Stuttgart, geradezu als Steilvorlage diente, sich voll hinter die Forderungen von Teichert zur Ökologisierung von Mitbestimmung und Betriebsverfassung zu stellen. Inwieweit die IG Metall die hier dargestellte Rolle als Speerspitze der Ökologiebewegung in die Tat umsetzt, dürfte ein interessanter Aspekt künftiger Tarifauseinandersetzungen sein.

War der erste Tag eher von der Sicht auf den Stand der Dinge und auf bilanzierende Analyse gerichtet, so sollten die beiden Abschlußredner am nächsten Morgen einige Pflöcke für eine Perspektiven- und Zieldiskussion einschlagen.

Fortsetzung nächste Seite

Contraste_Korrekturen_FuenfteWelle_1992.indd 35 23.09.24 19:56

RAHMENREGELUNG FÜR NEUE EUROPÄISCHE RECHTSFORMEN

Binnenmarkt nun auch für Genossenschaften

Die Kommission hat soeben Vorschläge gebilligt, mit denen ein europäischer Rechtsrahmen für die Tätigkeit von Genossenschaften, Gegenseitigkeitsgesellschaften, Vereinen und Stiftungen geschaffen werden soll, damit diese Rechtsformen die Vorteile des Binnenmarkts 1993 in vollem Umfang nutzen können.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Die Kommission schlägt neben drei Verordnungen über das Statut der Europäischen Genossenschafte (SCE), der Europäischen Gegenseitigkeitsgesellschaft (ME) bzw. des Europäischen Vereins (AE) drei Richtlinien zur Ergänzung der einzelnen Statute hinsichtlich der Rolle der ArbeitnehmerInnen vor.

Mit diesen Verordnungen soll den Genossenschaften, Gegenseitigkeitsgellschaften, Vereinen und Stiftungen die Möglichkeit geboten werden, unter Wahrung ihres spezifischen Charakters eine europäische Rechtspersönlichkeit zu erwerben und grenzübergreifend tätig zu werden. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, daß dieser Sektor die Vorteile des Binnenmarktes in gleicher Weise nutzen kann wie alle anderen Wirtschaftsträger.

Dieser Initiative der Kommission, die sich für einen Vorschlag des für die Sozialwirtschaft zuständigen Kommissionmitglieds Antônio Cardoso e Cunha stützt, ging eine eingehende Untersuchung der Besonderheiten dieses Wirtschaftszweigs voraus. Sie wurde auf Anregung von Vertretern der Genossenschaften, Gegenseitigkeitsgesellschaften und Vereine mit dem Ziel durchgeführt, auf europäischer Ebene spezifische Rechtsformen zu schaffen. Dieser Wunsch nach einer spezifischen europäischen Rechtsform wurde u.a. bei den Zusammenkünften der europäischen Vertreter der Sozialwirtschaft – so im November 1990 in Rom – vorgetragen.

INHALT DER VORSCHLÄGE

Die Vorschriften für die Gründung der SCE, ME und AE lehnen sich an den Verordnungvorschlag für die Europäische Aktiengesellschaft an: Eine Genossenschaft, Gegenseitigkeitsgesellschaft oder ein Verein kann entweder direkt von den im Anhang der jeweilien Verordnung aufgeführten Personen oder durch Umwandlung von Genossenschaften, Gegenseitigkeitsgesellschaften oder Vereinen gegründet werden, sofern diese eine Betriebstätte oder Tochtergesellschaft in einem anderen Mitgliedstaat besitzen. Vereine können daneben auch direkt von natürlichen Personen gegründet werden.

Für die SCE, ME und den AE sind in den Statuten weitgehend identische Regelungen vorgesehen, ohne jedoch die Besonderheiten dieser drei Rechtsformen außer acht zu lassen (z.B. Vorschriften über die Organe, Finanzmittel, Rechnungslegung, Auflösung und Liquidation, Zahlungsunfähigkeit und Zahlungseinstellung). Daneben gelten für jede Rechtsform Sondervorschriften. Diese betreffen u.a. das Kapital bei der SCE, den Betriebsfonds bei der ME und die Gründungsmodalitäten für den AE sowie die Regeln für die Arbeitsweise des Verwaltungsorgans.

Die Stellung der ArbeitnehmerInnen in der SCE, ME und im AE ist in den Richtlinienvorschlägen im Wege eines Verweises auf einschlägige Bestimmungen des nationalen Rechts geregelt. Enthält das nationale Recht keine entsprechenden Vorschriften, so sehen die Richtlinien Informations- und Konsultationsverfahren zwischen den Leitungs- und/oder Verwaltungsorganen der SCE, ME und des AE sowie den ArbeitnehmervertreterInnen vor.

GENOSSENSCHAFTEN IN EUROPA

Genossenschaften, Gegenseitigkeitsgesellschaften und Vereine spielen in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft eine bedeutende wirtschafltiche und soziale Rolle. Ihre Funktionsprinzipien und Organisationsformen richten sich nach spezifischen Rechtsvorschriften, die sich von denen der Kapitalgesellschaften unterscheiden. Als Organisationformen tragen sie maßgeblich zur Dynamik einer demokratischen Gesellschaft bei. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist ihr primär nicht gewinnorientierte Charakter. Wenn sie wirtschafltiche Aktivitäten entfalten, so tun sie dies nicht, um einen Gewinn im herkömmlichen Sinne zu erzielen, sondern vor allem, um beispielsweise zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Förderung ihrer Mitglieder oder der Bevölkerung im allgemeinen beizutragen.

Im Vertrieb von Lebensmitteln und sonstigen Gütern hat sich einer der ältesten Repräsentanten der Genossenschaftsbewegung, die Verbrauchergenossenschaft, einen festen Platz gesichert. Weit verbreitet ist die genossenschaftliche Zusammenarbeit aber auch im Einzelhandel, wo sie annähernd 10% des Umsatzes in Europa auf sich vereinigt. Im Bankensektor sind die Genossenschaftsbanken und Kreditvereine auf Gegenseitigkeit mit nahezu 17% am Kapitalmarktaufkommen beteiligt.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fast 40 Millionen europäische Familien sind bei Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit gegen Risiko wie Krankheit oder Alter versichert.

Auch in anderen Bereichen des Produktions- und Dienstleistungssektors wie Bauwirtschaft, Druck- und Glasindustrie, Fremdenverkehr, Wohnungsbau und Bildung spielen Genossenschaften eine wichtige Rolle. Darüber hinaus sichern sie den Fortbestand bestimmter Berufe (Arbeiter- oder Handwerkergenossenschaften) und haben in neuerer Zeit geholfen, Arbeitsplätze für Jugendliche bzw. in abgelegenen oder im Niedergang begriffenen Regionen zu schaffen (Genossenschaften oder Vereine für die Entwicklung lokaler Wirtschaftsinitiativen).

Ihr Beitrag zur Entwicklung der Gemeinschaft und zur Verwirklichung des Binnenmarktes ist von den Gemeinschaftsinstitutionen anerkannt. So hat das europäische Parlament mehrere entsprechende Entschließungen gefaßt (1983, 1987 und 1988). 1989 äußerte sich auch der Wirtschafts- und Sozialausschuß in diesem Sinne. Auch die Kommission hat ihr Interesse an diesen Unternehmensformen in einer Mitteilung vom Dezember 1989 bekundet. In dieser Mitteilung ging es zum einen darum, Perspektiven aufzuzeigen. Zum anderen soll ein Rahmen für Gemeinschaftsmaßnahmen abgesteckt werden, mit denen diesen Unternehmen unter gleichen Bedingungen wie Kapitalgesellschaften der Zugang zum Markt ohne Grenzen gesichert werden kann. ●

FORTSETZUNG: »CHAOS UND SYSTEM«

Hans G. Nutzinger von der Gesamthochschule Kassel legte dar, daß die Anforderungen an eine öko-soziale Marktwirtschaft im Gegensatz zur gängigen Reduktion des Begriffs auf eine ökologische Preispolitik (Preise müßten die »ökologische Wahrheit sagen«, E.U.v.Weizsäcker) weiter gefaßt werden müßten. Denn dies beträfe nur jene Fälle von Umweltbelastung und Naturzerstörung, die auf den verschwenderischen Verbrauch von Umweltressourcen und Naturgütern zu Null- oder Niedrigpreisen beruhen. Hier sei der Einsatz »ökonomischer« oder »marktwirtschaftlicher« Instrumente des Umweltschutzes (Steuern, Abgaben, Lizenzen, Haftungsregeln) durchaus angezeigt. Öko-soziale Marktwirtschaft sei aber mehr als die Einführung einer »government-assisted-invisible hand«. Es käme auch wesentlich auf durch politische Willensbildung getragene administrative Rahmensetzung für den Selbstregulierungsprozeß des Marktes an. Nicht alle Güter ließen sich beispielsweise durch Preise bewerten, entziehen sich also der rein ökonomischen Steuerung.

»So zentrale Güter wie menschliches Leben, die Überlebensfähigkeit der Menschheit, aber auch Artenvielfalt und die Schönheit einer unzerstörten Natur sind einer Bewertung über Marktpreise nicht zugänglich; sie stellen »einen Wert an sich« dar, der auf ihrer »Einzigartigkeit« und damit darauf beruht, daß sie nicht durch andere ersetzt werden können.« Letztlich ließen sich auch zukunftsfähige Leitbilder der Wirtschaft nur politisch und normativ rechtlich definieren, wie etwa der Gedanke der »nachhaltigen Entwicklung«. Diese sei wiederum nur möglich, wenn drei Grundforderungen erfüllt würden: »Die Forderung nach Erhalt aller den Reichtum der Biosphäre ausmachenden, klar zu definierenden Elemente der Natur; die Forderung nach Erhalt oder Wiederherstellung der Selbstregulierung der Biosphäre insgesamt und die Forderung nach einem stabilen Zustand zentraler bio-geochemischer Systeme, wie z.B. des Erdklimas.«

Als die Philharmoniker einer Stadt weltberühmt wurden, beschloß die Stadt, eine Philharmonie zu bauen. Nach fünf Jahren war der Bau vollkommen überteuert, und es kamen kaum mehr Menschen. Also wurde alle Technik eingespart und am Schluß das Orchester auf ein Quintett reduziert.

So versuchte John Horman, ehemaliger IBM-Manager und heute freischwebender philosophischer Mitarbeiter des Konzerns, quantitatives Denken zu veranschaulichen, das heute immer noch in Wirtschaft und Gesellschaft vorherrsche. Eine ökologische Wende sei nur zu erreichen, wenn dieses materielle Denken und das Leben aus der linken Gehirnhälfte heraus ohne Bauch überwunden werde. Horman's unkonventioneller Vortrag teilte das Publikum am Ende der Tagung in solche, die der erregten Wortmeldung, daß das »New-Age-Gerede« als objektiv reaktionär zu werten sei, Beifall zollten und jene, die Horman's Beitrag als wichtige Erweiterung des Diskussionsspektrums begrüßten. Daß die VeranstalterInnen nicht auf stromlinienförmige Selbstbestätigung setzten, hat sich letztlich gelohnt und wichtige Diskussionsanstöße mit auf den Weg gegeben. ●

NACHSPANN

Als die Pause Sonntag morgens vor John Hormann's Vortrag bei obiger Tagung sich zu sehr auszudehnen drohte, setzte er sich ans Klavier und improvisierte ein paar ruhige Takte. Die TeilnehmerInnen der Veranstaltung fanden sich natürlich umgehend im Saal ein, setzten sich und lauschten. Er begann mit dem Schließen der Türe fast überganglos zu erzählen und die Ruhe und Ausgeglichenheit, die er mit den Paar Takten Musik im Raum verankert hatte, setzte sich in seinem Vortrag nahtlos fort.

Wer ist dieser Mann, der eigentlich als Vorzeige-Manager bei IBM ein klassisches Feindbild abgeben müßte, gerade weil er durch seine Persönlichkeit und sein zutiefst humanistisch geprägtes Menschenbild Akzente setzt im Namen von IBM, die wir doch politisch in ganz anderen Zusammenhängen kennen?

John Hormann, in Deutschland geboren und den USA ausgebildet, ist für besagten Konzern seit mehr als 25 Jahren im Management tätig. Seit dieser Zeit beschäftigt er sich mit der Fremd- und Selbstwahrnehmung und bringt diese Erfahrungen in verschiedene Veröffentlichungen und seine ManagerInnenschulungen ein. Die Zukunft der Arbeit ist sein gegenwärtig aktuellstes Thema.

Betrachtet mensch die ethischen Ansprüche, die er in seinem neuesten Buch "Anstiftung zur persönlichen (R)evolution" propagiert, wie "sich nicht mehr manipulieren zu lassen", "selbstbestimmt zu handeln" oder, "ökologisch zu denken",so läßt er sich m.e. weder als Immage-Manager noch als New Age Vertreter einstufen, und verdient auf jeden Fall, daß einige seiner Thesen oder Ansichten wahrgenommen werden und sei es auch nur als ein kleiner Anstoß, der in Kreisen des Großkapitals zumindest diskutiert wird. Seine Thesen und Wege zu einer veränderten Arbeitsethik sind vor allem deshalb wichtig, wahrgenommen zu werden, weil sie Teil der Strategie sein werden, mit denen Großkonzerne versuchen, ihr Image aufzupolieren, aber auch der Mittelstand und das konventionelle Handwerk, die auf der Suche sind, wie sich eine veränderte Ethik der Arbeit und neue Märkte miteinander verbinden lassen.(siehe ökologische Umgestaltung der Gesellschaft).Allerdings zeigt sich schon, daß in Kreisen mehr konservativ denkender Führungskader sofort klar geworden sein muß, daß diese neue Ethik von z.B. Arbeit als Berufung auch ein grundlegendes Umdenken bei hochspezialisierten Arbeitsplätzen erfordert, die schon lange keine Kenntnis mehr vom Produkt als ganzem und seinen Anwendungen erfordern.Die Andere Seite der Medaille ist, daß ohne diese Veränderung im Denken der MeinungsmacherInnen der Industrie alle Innovationen in Richtung sauberer Produkte und menschenwürdiger Industriearbeit zur Bedeutungslosigkeit verdammt sind. ●

John Hormann, Anstiftung zur persönlichen (R)evolution, Moderne Verlagsgesellschaft München, 248 Seiten, DM 39.–,Taschenbuch ab Feb. 92 ca. 12,80 DM

küma

Anzeige

Die WochenZeitung

WoZ

WEIL'S IN DER GANZEN BRD NICHTS VERGLEICHBARES GIBT.

☐ Ich will die schweizerische WochenZeitung WoZ kennenlernen und vergleichen, bitte senden Sie mir vier Nummern gratis.

Vorname:

Name:

Strasse:

PLZ/Ort:

Einsenden an:
WoZ, Postfach, CH-8059 Zürich

DAS VERFLIXTE GELD – 16. FOLGE

Geld, Zins, Arbeitslose

Unter diesem Titel wurde in der letztjährigen April- und Mai-Ausgabe dieser Zeitung die Entwicklung der Beschäftigungslage in der Nachkriegszeit bis Ende der 80er Jahre dargelegt. In dieser Folge sollen die Wechselwirkungen zwischen den Veränderungen der Zinssätze und der Arbeitslosigkeit behandelt werden, auch vor dem Hintergrund des erneuten Zinsanstiegs in den letzten Jahren.

Veränderung der Zinslasten und ihre Wirkung

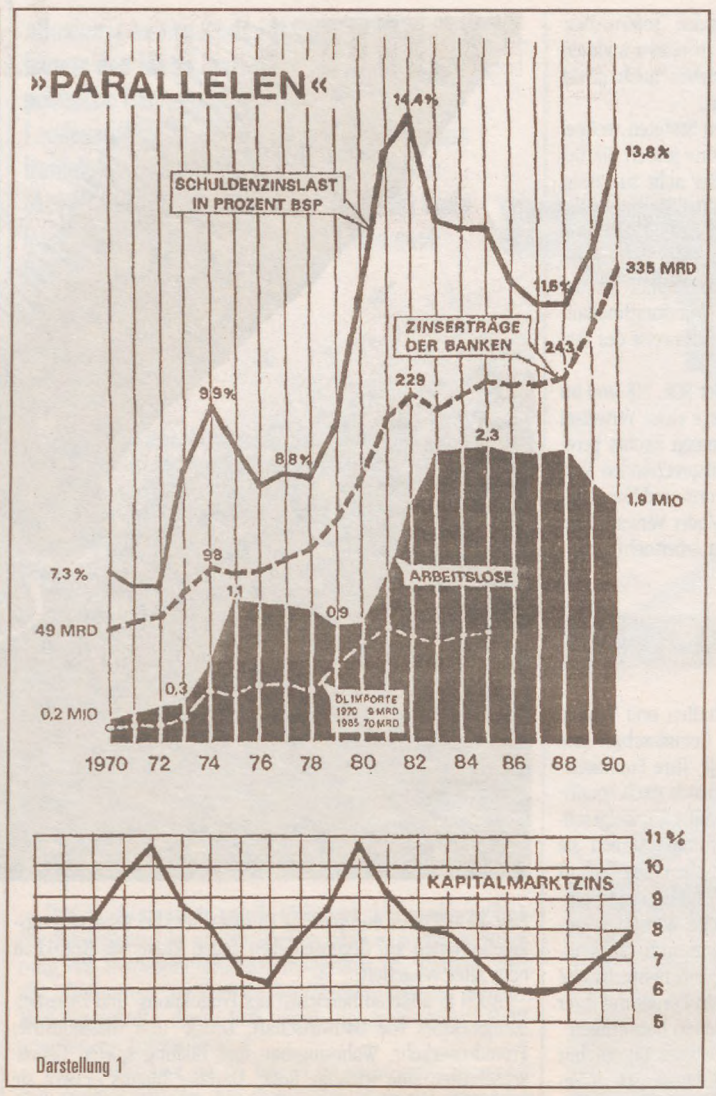
Helmut Creutz, Redaktion Heidelberg ● Bei gleichbleibenden Zinssätzen nimmt die Zinsbelastung einer Volkswirtschaft im Gleichschritt mit der Verschuldung zu. Da diese Verschuldung in der Bundesrepublik langfristig etwa dreimal so rasch zugenommen hat wie die volkswirtschaftliche Leistung, nahmen entsprechend auch die Zinslasten überproportional zu, ebenso die Arbeitszeiten für ihre Erwirtschaftung. Bezogen auf das verfügbare Einkommen der Haushalte waren 1950 dazu drei Wochen im Jahr erforderlich, 1970 bereits sieben Wochen und 1984 knapp elf Wochen, also fast ein Vierteljahr.

Diese Auseinanderentwicklung zwischen den schulden- und leistungsbezogenen Größen zeigt auch der folgende Vergleich: Von 1950 bis 1990 nahm die Verschuldung auf das 56fache zu, das Volkseinkommen auf das 22fache, die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten jedoch nur auf das 14fache, die Nettogrößen sogar nur auf das 11fache.

Wenn außer den Verschuldungen auch noch die Zinssätze ansteigen, kommt es zu einer Eskalation der Zinsbelastungsentwicklung. Schon die Anhebung der Zinssätze um einen Prozentpunkt hat gravierende Auswirkungen. So läßt z.B. ein Zinsanstieg von fünf auf sechs Prozent die Zinslast rechnerisch um zwanzig Prozent hochschnellen. Aufgrund der sich überschneidenden Kreditlaufzeiten schlägt eine solche Erhöhung zwar in vollem Umfang erst mit einer gewissen Verzögerung durch, aber ihre Folgen sind unausweichlich.

Wie war das in der Vergangenheit?

Im unteren Teil der Darstellung 1 ist die Zinssatzentwicklung in der Bundesrepublik von 1970 bis 1990 dargestellt. Herangezogen wurde der sogenannte Kapitalmarktzins. Das ist der Zins, den Geldgeber für die längerfristige Hergabe ihrer überschüssigen Geldbestände erhalten, z.B. für Pfandbriefe, Schuldverschreibungen und Staatspapiere. An diesem Zins orientieren sich auch die Investoren, wenn sie vor der Wahl stehen, ihr Geld in Sachgütern anzulegen oder auf der Bank zu lassen.



Darstellung 1

Wie die Grafik zeigt, weist die Entwicklung der Zinssätze am Kapitalmarkt starke Ausschläge auf. Zweimal stiegen die Zinssätze in den zwanzig Jahren auf fast elf Prozent an und zweimal gingen sie auf sechs Prozent herunter, der langfristigen »magischen Grenze«, unter die der Kapitalmarktzins bei uns noch nie deutlich gefallen ist.

Im oberen Teil der Grafik spiegeln sich die Auswirkungen dieser Zinsschwankungen zuerst einmal in den Größen der Zinslasten wider, für die hier der Einfachheit halber die Zinserträge der Banken herangezogen wurden. Wie aus den in Mrd. DM wiedergegebenen Größen hervorgeht, stiegen diese Zinserträge von 1970 bis 1974 auf das Doppelte an, bis 1982 sogar auf das Viereinhalbfache. Im gesamten dargestellten Zeitraum bis 1990 nahmen die Zinserträge auf knapp das Siebenfache zu, die Nettoeinkommen der abhängig Beschäftigten zum Vergleich nur auf das Zweieinhalbfache.

Daß die Bankzinserträge jeweils mit den Zinssätzen in die Höhe schnellen, ist verständlich. Auffallend ist jedoch, daß sie auf die Zinssenkungen kaum reagieren. Sowohl 1974 wie 1982 fielen sie jeweils nur für ein Jahr leicht zurück, um dann anschließend, trotz weiter fallender Zinssätze, verlangsamt wieder anzusteigen.

Diese abgeschwächte Reaktion der Zinsstromgrößen auf die Zinssatzveränderungen hat zwei Ursachen: Einmal schlagen die Zinssatzveränderungen, aufgrund der unterschiedlichen Kreditlaufzeiten, nur mit Verzögerung auf die Belastungsgrößen durch. Vor allem aber wirkt sich hier der Tatbestand der weiter eskalierenden Verschuldung aus, die den Vorteil der fallenden Zinssätze gewissermaßen aufzehrt bzw. sogar übersteigt. Das wird vor allem in der Zinsabstiegsphase von 1982 bis 1988 deutlich. Obwohl in dieser Zeit der Kapitalmarktzins von 10,6 auf 6 Prozent zurückging, stiegen die Bankzinserträge von 229 auf 243 Mrd DM an.

Die relativen Zinsbelastungen und ihre Folgen

Wenn man Belastungen objektiv beurteilen will, muß man sie mit den jeweiligen Einkommensgrößen vergleichen. Das heißt, die Zinsbelastungen einer Volkswirtschaft müssen an der Leistungsfähigkeit derselben gemessen werden. In der oberen Grafikkurve werden darum die Zinserträge der Banken (die etwa mit der Zinsbelastung der Volkswirtschaft identisch sind) in Prozenten des Bruttosozialprodukts (BSP) dargestellt.

Wie daraus zu entnehmen, stieg die Zinslastquote in der ersten Hochzinsphase auf 9,9 Prozent des BSP an, in der zweiten Hochzinsphase auf 14,4 Prozent.

Die langfristigen Veränderungen der Bankzinserträge, gemessen am Volkseinkommen, gehen aus der Darstellung 2 hervor. Daraus ist auch der anteilige Rückgang der bereinigten Nettolöhne und -gehälter zu ersehen, der die relative Zunahme der abhängig Beschäftigten berücksichtigt.

Was nun die Folgen der Zinsschwankungen für die reale Wirtschaft betrifft, zeichnen sich diese bei fast allen Entwicklungen ab, besonders deutlich bei den Veränderungen der Arbeitslosigkeit.

Wie die Darstellung 1 wiedergibt, schießt die Zahl der Arbeitslosen nach jeder Zinserhöhung förmlich in die Höhe, um ein Jahr nach dem Zinslastgipfel ebenso abrupt abzubrechen. Im Unterschied zur Zinslastquote sinkt die Arbeitslosigkeit nach dem Gipfel jedoch nur zögerlich ab. Ursache dafür ist die nur langsam einsetzende konjunkturelle Erholung. Vor allem die verschuldeten Unternehmen brauchen lange Zeit, um ihre Verluste aus der Hochzinsphase auszugleichen und an die Wiedereinstellung von Arbeitskräften heranzugehen. Diese Erholungsphase dauert umso länger, je höher vorher die Zinsbelastungen angestiegen waren. Und die Erholung ist umso stabiler, je länger die Zinssenkungs- und Niedrigzinsphase andauert.

Wie die Kurve der Kapitalmarktzinssätze zeigt, hat die letzte Erholungsphase 1982 bis 1988 rund sechs Jahre gedauert, was eine entsprechend solide Belebung der Konjunktur zur Folge hatte. Auch wenn diese Wirtschaftsbelebung häufig dem Bonner Wechsel 1982 gutgeschrieben wird: Entscheidend ist sie auf den langen zyklischen Zinsrückgang zurückzuführen, dessen Wirkung auch unter einer anderen Regierung kaum anders ausgefallen wäre.

Wie kommt es bei Zinsanstiegen zu Erhöhungen der Arbeitslosigkeit?

Zinsen sind Kosten für Fremdkapital. Kapitalkosten müssen, nicht anders wie Personal- und Materialkosten, über die Preise am Markt erwirtschaftet werden, wenn ein Unternehmen überleben will. Soweit Fremdkapitalkosten mit dem gleichmäßigen Anwachsen der Verschuldungen zunehmen, lassen sie sich – wenn auch immer schwieriger – über die Preise an die EndverbraucherInnen weitergeben. Steigen diese Kapitalkosten jedoch durch Zinssatzerhöhungen plötzlich an, ist diese Um- und Überwälzung kaum möglich. Das vor allem bei einem weitgehend gesättigten Markt und dem Tatbestand, daß verschuldete Unternehmen im Wettbewerb mit unverschuldeten stehen, die zu keiner Erhöhung der Preise gezwungen sind.

Die Folge ist, daß in verschuldeten Unternehmen die erhöhten Kapitalkosten weitgehend durch Einsparungen aufgefangen werden müssen, sofern man nicht in neue, noch höhere Verschuldungen auszuweichen versucht. Da rückläufige Gewinne und Unternehmereinkommen nur bis zu einer gewissen Grenze verkraftbar sind, versuchen die Betriebe, die höheren Zinskosten durch Lohnkosteneinsparungen auszugleichen – also durch Entlassung von Mitarbeitern. Außerdem werden Investitionen zurückgestellt, was zu Entlassungen in der Investitionsgüterindustrie führt. Das Ausweichen auf die Reduzierung der Lohnkosten wird dadurch verstärkt, daß fast alle Nebenkosten auf die Löhne bezogen sind und nicht auf das Produktionsergebnis. Hinzu kommt, daß die »Stillegung« von Arbeitskräften zu einer sofortigen vollen Einsparung der bisherigen Kosten führt, eine Stillegung von Maschinen jedoch mit weiter laufenden Fixkosten verbunden bleibt.

Aber nicht nur die verschuldeten Unternehmen verursachen in Hochzinsphasen Arbeitslosigkeit. Auch die Unternehmer ohne Schulden disponieren in solchen Rezensionszeiten vorsichtiger mit ihren Ausgaben und Investitionen. Und jene Unternehmen, die über genügend überschüssige Mittel zu eigenfinanzierten Investitionen verfügen, verleihen diese Kassenmittel lieber gegen hohe Zinsen an Dritte, vor allem an den in Druck geratenen Staat, da sie damit mehr verdienen können als mit jeder Produktionsausweitung. Außerdem verhindern sie so ein weiteres Absinken der Gewinne, was eine Ausweitung der Produktion zwangsläufig zur Folge haben würde.

Geht man den aufgezeigten Zusammenhängen nach, lassen sich also die beiden letzten Konjunktureinbrüche mit ihren abrupten Anstiegen der Arbeitslosigkeit schlüssig erklären. Die immer wieder als Grund genannten Ölpreisanstiege sind dagegen weniger überzeugend: Einmal decken sich die Zeitphasen der Entwicklungen zu wenig, zum anderen stiegen die Importpreise für das Erdöl von 1970 bis 1985 nur um 61 Mrd. DM, während in der gleichen Zeit die Bankzinserträge um 180 Mrd. DM zunahmen, also dreimal so viel. Hinzu kommt noch, daß die Ölpreiserhöhungen sehr schnell auf die VerbraucherInnen überwälzt werden konnten, während das bei den Zinslasterhöhungen kaum oder gar nicht möglich war.

Wie sieht das mit den Zinsen in unseren Tagen aus?

Wie bekannt und aus der Kurve der Kapitalmarktzinsen ersichtlich, sind die Zinssätze in der Bundesrepublik seit 1988 wieder deutlich angestiegen, und zwar von ihrem Tiefpunkt bei 6 Prozent auf 8,7 Prozent im Jahr 1990. Rein rechnerisch bedeutet das einen Anstieg der Zinslasten um 45 Prozent. Die entsprechenden Folgen lassen sich – wenn auch etwas abgeschwächt durch die laufzeitbedingten Wirkungsverzögerungen – in den oberen Kurven ablesen: Die Zinserträge der Banken stiegen in den beiden Jahren von 243 auf 335 Mrd. DM an, was einer Zunahme von 38 Prozent entspricht. Gemessen in Prozenten des Sozialprodukts kletterten sie von 11,5 auf 13,8 Prozent, womit sie den Belastungshochpunkt der letzten Hochzinsphase fast wieder erreicht haben.

Griffiger werden solche Zahlen, wenn man sie einmal auf die rund 27 Mio. Arbeitsplätze umlegt bzw. auf die etwa gleichhohe Zahl der Privathaushalte in den alten Bundesländern. Danach ergab sich 1988 eine rechnerische Schuldenlast für jeden Arbeitsplatz bzw. Haushalt in Höhe von 140.000 DM und eine anteilige Zinslast von 9.000 DM. Bis 1990 war der Schuldenanteil auf 161.000 DM angewachsen, der Zinslastanteil sogar auf 12.400 DM. Das heißt, an jedem Arbeitsplatz mußte 1990 ein Mehr von 3.400 DM an Zinsen erwirtschaftet werden, bevor die Arbeitsleistenden mit einer Mark Arbeitseinkommen nach Hause gehen konnten! Dabei sind mit den 12.400 DM Zinsen nur diejenigen der Schulden erfaßt, die zu rund 25 Prozent auf den Staat, zu 69 Prozent auf die Unternehmen und zu 6 Prozent auf die Privathaushalte entfallen. Die Verzinsung des schuldenfreien Sachkapitals kommt zu diesen Schuldenzinsen also noch hinzu!

Geht man davon aus, daß das gesamte zu verzinsende Sachvermögen in den alten Bundesländern – einschließlich wirtschaftlich genutztem Boden – 1990 mindestens bei 9.500 Mrd. DM gelegen hat, dann ergibt sich, nach Abzug der Schulden in Höhe von 4.344 Mrd. DM, ein unverschuldeter Anteil von rund 5.200 Mrd. DM, bezogen auf jeden Erwerbstätigen bzw. Privathaushalt ein Betrag von 7.700 DM. Zusammen mit den Schuldenzinsen ergäbe sich somit eine gesamtwirtschaftliche Zinsbelastung von rund 540 Mrd. DM und je Privathaushalt eine von rund 20.000 DM. Gemessen an dem verfügbaren Einkommen je Haushalt (1990 im Durchschnitt rund 56.000 DM) sind das rund 36 Prozent.

Natürlich stehen diesen Zinslasten auf der anderen Seite auch Zinserträge gegenüber. Doch gewinnen kann bei diesem Zinsumverteilungs-Monopoly nur der, dessen Zinserträge 36 Prozent seines verfügbaren Haushaltseinkommens übersteigen. Das aber trifft allenfalls auf ein Zehntel der Privathaushalte zu. Der »Rest« der Haushalte, rund 90 Prozent, liegt unter der Grenze. Jede/r LeserIn kann sich leicht ausrechnen, ob er zu den GewinnerInnen oder VerliererInnen gehört: Er/sie braucht nur seine/ihre Zinserträge daraufhin zu überprüfen, ob sie über oder unter einem Drittel seiner verfügbaren Einkünfte liegen.

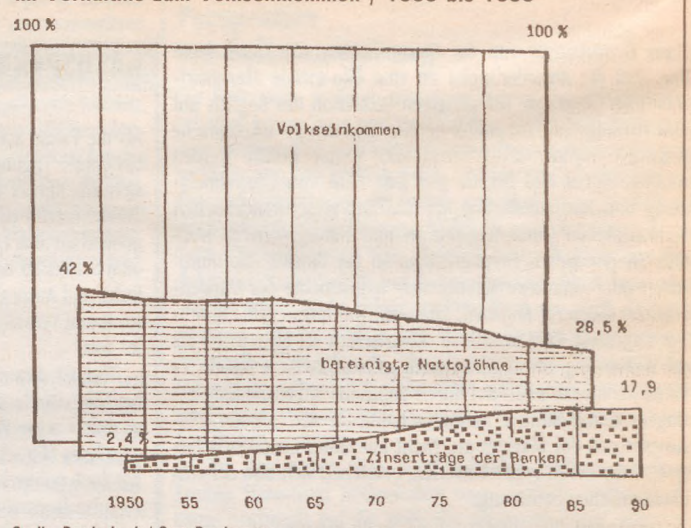
Was wird die Zukunft bringen?

Prognosen im Bereich der Wirtschaft sind immer mit Risiken verbunden. Eines ist aber ziemlich sicher: Gelingt es uns nicht, die Zinsen von der Neun-Prozent-Grenze sehr schnell wieder auf das erträglichere (wenn auch immer noch problematische) Maß von sechs Prozent herunterzubringen, können die Folgen der hohen Zinsen kaum anders als bisher sein.

Die ersten deutlichen Negativfolgen zeichnen sich bereits auf dem Wohnungsmarkt ab, bei dem sich mit jedem Prozentpunktanstieg der Hypothekenzinsen Mietsteigerungen von zehn bis zwölf Prozent ergeben. Das heißt, bei einem Anstieg der Hypo-Zinsen von sechs auf neun Prozent verteuern sich die Mieten um rund ein Drittel. Da solche Mieten kaum noch erzielbar sind, zieht sich das Kapital von diesem Markt zurück.

Aber auch in der Gesamtwirtschaft zeigen sich aufgrund der um 38 Prozent angestiegenen Schuldenzinsbelastungen die ersten Schleifspuren, z.B. im Wiederanstieg der Firmenpleiten. Dabei profitieren die alten Bundesländer – zu Lasten der Beschäftigung im Osten! – immer noch von dem Kaufboom der neuen Länder. Aber auch dieser eignungsbedingte Sonderzustand kann die Folgen der langfristigen Überschuldungsentwicklung nicht neutralisieren, noch weniger die des letzten Zinsanstiegs. 1990 ging zwar die Arbeitslosigkeit in den alten Ländern noch zurück, wie Darstellung 1 zeigt. Aber rechnet man nicht nur die Nachfrage der neuen Länder den alten zu, sondern auch deren Arbeitslosigkeit, nimmt die Gesamtentwicklung bereits wieder deutlich zu. Die Wirtschaft kann die zinsschwankungsbedingten konjukturellen Wechselbäder genauso wenig folgenlos verkraften wie unser Sozialgefüge die Beschleunigung der zinsbedingten Einkommensumschichtungen. Und die »Flucht« in ein ständiges Wirtschaftswachstum, mit der man die ökonomischen und sozialen Folgen unserer monetären Fehlstrukturen etwas erträglicher machen kann, hält die Umwelt nicht mehr lange aus. Wir kommen darum nicht daran vorbei, zuerst einmal für eine Stabilisierung der Zinsen und schließlich für ihr marktgerechtes Absinken gegen Null zu sorgen, wenn wir dem Dilemma des Wachstumszwangs, der Arbeitslosigkeit und der Verarmung der Arbeitsleistenden entgehen wollen. Auf welche Ursachen die Zinsschwankungen zurückzuführen und welche Maßnahmen zur Stabilisierung erforderlich sind, wird in der nächsten Folge dieser Reihe behandelt. ●

Bereinigte Nettolöhne und Zinserträge der Banken im Verhältnis zum Volkseinkommen / 1950 bis 1985



Quelle: Bundesbank / Stat. Bundesamt
Darstellung 2
Helmut Creutz

Anzeige

graswurzel revolution

20 Jahre

1972 – 1992

anarchistisch, antisexistisch, gewaltfrei

Großes Fest: 10. – 12. Juli in Niederkaufungen bei Kassel

Mehr zum Jubiläum, zur GWR-Geschichte und natürlich jede Menge aktuelle politische Theorie und Praxis monatlich in der neuen Graswurzelrevolution. Schnupperabo (4 Ausgaben): 10-DM-Schein an

GWR, Schillerstr. 28, W-6900 Heidelberg

Für eine gewaltfreie und herrschaftslose Gesellschaft

SERIE »AUF DER SUCHE NACH ALTERNATIVEN GELDANLAGEN UND FINANZIERUNGEN«, TEIL VI

Was tun? – Alternative Beratung rund ums Geld

Geld allein macht nicht glücklich – noch mehr als sonst gilt diese Devise für alternative Geldanlagen und Finanzierungen. Zum Geld muß die Beratung über den richtigen Einsatz der Mittel kommen. Deshalb handelt dieser Artikel von zwei Beratungsfeldern, die – nachdem die Finanzierungsprobleme der Alternativen weitgehend gelöst sind – immer mehr in den Vordergrund treten: dem alternativen Consulting und der Versicherungsberatung.

Alternatives Consulting – Consulting für Alternative

Redaktion Heidelberg ● Wer gibt einem Betrieb Kredit, dessen wirtschaftliche Lage schlecht, dessen Organisationsstruktur undurchschaubar, dessen Zukunftsaussichten düster sind? Was nützt eine Finanzierung, wenn die zufließenden Mittel nicht sachgerecht verwendet werden können? Welche Finanzierungsformen soll ein Betrieb anwenden, wie sind Kosten und Fristen zu gestalten? Die üblichen Probleme mittelständischer ExistenzgründerInnen treffen auch auf die meisten alternativen Betriebe zu: Sie benötigen Beratung, weil sie klein, jung, kapitalschwach, produkt- und organisationsinnovativ sind. Außerdem haben sie oft Schwierigkeiten, weil ihre GründerInnen zwar viel Idealismus, aber wenig fachliche Voraussetzungen für selbständige Unternehmensführung haben. Neben Risikobereitschaft, Kreativität und persönlichem Einsatz sind intime Produktions- und Marktkenntnisse gefordert. Alternative Zielsetzungen wie Kapitalneutralisierung (d.h. Unabhängigkeit der Unternehmensführung von Kapitalinteressen), Basisdemokratie oder Gleichberechtigung der Geschlechter im Arbeitsleben müssen rechtlich verankert, ökonomisch getragen und organisatorisch bewältigt werden. Da die Erfahrungen vieler ProjektmitarbeiterInnen gering sind, benötigen die Projekte Beratung von kompetenter Stelle.

Alternative Unternehmensberatung

»Normale« UnternehmensberaterInnen besitzen die erforderliche Kompetenz nur in Ausnahmefällen. Seit der Gründung des Netzwerk Selbsthilfe in Berlin im Jahr 1978 hat sich jedoch ein eigenständiger, alternativer Beratungssektor herausgebildet. Die Ansprüche sind hoch: Alternative Unternehmensberaterinnen und -berater wollen sich von ihren konventionellen KollegInnen unterscheiden durch die Spezialisierung auf alternative Betriebe, die selbstverwaltete Organisation der Unternehmensberatungs-Gesellschaften und alternative Beratungsmethoden und -formen.

Aber nicht auf alle »alternativen« BeraterInnen treffen diese Kennzeichen zu. Teilweise bilden alternative Betriebe lediglich einen Teil der KundInnen der Beratungsfirmen neben Belegschaftsübernahmen, sozialen Projekten oder anderen mittelständischen Betrieben. Kaum ein Beratungsunternehmen kann »selbstverwaltet« genannt werden, es sei denn, man meint damit auch sämtliche BGB-Gesellschaften und eingetragenen Vereine. Die Bezeichnung »selbstverwaltet« ist meistens nichts als Etikettenschwindel. Sicherlich wird eine BGB-Gesellschaft oder GmbH mit ein paar GesellschafterInnen von diesen »selbstverwaltet«, wenn die GesellschafterInnen die einzigen Beschäftigten sind. Dies ist die Regel und die Beschäftigung von Angestellten die Ausnahme, da die meisten »alternativen BeraterInnen« entweder EinzelkämpferInnen sind oder mit wenigen KollegInnen zusammenarbeiten. Welchen Sinn hat dann aber das Wort »selbstverwaltet«? Gegenüber MitarbeiterInnen, die nicht GesellschafterInnen sind, z.B. freiberuflichen SeminarleiterInnen, und gegenüber ihren KundInnen treten »alternative« BeraterInnen nach dem üblichen Muster als NachfragerIn bzw. AnbieterIn von Dienstleistungen am Markt auf. Besondere Mitbestimmungsrechte haben die freiberuflichen MitarbeiterInnen und KundInnen normalerweise nicht. Von Kapitalneutralisierung kann gewöhnlich keine Rede sein.

Das Alternative an den Beratungsmethoden wird in dem personen- oder teilnehmerzentrierten Ansatz gesehen. Nicht das Projekt, sondern die ProjektteilnehmerInnen sollen im Mittelpunkt der Beratung stehen. Doch ob dies etwas Besonderes ist, erscheint fraglich. Modernes Consulting ist immer teilnehmerInnenzentriert, weil man erkannt hat, daß noch so gut gemeinte Ratschläge ohne die Betroffenen oder gar gegen ihren Willen nicht verwirklicht werden können. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter alternativer Projekte sind in der Regel stark individualistisch. Jedes Projekt besitzt seine Besonderheiten. Die Erfahrungen mit alternativer Beratung sind – verglichen mit den vielfältigen Erfahrungen, die mit »normalem« Wirtschaften gesammelt wurden – nach wie vor gering. Aus diesen Gründen ist es naheliegend, kein starres Beratungskonzept überzustülpen, sondern Bedarf und Durchführung der Beratung zusammen mit den Betroffenen zu entwickeln.

Zwei Gruppen alternativer BeraterInnen treten am Markt auf: die Finanzierungsinstitutionen, die vor allem Finanzberatung anbieten, und die spezialisierten UnternehmensberaterInnen, deren Angebot eine breite Palette an Beratungsleistungen umfaßt.

FinanzberaterInnen

Ehrenamtliche Beratungseinrichtungen wie die regionalen **Netzwerke**, die seit 1978 Pionierarbeit auf diesem Gebiet leisteten, oder das Münchener **Kreditnetz für Frieden, Ökologie und Selbstverwaltung** verbinden mit der Vermittlung von Krediten oder Zuschüssen auch die Beratung ihrer KlientInnen. Eine fundierte betriebswirtschaftliche Beratung kann dies allerdings nur bedingt sein, da den ehrenamtlichen MitarbeiterInnen häufig sowohl das hierzu erforderliche Know-how als auch die Zeit fehlen. Wesentlich professioneller kann die Beratung durch Unternehmen sein, die hauptamtliche MitarbeiterInnen beschäftigen. Soweit die Sicherheit ihrer Kredite davon betroffen ist und im Sinne ihres Unternehmenszwecks beraten Banken ihre KreditnehmerInnen in finanzwirtschaftlichen Fragen. Betriebswirtschaftliche Probleme, die über diesen Schwerpunkt hinausreichen, werden normalerweise nicht in die Beratung einbezogen. Allerdings sind die KreditgeberInnen meistens in der Lage, auf Wunsch Kontakte zu hauptberuflichen BeraterInnen herzustellen.

Eine »alternative« Finanzberatung im eigentlichen Sinne bieten die **Großbanken** selbstverständlich nicht an, doch haben auch sie mittlerweile »alternative« Anklänge in ihr Programm aufgenommen. Ihren KundInnen, die Umweltschutzinvestitionen vornehmen wollen, offerieren sie neben den sehr seltenen Sonderkreditaktionen auch Beratungsleistungen. Mit dem EDV-gestützten Beratungsprogramm »drefin« bietet beispielsweise die Dresdner Bank Möglichkeiten zu individueller Recherche, mit denen Förderungen durch die Öffentliche Hand ermittelt werden können, die für Umweltschutzinvestitionen in Frage kommen. Die Deutsche Bank stellt seit 1990 über eine Umweltdatenbank einen Informationspool vor allem für kleine und mittlere Unternehmen zur Verfügung, mit dem Auskünfte über AnbieterInnen umweltorientierter Technologien, Waren und Dienstleistungen eingeholt werden können. Über diese produktorientierte Beratung hinaus wird über das Programm »db-select« die Suche nach öffentlichen Förderprogrammen erleichtert.

Vergleichbare Informationsangebote durch alternative Banken existieren bedauerlicherweise nicht, obwohl hier eine Marktlücke vorhanden ist. Vor allem aus Kostengründen kann keiner der hier als alternativ bezeichneten Anbieter mit solch umfassenden EDV-gestützten Informationsprogrammen aufwarten.

Die **Ökobank eG** wollte mit der Gründung der Ökonsult ihr normales Beratungsangebot für den alternativen Sektor ausweiten, stellte aber aus Ertragsgründen die Geschäftstätigkeit der Tochter (vorübergehend) ein.

Die Finanzierungsinstitute der AnthroposophInnen in Bochum (**GLS-Bank, Gemeinnützige Kreditgarantie-Genossenschaft und Gemeinnützige Treuhandstelle**) erteilen Beratung in finanziellen und (in diesem Zusammenhang auch in) betriebswirtschaftlichen Fragen. Außer anthroposophischen Projekten (Waldorfschulen usw.) werden seit einigen Jahren verstärkt alternative und ökologische Vorhaben im weiteren Sinne gefördert. Da nicht nur wirtschaftliche Leistung unterstützt werden soll, sondern ebenfalls Gemeinschaftsbildung innerhalb der finanzierten Projekte und in der Zusammenarbeit zwischen der Bank und den Projekten angestrebt wird, werden die finanziellen Vorgänge von intensiven Diskussionsprozessen über die Arbeit der Projekte begleitet. Das Engagement der Institute für das Projektgeschehen geht oft weit über das bei Banken gewohnte Maß hinaus. Dies kann als wohltuende Hilfe, aber auch als unerwünschte Einmischung verstanden werden. Wer lediglich eine günstige Finanzierung, aber keinen weiteren Kontakt zur Bank sucht, sollte überlegen, ob er/sie bei den Bochumer Instituten an der richtigen Adresse ist.

Für Privatpersonen bietet die Gemeinschaftsbank neben allgemeiner Vermögensberatung unter ethischen Aspekten auch Beratung in Testaments- und Erbschaftsangelegenheiten an.

Als Bürgschaftsbank ist die **Berliner Bürgschaftsbank** von ihrer Aufgabenstellung her viel mit Beratungsaufgaben beschäftigt. Ihre Beratung endet nicht bei der Prüfung eines Bürgschaftsantrages. Bei Bedarf nimmt sie auch die Funktion des Vermittlers wahr, indem sie Kontakte ihrer KundInnen zu Banken herstellt. Darüber hinaus unterstützt sie das Finanzmanagement ihrer KundInnen. Dazu zählen Betriebsbesuche, Beratungen in finanziellen Fragestellungen sowie Kosten- und Ertragsberatungen.

Soziale Projekte, die dem Paritätischen Wohlfahrtsverband in Nordrhein-Westfalen angeschlossen sind, erhalten Unterstützung durch die **Paritätische Geldberatung** in Wuppertal. »Hilfestellungen bei Verhandlungen mit Banken,

Behörden und Institutionen; umfeldgestützte Finanzierungsformen und zinsgünstige Kredite, Bürgengemeinschaften und Hilfe bei der Beschaffung von Direktkrediten, Unterstützung bei Spendenaktionen und bei der Eigenmittelbeschaffung. Dies sind nur einige Beispiele aus der 'Ideenküche' der Paritätischen«, heißt es in einer Information der Paritätischen Geldberatung. Selbstverständlich können soziale Projekte auch bei der Hausbank der freien Wohlfahrtspflege, der Bank für Sozialwirtschaft, Beratungsleistungen in Anspruch nehmen. Diese schließen neben dem bankenüblichen Angebot auch Kundenseminare und Vortragsveranstaltungen ein.

Eine andere Geldberatungsgenossenschaft ist die **Trion** in Hamburg. Mit anthroposophischem Schwerpunkt versucht Trion, den gesamten Bereich alternativer Geldanlagen und Finanzierungen abzudecken. Dazu zählen die Beratung über den Umgang mit dem eigenen Budget, mit der Finanzierung und mit allen finanziellen Aspekten von Erbschaftsangelegenheiten. Daneben informiert Trion über Geldanlage- und Geldbeschaffungsmöglichkeiten. Dies umfaßt Kontakte zu verschiedenen befreundeten Geldinstituten des In- und Auslandes. Eher als eine Bank kann die Geldberatungsgenossenschaft das gesamte Spektrum alternativen Geldmanagements, das zur Zeit existiert, ihren Kunden nahebringen, wenngleich Tendenzen bestehen, sich stärker an eine einzelne Bank, die dänische Andelskasse, anzubinden.

Fortsetzung nächste Seite

Anzeige

„Nur wer sich ändert, bleibt sich treu."

Wolf Biermann

Wir nehmen Sie beim Wort, Herr Biermann. Getreu Ihrem Grundsatz hat die tageszeitung sich zu einem entscheidenden Schritt entschlossen: Wir gründen die 'taz-Verlagsgenossenschaft', die den taz-LeserInnen gehören soll. Ab jetzt können Sie Anteile zwischen 1.000 und 50.000 Mark zeichnen und so dafür sorgen, daß wir die Zeitung machen können, die Sie schätzen.
Wer sich für eine Mitgliedschaft in der 'taz-Verlagsgenossenschaft' interessiert, bekommt Informationsmaterial unter der Anschrift: die tageszeitung, -Genossenschaft-, Kochstraße 18, 1000 Berlin 61.

Ich bin interessiert an der 'taz-Verlagsgenossenschaft'.

Name: .....

Straße: .....

Plz./Ort: .....

Bitte ankreuzen:

☐ Ich weiß schon jetzt, daß ich Mitglied werden will.

☐ Ich möchte einen Anteil in Höhe von

DM .....

zeichnen, sobald die Genossenschaft gegründet wurde und der Vorstand meine Aufnahme als Mitglied beschlossen hat.

120

taz, die tageszeitung.

DIE PARITÄTISCHE

»Reines Gewissen, sauberer Zins«
(Verbraucher-Magazin »Guter Rat« 02.92)

PARITÄTISCHE Geldberatung veröffentlicht Jahresbericht 1991

Über zwei Millionen DM sparten bis Ende 1991 501 Vereine und Einzelpersonen im Sparfonds der Paritätischen Geldberatungsgenossenschaft. Dabei verzichteten sie in vielen Fällen ganz oder zumindest teilweise auf die ihnen zustehenden Zinsen. Der Gewinn liegt in der selbstbestimmten Verwendung der eigenen Spargelder. Hintergrund: Mit dem so zur Verfügung stehenden Geld werden soziale Projekte in ganz Nordrhein-Westfalen unterstützt.

Einige Beispiele, stellvertretend für viele: Elterninitiative startet mit unseren Geldern Tageseinrichtung für Kinder, Beschäftigungsprojekt für jugendliche Arbeitslose beschafft Laster für Möbeltransporte, Freundeskreis für humane Sterbebegleitung finanziert die Ersteinrichtung, Schuldner-Schutz kann Beratung fortsetzen.

Die Paritätische Geldberatung, gegründet 1986, ist als eingetragene Genossenschaft eine hundertprozentige Tochter des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes in Nordrhein-Westfalen. Ihre Mitglieder sind örtlich agierende gemeinnützige (Förder)Vereine.

Über vier Millionen DM flossen bereits in soziale Projekte. Das Ziel – der insbesondere ehrenamtlichen Arbeit – ist: Neue Finanzierungsideen entwickeln, zusätzliche Finanzierungsquellen erschließen. Denn soziales Engagement braucht – wesentlich – mehr Geld.

Aufsichtsratvorsitzender Joachim Schmidt von Schwind: »Der zunehmende Rückzug der öffentlichen Hand aus der Finanzierung sozialer Arbeit bereitet uns große Sorgen. Wir wollen und können öffentliche Förderung nicht ersetzen. Wir wollen jedoch unseren Beitrag zur Finanzierung sozialer Projekte, die über die Grundsicherung hinausgehen, leisten.

Soziales Engagement als Zeichen einer menschenwürdigen Gesellschaft soll nicht an knapper Kasse scheitern – das ist unsere Philosophie«.

Weitere Informationen:
Die PARITÄTISCHE Geldberatung
Loher Str. 7 · 5600 Wuppertal 2
☎ (02 02) 282 23 41

BUCHBESPRECHUNG

Leitfaden Wirtschaft 1
von Klaus Esche und Arno Huber

Grundlagen: Rechtsformen, Buchhaltung, Finanzierung.

»Unter Geiern« hieß es einmal und hatte sowohl auf dem Titelbild wie auch im Text integriert wunderschön ironische Comics zum jeweiligen Thema aufzuweisen, was den Lesespaß eines Sachbuches, zumal mit so trockenen Themen, immer auflockert. Schade, daß diese Aufmunterungen zum weiterlesen weggefallen sind, denn so erinnert der »Leitfaden Wirtschaft 1« leider ein wenig an eine alternative HandwerkerInnen-Fibel, was allerdings der fachlichen Qualität und der Vollständigkeit der behandelten Themen keinen Abbruch tut. Hervorheben aus den Kapiteln möchte ich das Thema Buchhaltung (da gab es früher den Comic, wo einer auf dem Hof steht, sich beölt und dem verborgenen Kollektiv zuruft, daß da einer sei, der die Buchführung prüfen will.. auch als Persiflage wunderschön!), bei dem durch den Abdruck von Originalformularen eine zumindest zweckdienliche Illustration gewählt wurde und auch an so kleine »Zettelchen« wie die Jahresmeldung aus dem Versicherungsnachweisheft erinnert wird. Gerade diese ganzen Kladden und Formulare sind ja NeugründerInnen weitgehend unbekannt und verursachen oftmals auch Routiniers noch gehörige Schwierigkeiten. Etwas mager fiel die Passage im Bereich Rechtsformen aus, wo sich die Autoren mit der Sozialversicherungspflicht bei GmbH's auseinandersetzen. Denn haben die meisten KollektivistInnen schon lange in die Sozialversicherung einbezahlt und wollen z.b. weiterhin lieber Lohnfortzahlung in Anspruch nehmen, ist gerade hier die richtige Auslegung des GesellschafterInnen-Vertrags ausschlaggebend über Erfolg und Mißerfolg, da sowohl die Berufsgenossenschaft, wie auch die gesetzliche Versicherung daraufhin genau prüfen, bevor sie allen eine abhängige Beschäftigung zugestehen, selbst der Geschäftsführerin. Aber vielleicht geht Mathias Neuling in seinem Band 3 auf solche Feinheiten ja auch mehr ein, was dann Querverweise nicht unsympatisch erscheinen ließe, sofern das Ganze als Gesamtwerk gelten soll. Ähnlich beim Kapitel Kalkulation, dem ich, wenn schon ein Beispiel aus dem Handwerk gewählt wird, realistischere Zahlen (10% Gewinnspanne-ts,ts,ts..) und ein anständiges Kalkulationsformular zugeordnet hätte, was dem Vergessen von Kalkulationskriterien entgegenwirkt. Fertigungsmaterial und Hilfsmittel (Leim, Nägel,Lack..) sind im Bereich Material für dieses Beispiel viel zu grobe Raster und verleiten so exemplarisch schon zur Schludrigkeit im Detail einer Kalkulation.

Etwas erstaunt hat mich die Tatsache, daß dieses Buch von diversen Frauenprojekten gegengelesen worden sei, und trotzdem eine fast durchgehend unkritische männliche Sprachweise gewählt worden ist, wie sie m.e. auch bei BeraterInnen der Szene nicht mehr auftauchen sollte. Wenn sich schon die Inhalte und die Illustration solcher Bücher immer mehr dem 'Üblichen' angleichen, so ist die veränderte Sprache doch ein Ausdruck unserer Kultur, oder könnte es zumindest sein und sollte als solche Eckpunkte setzen. ●

Klaus Esche, Arno Huber (Hg.): Leitfaden Wirtschaft 1, Stattbuch Verlag Berlin 1991, DM 18,–

küma

FORTSETZUNG: WAS TUN? ...

Außer der Beratung einzelner Kunden in konkreten finanziellen Fragen nimmt sich Trion auch der allgemeinen finanzwirtschaftlichen Beratung und Aufklärung an. Zu diesem Zweck wurde im Juni 1990 der gemeinnützige Verein »Trion Institut für Bildung, Forschung und Entwicklung im Geldwesen e.V.« gegründet. Dessen Arbeitsschwerpunkte sind Vorträge, Seminare und Gesprächskreise im Sinne der Verbraucherberatung.

Spezialisierte Unternehmensberater

Aus der Netzwerk-Bewegung gingen 1981 die **Stattwerke** Berlin hervor, die sich der Beratung alternativer Unternehmen in Berlin widmen. Nach vorübergehender Direktkreditvermittlung zwischen 1983 und 1987 ist Beratung und Schulung inzwischen wieder der einzige Tätigkeitsbereich der Stattwerke. Daneben sind in den letzten Jahren dutzende kleine und kleinste alternative **Beratungsgesellschaften**, meist als Gesellschaft bürgerlichen Rechts oder GmbH, entstanden.

Ihre Aufgaben umfassen das gesamte Feld, das von Consulting-Firmen normalerweise bestellt wird, und sind auf die Bedürfnisse alternativer Unternehmen zugeschnitten. Teilweise sind sie auf einzelne Branchen, Regionen oder Rechtsformen spezialisiert, teilweise bieten sie ein umfassendes Angebot, insbesondere wenn mehrere Spezialisten wie Betriebswirte, Steuerberater, Versicherungsmakler und Juristen zusammenarbeiten. Einige der BeraterInnen und Berater sind eher auf technische, andere auf wirtschaftliche oder rechtliche Probleme konzentriert. Öffentlichkeitsarbeit, Organisationsentwicklung, Rechtsformfragen, Finanzierungs- und Versicherungskonzepte, Vertragsgestaltung, Weiterbildung, EDV-Beratung, Steuerberatung oder der Aufbau eines funktionierenden Rechnungswesens sind einige Stichworte aus ihrer Tätigkeit. Falls gewünscht, übernehmen die Beratungsfirmen einige Aufgaben des Unternehmens auf Dauer (z.B. die Buchführung oder die steuerliche Abrechnung) oder sogar zeitweise die Unternehmensführung (»Management auf Zeit«).

Verglichen mit den Honoraren, die im Beratungsmarkt üblich sind (Tagessätze von 1.000-3.000 DM sind keine Seltenheit) sind die meisten alternativen Unternehmensberater preiswert. Doch erreichen auch ihre Honorare rasch Summen, die für viele alternative Betriebe unerschwinglich sind, vor allem in der Gründungsphase, wenn finanzielle Mittel besonders knapp sind. Diese Lücke füllt teilweise das Projekt **innova** des Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens in Bonn. Seit 1988 unterstützt es Gruppen, die eine eingetragene Genossenschaft gründen wollen. Innova versteht sich als Hilfe zur Errichtung »Neuer Genossenschaften«, womit angedeutet werden soll, daß man sich als Alternative zum traditionellen Genossenschaftswesen versteht. Da zahlreiche alternative Genossenschaften nicht die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft haben, erreicht innova nur einen Teil der Alternativökonomie, allerdings einen wachsenden. Die Beratung konzentrierte sich bislang auf die Gründung der Genossenschaften. In Zukunft soll die Arbeit verstärkt die Entwicklung der Genossenschaften nach der Gründung einbeziehen, da die Projekte, denen innova Geburtshelfer war, langsam den Kinderschuhen entwachsen.

Die Beratung ist kostenlos: innova wird vom Bundesministerium für Arbeit finanziert. Neben eigener Beratung vermittelt innova externe Berater und Beraterinnen, über die man eine Adressendatei führt. Der Beratungs- und Weiterbildungsleitfaden, den innova herausgibt, registriert über 150 Anschriften von Beratern und Beraterinnen, die alternativen Projekten zur Verfügung stehen. Da der Titel »UnternehmensberaterIn« nicht geschützt ist, die Qualifikation eines Unternehmensberaters also nicht an den Berufsbezeichnung abgelesen werden kann, ist eine Kontaktaufnahme zu innova zu empfehlen, bevor ein/e BeraterIn beauftragt wird. Die Enttäuschung könnte sonst groß sein, wenn der/die BeraterIn zwar saftige Honorare kassiert, der Erfolg seiner/ihrer Arbeit aber zu wünschen übrig läßt.

Fairsichern oder Versichern?

Die mächtigsten Kapitalverwalter in der Bundesrepublik sind wohl nicht – wie die meisten denken – die Banken, sondern die Versicherungen. Ihre jährlichen Prämieneinnahmen von vielfacher Milliardenhöhe werden überwiegend in der produktiven Wirtschaft angelegt. Sie geben den Versicherungsgesellschaften großen Einfluß auf die Politik der Unternehmen. Für KapitalanlegerInnen sind Lebensversicherungen – dank ihrer Subventionierung über Steuervorteile – Alternativen zu niedrig verzinsten Bankguthaben. Längerfristige Kredite von Banken oder Bausparkassen werden häufig mit Versicherungen verbunden, um das Risiko der Kreditgeber zu beschränken. Die Versicherungsberatung hat also immense finanz-, betriebs- und volkswirtschaftliche Bedeutung.

Als Vorzeige-Firmen auf dem Versicherungsmarkt gelten in alternativen Kreisen die Fairsicherer. Doch: »An der Vermittlung von Versicherungen ist nichts Politisches oder Alternatives«, meint Harald Deerberg vom Verbund der Fairsicherungsläden in Bremen. Wozu dann überhaupt »Fairsicherung«?
Seit Anfang der achtziger Jahre haben sich ehemalige Angestellte von Versicherungsgesellschaften als VersicherungsmaklerInnen selbständig gemacht mit dem Ziel, Versicherungsschutz im Kundeninteresse anzubieten. Im Mai 1989 gründeten sie eine Genossenschaft, den Verbund der Fairsicherungsläden, welche die rechtlich selbständigen und wirtschaftlich autonomen Makler unterstützt. Mittlerweile existieren Fairsicherungsläden überall in der alten Bundesrepublik und in Anfängen in den fünf neuen Bundesländern (Dresden).

Alternativ sind die Versicherungsgesellschaften, mit denen diese Büros zusammenarbeiten, nicht. Alternative Versicherungsgesellschaften, die bei der Anlage ihrer Prämieneinnahmen auf alternative Prinzipien verpflichtet sind, gibt es in der Bundesrepublik nicht, weil gesetzliche Vorschriften, betriebswirtschaftliche Faktoren und die staatliche Aufsichtsbehörde dies nicht zulassen. Alternativ können allenfalls die Vermittlung der Versicherungen, die Organisation der Maklerbetriebe oder die KundInnen der MaklerInnen sein. Bei der Vermittlung beschreiten die Fairsicherungsläden neue Wege, die sie von vielen anderen VersicherungsmaklerInnen unterscheiden. Sie setzen an mehreren Punkten an: bei der KundInnenberatung, der Gestaltung der Versicherungsverträge und den Akquisitionsmethoden.

Beratung

Fairsicherer sind nicht an eine feste Gesellschaft gebunden, sondern vermitteln Verträge verschiedener Versicherungen. Dadurch sind sie wie andere freie VersicherungsmaklerInnen in der Lage, die preiswerteren Angebote herauszufiltern. Da sich die Versicherungsbedingungen der Gesellschaften in Sparten wie der privaten Kraftfahrzeugversicherung, der Privathaftpflicht- oder Hausratversicherung durch den Einfluß des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen kaum unterscheiden, ist die Preisdifferenzierung bei diesen Versicherungen das entscheidende Argument für die Auswahl einer Versicherung.

Anders stellt es sich bei der Lebensversicherung, der privaten Krankenversicherung, der Unfallversicherung sowie Berufs- und Betriebsversicherungen dar. Die Verträge der Versicherungsgesellschaften sind hier wenig standardisiert, der individuelle Gestaltungsspielraum ist entsprechend groß. Zusatz- und Sonderklauseln, Haftungsausschlüsse und Entschädigungsgrenzen können weitgehend frei vereinbart werden. Damit stellen diese Versicherungssparten hohe Anforderungen an die Beratungsqualität der MaklerInnen.

Verläßt man sich auf eineN MaklerIn, ist es natürlich wichtig, Vertrauen zu seiner/ihrer Kompetenz und Ehrlichkeit zu haben. Hier wollen die Fairsicherer vorbildlich wirken. Harald Deerberg vom Verbund der Fairsicherungsläden: »Für den Verbund und seine Mitglieder steht die Beratung im Vordergrund, die Risiko- und Bedarfsanalyse. Wir raten eben nicht nur zu, sondern auch ab, wenn wir der Auffassung sind, daß das angebotene Produkt unsinnig ist«. Da auch die Fairsicherer von der Vermittlungsprovision leben, die normalerweise mit der Höhe der Versicherungssumme steigt, muß man wohl Zweifel anmelden, ob dieser Grundsatz konsequent befolgt werden kann. Prüfen können dies die KundInnen nur durch den Vergleich mit anderen Angeboten. Zwar behaupten die Fairsicherer, weit preiswerter als der Branchendurchschnitt zu arbeiten, doch stimmt das nicht in allen Fällen. Trotz der Beteuerung, niedrige Tarife und Provisionen zu haben, kann auch der Verbund der Fairsicherungsläden nicht ausschließen, daß seine Mitglieder sich von Provisionsinteressen leiten lassen.

Vertragsgestaltung

Versicherungsverträge werden oft langfristig über fünf, zehn oder mehr Jahre fest abgeschlossen. Bei Hausratversicherungen etwa sind unbefristete Verträge, die erst nach zehn Jahren gekündigt werden dürfen, die Regel. Für den/die KundIn sind langfristige Verträge von Vorteil, wenn er/sie günstig abgeschlossen hat, da er/sie in diesem Fall die Garantie hat, über längere Zeit von niedrigen Beiträgen zu profitieren. Hat er/sie jedoch eine teure Versicherung, ist er/sie entsprechend im Nachteil. Deshalb haben viele KundInnen das Bedürfnis, rasch ihre Versicherung wechseln zu können. Die Möglichkeit, einen Versicherungsvertrag nach kurzer Zeit zu kündigen, ist ein Schutz gegen Übervorteilung. Die Fairsicherer bemühen sich darum, neben den langfristigen Verträgen auch kurzfristige anzubieten, um diesen KundInnenwünschen entgegenzukommen.

Akquisition

Wer kennt sie nicht, die VersicherungsvertreterInnen, die von Tür zu Tür ziehen, um ihre Ware feilzubieten. Die Nähe zu Staubsauger-, Zeitschriften- und LexikonvertreterInnen mit ihren oft zweifelhaften Werbemethoden hat den Versicherungsvertrieb in Verruf gebracht. Den rhetorischen Künsten der VertreterInnen erliegen viele allzu leicht. Häufig werden Verträge abgeschlossen, die überteuert oder schlicht überflüssig sind. Ist der Mann von der Versicherung erst einmal in der Wohnung, traut man sich kaum, ihn ohne Vertragsabschluß wieder wegzuschicken. Das persönliche Moment drängt die sachliche Beurteilung des Preis-Leistungs-Verhältnisses in den Hintergrund.

Die verbreiteten Mißstände im Vertreterwesen waren für die FairsichererInnen ein Anlaß, auf unangemeldete VertreterInnenbesuche und Telefonakquisition zu verzichten. Die Initiative zum Geschäftsabschluß soll von den KundInnen ausgehen. Zu diesem Zweck wurden Fairsicherungsläden eingerichtet, die jeder ohne Anmeldung zur Information, zur Beratung oder zum Vertragsabschluß besuchen kann. Hohe Ladenmieten und Schwierigkeiten, KundInnen, die unangemeldet kommen, sachgerecht und ausführlich zu beraten, veranlaßten jedoch einige MaklerInnen, anstelle der Läden herkömmliche Büros einzurichten, so daß sich der Vertriebsstil der FairsichererInnen den üblichen Methoden annäherte. Wünscht der/die KundIn es, kann er/sie auch zu Hause beraten werden.

Beziehungen zur alternativen Wirtschaft

Während das Ziel, faire Geschäfte abzuschließen, eigentlich für jedes Geschäft gelten sollte und auch auf VersicherungsmaklerInnen außerhalb des Verbundes der Fairsicherungsläden zutrifft, unterscheiden sich die FairsichererInnen durch ihre Beziehungen zur alternativen Wirtschaft klar von anderen MaklerInnen. Zum einen nimmt der Verbund nur Fairsicherungsläden auf, deren Betriebe selbstverwaltet werden oder deren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zumindest Mitbestimmungsrechte haben, mit denen sie die Unternehmenspolitik gestalten können. Zum anderen vertreiben die FairsichererInnen spezielle Rahmen- und Gruppenverträge für einige Berufsgruppen, so für Einrichtungen, die Unterricht oder Kinderbetreuung anbieten, ArchitektInnen, EnergieberaterInnen, Heilwesen-Nebenberufe, Beratungsbüros, Naturkosthandel und -produktion, Fahrradhandel und -reparatur, Buchhandel sowie Bühnen- und Messebau. Zusammen mit dem Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V. in Dortmund wurde ein Versorgungswerk ins Leben gerufen, das seinen Mitgliedsbetrieben aus dem Alternativ- und Selbstverwaltungsbereich eine Altersversorgungs- und Berufsunfähigkeitsversicherung anbietet. Das Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation soll – so wollen es die FairsichererInnen – zu einem Dachverband alternativer Unternehmensverbände ausgebaut werden.

Zukunftsaussichten

Die Schaffung des EG-Binnenmarktes wird den deutschen Versicherungsmarkt wesentlich verändern. Die Gestaltung der Versicherungsverträge wird liberalisiert, die derzeit gültigen Beschränkungen für ausländische Versicherungsunternehmen werden abgebaut. Auf der einen Seite wird dies wahrscheinlich die Preise und Konditionen für Versicherungsleistungen zugunsten der KundInnen beeinflussen, andererseits wird es den Marktüberblick erschweren. Die Beratung durch neutrale Stellen wird noch wichtiger. Gelingt es den Fairsicherern, sich in diesem Sinne zu profilieren, haben sie gute Chancen, weiter zu expandieren. Gegenwärtig denken sie darüber nach, neben der Versicherungsvermittlung gegen Provision eine Versicherungsberatung auf Honorarbasis aufzubauen. Diesem sicherlich sehr sinnvollen Ansatz, der dem/der KundIn Angebote vorstellt, ohne ihn/sie in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen, stehen allerdings rechtliche Hindernisse im Wege. Außerdem bestünde, falls diese Idee umgesetzt werden kann, eine Konkurrenz zu Verbraucherberatungsstellen, -zeitschriften und Stiftung Warentest, die diese Beratung kostenlos durchführen.

Auch mit schärferer Konkurrenz anderer, nicht dem Verbund angehörender Makler müssen die Fairsicherer rechnen, denn diese werden sich die neuen Chancen nicht entgehen lassen. Da auf den Versicherungsmärkten anderer europäischer Länder oftmals günstigere Preise und kürzere Vertragslaufzeiten als in Deutschland üblich sind, wird jede Innovation auf diesen Gebieten rasch von anderen Maklern und Vertretern nachgeahmt. Abgesehen von der selbstverwalteten Organisation der Maklerbetriebe und dem spezifischen Angebot an Gruppen- und Rahmenversicherungsverträgen dürften die Besonderheiten der Fairsicherer verschwinden. Aus »Fairsicherern« werden ganz normale »Versicherer«. ●

Autorenteam:
Dr. Arnd Kluge
Dipl.-Volkswirt Walter Müller
Martin Wiekert
und Olaf Voß

Anzeige

Geht es um Geld -
oder um den Menschen?

TRION Andelskasse ist sowohl eine Bank für Besonderheiten als auch eine Bank für den täglichen Bedarf.

Wir suchen *Einleger*, die eine gesunde Gesellschaftsentwicklung fördern und den Zinssatz für ihre Geldanlage, im Rahmen der Möglichkeiten, frei wählen wollen.

Wir finanzieren *gemeinnützige* Projekte, die nach neuen Wegen im Umgang mit Mensch & Natur suchen, wie z.B.

- Ökologische Landwirtschaft
- Veredelungsbetriebe biologischer Rohwaren
- Freie Schulen und Kindergärten
- Naturkost(groß)handel
- künstlerische und kulturelle Projekte
- Windkraftprojekte

Seit 1982 arbeiten wir mit Kunden in Dänemark und dem benachbarten Ausland.

In der Bundesrepublik Deutschland vertritt uns seit April 1991 die
TRION Geldberatungsgenossenschaft eG.

Sprechen Sie uns an
TRION Andelskasse - Repräsentanz -
Gerberstraße 9, DW - 2000 Hamburg 50
Tel.: 040 / 38 70 60 und 389 36 68
Fax: 040 / 38 25 83

JOBS

Selbstverwaltetes Schreinereikollektiv (2 Frauen, 3 Männer) sucht **SchreinerIn** mit Berufserfahrung. Wir wünschen uns nach gegenseitigem Kennenlernen eine Entscheidung zum Einstieg in unsere GmbH nach 1/2 bis 1 Jahr.
Neben Restaurationen verarbeiten wir einheimische Massivhölzer zu Einzelmöbeln, Küchen, Inneneinrichtungen u.a.m.
Freie Holzwerkstatt GmbH
Habsburgerstr. 9
W-7800 Freiburg
☎ (07 61) 5 45 31

Der Christliche Friedensdienst e.V. sucht zum 1. **Mai 1992** eine Referentin/ einen Referenten für die Bereiche: **Finanzen und Koordination.**
Der CFD ist der Zweig eines internationalen Vereines, der den Gedanken der Völkerverständigung konkret umzusetzen versucht, indem er internationale Workcamps sowie Solidaritätsarbeit in Lateinamerika/Indien und der ehemaligen Sowjetunion organisiert.
Der Aufgabenbereich der neu zu besetzenden Stelle umfaßt folgende Schwerpunkte:
Finanzen:
- Haushaltsplanung für den Verein und Koordination der Referatspläne
- Finanzüberwachung
- Antragstellung und Abrechnung für Workcamps, Seminare und Projekte

Koordination:
- Koordination zwischen den Gremien und den Arbeitskreisen des Vereines
- Vertretung des CFD in seinen Außenkontakten

Wir erwarten:
- Qualifikation in Finanzplanung, Finanzwesen und EDV (Framework, Dataflex, Word oder Euroscript)
- gute Sprachkenntnisse in Englisch und möglichst auch Französisch
- Bereitschaft zur Zusammenarbeit im Team und mit Ehrenamtlichen
- Bereitschaft, sich auf unregelmäßige Arbeitszeiten einzulassen.

Wir bieten:
- eine verantwortungsvolle Tätigkeit
- Bezahlung nach Einheitslohn BAT Vb

CFD · Rendeler Str. 9-11
W-6000 Frankfurt/Main 60
☎ (0 69) 45 90 71

Wir arbeiten selbstverwaltet und suchen noch immer eineN **KFZ-GesellIn** als dauerhafte Verstärkung für unser Kollektiv.
Werkhof Bremen
Hohentorsheerstr. 160
2800 Bremen 1
☎ (04 21) 50 05 71

JOBS

Stabile, Schlosserei in Bochum
Wir suchen dringend neue Leute für die Erweiterung unseres Kollektivs.
Voraussetzungen sind:
Berufliche Qualifikation oder fundierte Vorkenntnisse mit dem Interesse an einer beruflichen Qualifizierung, gute Nerven, Eigeninitiative und eine durchgängig vorhandene Fähigkeit zur Nachsicht.
Meldet Euch:
☎ (02 34) 2 66 15 · Fax 23 50 37

Wir betreiben als Kollektiv mit 35 GesellschafterInnen Cafe, Laden, Bäckerei und suchen eine **Mitarbeiterin** für den Bar-/Servicebereich für mindestens 2 Jahre, Vollzeit, als Gesellschafterin.
Ruf uns an:
☎ (0 89) 16 11 60 – **Ruffini**

JOBSUCHE

Tischler sucht Zivistelle. Am besten in Teamarbeit!
Tim Wehmeyer
Westerschauer Weg 22
W-2331 Barkelsby
☎ (0 43 51) 8 69 07

Ich habe den Traum, **Gitarrenbauer** zu werden. Wer kann mir dabei helfen und weiß eine Ausbildungs-/Praktikumsstelle o. andere Wege?
Martin Wilmes
Schiffahrter Damm 94
4400 Münster
☎ (02 51) 239 31 64

Schreinermeister möchte umsteigen: Ich suche Arbeits- (und Einstiegs-)möglichkeit im Schreinerkollektiv oder Ausbildungsprojekt im Ruhrgebiet.
Otto Hänsler
Karlsruher Str. 129a
4330 Mülheim
☎ (02 08) 5 03 32

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Grünanlage! Wir wollen über die Möglichkeit sauberer Geldanlage informieren. Wer hat Interesse? Freundeskreis ökologisches Investment e.V., Kirchfeldstr. 11
4000 Düsseldorf 1

ÜBERSETZUNGEN

Erledige Übersetzungen in Englisch und Spanisch für die Bereiche: Entwicklungsh., EDV, Verwaltung u. allg. Korresp. mit mod. Textverarbeitung.
☎ (0 64 34) 58 88 von 9 bis 14 Uhr

PROJEKTE

Wir suchen: MitgesellschafterInnen (Eigenkapital und Qualifikation) an größerem Projekt (Touristik, Gastronomie, Gäste/Tagungshaus) in Brandenburg oder: **Aktive Beteiligungsmöglichkeit** an Gäste-/Tagungshausprojekt in Ostdeutschland (nix spirituelles).
Chiffre: Babylon

Wer hat Lust, mit uns aus einem alten Resthof im Wendland mehr zu machen? Hausausbau, Garten, Tierhaltung, ... lernen, gemeinsam zu leben und arbeiten, langsam zusammenwachsen. Wir sind Luise (31), Frank (24) und ab Sommer ein Baby.
Frank Freudenthal
Klein Sachau 6b
W-3132 Clenze
☎ (0 58 44) 18 22

Anarchistischer Zeitungsvertrieb sucht für die Bezirke Berlins Verteilerinnen und Verteiler. Zur Zeit vertreiben wir A-Kurier, Direkte Aktion, Graswurzelrevolution, Schwarzer Faden. Wir sind für weitere Ideen offen.
Kontakt:
A-Kurier
c/o El Locco
Kreuzbergstr. 43
W-1000 Berlin 61

Graswurzelrevolution sucht Leute für Projekt im Wendland
Die anarchistisch-gewaltfreie Monatszeitung »Graswurzelrevolution« (GWR) feiert im Sommer ihr 20jähriges Bestehen. Um auch die kommenden Jahrzehnte über libertäre Theorie und Praxis, gewaltfreie Aktion und Bewegung berichten zu können, arbeiten die HerausgeberInnen des Blattes an einem zukunftsweisenden Projekt.
Im niedersächsischen Gorleben-Landkreis Lüchow-Dannenberg, dem Wendland, soll ein großes Haus gekauft oder gemietet werden. Ca. sechs Leute können dort gemeinsam leben und zusammen die Zeitung produzieren. Damit sollen die Inhalte der Graswurzelrevolution auch in der Art und Weise ihrer Herstellung zum Ausdruck kommen.
Zum Start des Wendland-Projekts werden noch engagierte Leute – gerne auch mit Kindern – gesucht, die sich den gewaltfrei-anarchistischen Ideen der Zeitung verbunden fühlen, die Lust haben, alternative Lebensformen auszuprobieren und die Interesse haben, monatlich die GWR zu produzieren. Wenn sich eine lebens- und arbeitsfähige Gruppe gebildet hat, wird die Redaktion von Heidelberg ins Wendland umziehen.
Allerdings: Die Graswurzelrevolution ist kein ökonomisches Projekt, darauf angelegt, den Lebensunterhalt der RedakteurInnen zu finanzieren. Es werden also keine Jobs vergeben. Zumindest am Anfang ist es auch nicht geplant, dem Projekt ein zweites – ökonomisch ertragreiches – Standbein zu geben. Das heißt: Die Beteiligten müssen sich vorerst über den Arbeitsmarkt im Wendland finanzieren. Die sich bildende Projektgruppe hat natürlich die Möglichkeit, eigene Finanzquellen aufzutun.
Wer Interesse hat, sollte sich bei der Graswurzelrevolution melden. Es werden keine Zeitungs-Profis gesucht, sondern Menschen, die bereit sind, sich auf Neues einzulassen und sich für das Projekt zu engagieren.
Kontakt:
Frauke Mangels
Ganse im Rundling 8
W-3135 Wustrow
Tel.: 05843/541 oder
Jochen Stay
Fischerstr. 42a
W-6800 Mannheim 24
Tel.: 0621/858837 oder
GWR-Redaktion
Schillerstr. 28
W-6900 Heidelberg
Tel.: 06221/183907

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald

Weilstr. 2
6292 Weilmünster
☎ (06472) 70 31-34
Fax: (06472) 27 98

Für den Sieg im Papierkrieg!

Was Lefft
ERLANGER STADTZEITUNG

Alle zwei Monate neu!

Probeexemplar gegen 1,– DM Rückporto
Was Lefft e.V., Feldstr. 22, Postfach 3543, 8520 Erlangen

Wir suchen
freie Mitarbeiter/Innen

Wir sind eine Initiative, die es sich zur Aufgabe gemacht hat **Fälschungen** jeder Art zu archivieren und sie dem ID-Archiv in Amsterdam zur Verfügung zu stellen. Dort sind dann unter den Stichworten **Fälschung**, Spaßguerillia, subversive Medienkritik (...) die gesammelten Plagiate für alle einsichtig. Aber vorsichtig! **Fälschen** steckt an und kann sich schnell verbreiten. Es soll daher eine Literaturliste geben mit Tips, Tricks & Theorie, um nichts **falsch** zu machen.
Eine Wanderausstellung mit den schönsten **Fälschungen** ist in Planung und vielleicht bald in eurer Stadt zu sehen.
Angesprochen fühlen sollen sich nicht nur Leute, die in ihrem Leben schon einiges falsch gemacht haben, sondern auch die verwirrten Leser, die "Opfer" dieser **Fälschungen**. Auch von Symphatisanten, die irgendwo eine solche Fälschung in die Finger bekommen haben, wünschen wir uns Mitarbeit.

Schickt uns also keinen tabellarischen Lebenslauf, sondern von jeder Fälschung 3 Exemplare oder Kopien vom Feinsten und Zeitungsartikel über die Aktion.

G. Fälscht
Archiv für ungewöhnliche Maßnahmen
-Eine Initiative für's ID-Archiv-
c/o ID, Postfach 104522 D-2800 Bremen 1

FILMKALENDER 1993

September 1992, 192 Seiten, DM 9,80,
ISBN 3-89472-001-8

- pro Woche eine Doppelseite Kalendarium
- Termine von Filmstarts und Filmfestivals für 1993
- über 300 Daten zu Schauspielern, Regisseuren, Kameraleuten und Drehbuchautoren
- Fotos und Texte zu herausragenden Filmschaffenden
- Verzeichnis mit allen wichtigen Adressen: Filmverleihe, Videoanbieter, Fernsehanstalten, Filmbuchverlage, Filmbuchhandlungen, Filmzeitschriften, Institute und Archive, Festivals

FILMKALENDER 93

SCHÜREN
Marburg · Berlin

Arthur B.* aus O. ist Abonnent.
Und worauf warten Sie? *Der Name ist der Redaktin bekannt

die andere
Wochenzeitung

Gegründet im Herbst 89. Heute noch eine unabhängige Stimme aus dem Osten Deutschlands.

Erscheint in der BürgerForum Verlagsgesellschaft m.b.H., Französische Straße 47, O – 1080 Berlin.

Ich abonniere *die andere* probeweise für 6 Wochen zum Preis von DM 10,– (Vorkasse) *
Datum:
Unterschrift:
Lieferadresse:
Name, Vorname:
Straße:
Ort:
* Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch und kann innerhalb von 10 Tagen widerrufen werden.

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 615 15 64; 3400 Göttingen, Thomas Hardwig, Geiststr. 10/1, ☎ (0551) 5 10 35; 4700 Hamm, Redaktion Ruhrgebiet, c/o Chaos-Zentrum Hamm, Götz Paschen, Postfach 18 44, ☎(02381) 1 36 69; 6900 Heidelberg 1, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 18 34 02; 7053 Stetten, Redaktion Südwest, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76, Fax: 47536; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; O-4500 Dessau, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0347) 37 93 (auch Fax); O-8060 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (0351) 57 09 14 (auch Fax) Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 44, REA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 · Fax: (030) 621 86 40; Alternative Energie/Technik: 1000 Berlin 36, Wuseltronik, Christian Sauer, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Kultur: 7400 Tübingen, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; Genossenschaften, Ökobank: 7800 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2, AG SPAK, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 1000 Berlin 19, Elisabeth Voß, Friedbergstr. 1, ☎ (030) 323 75 10

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 1

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

HAMBURG

Konflikte
Entstehung – Verlauf
– Lösungsmöglichkeiten
Termin: 27. bis 29.3.92
Gebühr: 200 DM/100 DM
Ort: Netzwerk Hamburg

Anmeldung & Information:
Bildungs-Netzwerk e.V.
Gaußstr. 17
W-2000 Hamburg 50
☎ (0 40) 39 51 51

UMDENKEN

Sprechtechnik
Wer viel spricht, braucht viel Stimme
Sa-So 28.-29.3.92, 250 DM
Familienrecht für BeraterInnen
Scheiden – aber wie?
Mo-Mi vorm. 6.-8.4.92, 250 DM
Kommunikation im Beruf
Miteinander reden
Di-Do vorm. 31.3.-2.4.92, 280 DM
Arbeits- und Zeitplanung
Keine Zeit? Nimm Dir welche!
Fr-Sa 13.-14.3.92, 150 DM
Grundlagen grafischer Gestaltung
Von der Idee zum Layout
Fr-Sa 10.-11.4.92, 150 DM
Öffentlichkeitsarbeit praktisch
Die Presseerklärung
Do-Fr 4.-5.6.92, 150 DM
Das kreative Potential beruflicher Krisen
Ich führe mein Leben – und mein Leben führt mich
Fr-So 10.-12.4.92, 280 DM

umdenken
– Politisches Bildungswerk
Max-Brauer-Allee 116
W-2000 Hamburg 50
☎ (0 40) 389 52 70
Nähere Informationen schicken wir gerne zu – Anruf genügt!

RAT & PLAN

GeschäftsführerInneneminar
Termine: ab dem 24.3.92, jeweils Dienstag,
9 bis 13 Uhr, insgesamt 40 Stunden
Gebühr: 960 DM, zzgl. MWSt.

PC-Kauf
– Was vorher bedacht sein will
Termin: 27.3.92, 18 Uhr
Gebühr: 159 DM, zzgl. MWSt.

Grundlagen der Buchhaltung
Termine: 3.4.92, 18 bis 21 Uhr
4.4.92, 10 bis 17 Uhr
Gebühr: 150 DM, zzgl. MWSt.

Veranstalungsmanagement I
Mittel und Methoden der Veranstaltungsplanung
Termine: 10.4.92, 18 bis 21 Uhr
11.4.92, 10-17 Uhr
Gebühr: 290 DM, zzgl. MWSt.

Der Schritt in die Selbständigkeit
Praxis der Betriebsgründung
Termine: 10.4.92, 18 bis 21 Uhr
11.4.92, 10 bis 17 Uhr
Gebühr: 150 DM zzgl. MWSt.

Vereinsbuchhaltung
Termin: 27.4. bis 29.4.92
jeweils 10 bis 17 Uhr
Gebühr: 495 DM zzgl. MWSt.

Datev-Auswertung – Was tun?
Termin: 8.4.92, 18 Uhr
Gebühr: 120 DM zzgl. MWSt.

Information & Anmeldung:
Rat & Plan
Betriebsberatungs GbR
Eimsbütteler Str. 16
W-2000 Hamburg 50
☎ (040) 439 91 22
Fax (040) 430 21 40

WDÖFF

Moderationstechniken in Gruppen
Termin: 23. bis 27.3.92
Gebühr: 1.180 DM
Zeit- und Selbstmanagement
Termin: 6. bis 8.4.92
Gebühr: 580 DM

Nur für Frauen:
Werbung & Marketing
Termin: 13. bis 15.3.92
Gebühr: 470 DM
Zeitmanagement für Frauen
Termin: 13. bis 15.3.92
Gebühr: 470 DM
Kreative Ideenfindung und Problemlösung
Termin: 20. bis 22.3.92
Gebühr: 470 DM

Anmeldung & Information:
Werkstatt für Demokratie
und Öffentlichkeit
Estermannstr. 204 · W-5300 Bonn 1

KOMMUNE LUTTER

»anders leben – anders arbeiten«
Vom 22. bis 24. Mai werden im Tagungshaus der Domäne Lutter im Vorharz Formen anderen Lebens und Arbeitens aufgezeigt. Das Seminar wendet sich insbesondere an junge Menschen bis ca. 25 Jahre. Die Kommune Lutter stellt sich vor, woran sich ein Gespräch über Leben in der Kommune anknüpft. Gemeinsam werden wir feststellen, daß es für jeden möglich ist, anders zu leben. Informiert wird über selbstverwaltete Betriebe, Kibbuzims und Kommune-Projekte in der BRD. Information und Anmeldung bei:
Tino Fleischer · Lange Str. 34
2870 Delmenhorst

NETZ

Das neue Seminarprogramm des NETZES für Selbstverwaltung und Selbstorganisation ist da:
Beispiele: Kaufmännische EDV-Programmpakete für Kleinbetriebe, Die DATEV-Buchführung als betriebliches Analyse-, Kontroll- und Planungsinstrument, Gute Ideen besser verkaufen, Ökologisches Marketing, Betriebliche Finanzplanung, Corporate Identity, Teamentwicklung, Verkaufstraining. Spezielle Angebote für MitarbeiterInnen in Bildungswerken bzw. Buchläden.
NETZ für Selbstverwaltung
und Selbstorganisation
Börnestr. 10
W-4000 Düsseldorf 1
☎ (02 11) 164 95 83

FRANKFURT

Datenbanken mit dBase IV
Termin: 28. bis 29.3.92
oder: 9. bis 10.5.92
Gebühr: 180 DM o. Ü & V
Buchführung für Vereine
Termin: 28. bis 30.5.92
Gebühr: 150 DM o. Ü & V
Frauenkooperativen in Europa
Termin: 9. bis 13.6.92
Weitere Seminare z. T. nach Vereinbarung
Information:
ISO · Kasseler Str. 1a
W-6000 Frankfurt/Main 90
☎ (0 69) 70 57 74 (Ab 1. April 1992)
vorher:
Mainzer Landstr. 147
☎ (0 69) 738 18 33

SCHREINEREIEN

Schreinereientreffen
vom 8. bis 10. Mai 1992
Tagungshaus Bessunger Forst,
Darmstadt/Roßdorf
in Kooperation mit Buntstift e.V.
500 Jahre Kolonialismus und der Griff nach den Rohstoffen der sogenannten »Dritten Welt«. Die selbstverwalteten Betriebe im Spannungsfeld zwischen HERRschaftsfreier Utopie und Einbindung in die weltwirtschaftliche Realität.
Anmeldungen und Infos bei
querholz möbelbau
Körnerstraße 5a · 6140 Bensheim
☎ (0 62 51) 6 76 47

SOMMER-AKADEMIE

Europäische
Sommer-Akademie
Die holländische »Stiftung Union« organisiert vom 26. Juli bis 22. August 1992 in den süd-fanzösischen Cevennen für progressive Menschen aus der BRD, GB, F, B, NL die Europäische Sommer-Akademie. Eine ausgezeichnete Möglichkeit, über die eigenen Grenzen zu gehen.
Programm: 26. Juli bis 1. August 1992:
»Woche der kreativen Alternativen«
2. bis 8. August 1992:
»Gleichheit – aber wie?«
9. bis 15. August 1992:
»Frauen, verlegt die Grenzen!«
16. bis 22. August 1992:
»Ökologie und Ökonomie«
Die Broschüre der Stiftung zur Sommer-Akademie ist erhältlich über:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
W-6900 Heidelberg 1
☎ (0 62 21) 16 24 67
Fax (0 62 21) 16 44 89

500 JAHRE...

Coca Süd ... COCA-In-Nord
– oder wie aus der »mama coca« der Drogenkrieg wurde.
Dieses Seminar findet im Rahmen der Kampagne »500 Jahre Kolonialisierung und Widerstand in LLateiamerika« statt. Themen: Drogenkonsum als sozialpolitische Frage hier bei uns – oder was macht Schnaps verträglich und Cocablätter schädlich; Coca und andine Kultur; Drogen und Weltwirtschaftsfragen; Narco-Terrorismus und US-Präsenz in Lateinamerika; ist BAYER HÖCHST gefährlich – Ökologische Folgen der Kokainherstellung – und: ohne westliche Chemie kein Kokain und was sollen die »Ersatzprogramme« z.B. des BMZ ??
3. bis 5. April in Bonn
Gebühr: 20 DM incl. U & V
Anmeldung & Information:
AG SPAK · AK 3.-Welt-Päd.
Adlzreiterstr. 23
W-8000 München 2

KULTUR

»4. Kulturbörse Freiburg«
25. bis 26.3.92, Bürgerhaus Seepark, Freiburg
Kulturamt Freiburg
Information:
☎ (07 61) 216 31 37

»Lebenswelten mitgestalten
– Jugendhilfe ist gefordert«
9. Deutscher Jugendhilfetag
27. bis 29.4.1992, Hamburg
Information:
AGJ, Am Neutor 2
5300 Bonn und
Klaus Nagel, BRAKULA
Bramfelder Chaussee 265
W-2000 Hamburg
☎ (0 40) 641 95 96

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach
10 45 20, 6900 Heidelberg 1

DATENSCHUTZ

ÖSTERREICH

Datenschutz in der öffentlichen Verwaltung
Termin: 12.3.92, Wien
EDV-Einsatz und Datenschutz
Termin: 8.4.92, Wien
Telekommunikation, ISDN und Datenschutz
Termin: 7.5.92, Wien
Information:
ARGE DATEN
Lichtensteinstr. 94
A-1090 Wien

ÖKOMESSE

4. Ökomesse Vorderpfalz Speyer
Am 9. und 10.5.92 öffnet die Speyerer Stadthalle ihre Pforten zur 4. Ökomesse Vorderpfalz. Auf über 1.500 qm Hallenfläche und 1.100 qm Freigelände präsentieren ca. 120 Aussteller Produkte und Dienstleistungen aus den Bereichen: Naturkost, Textilien, Kosmetik, Baustoffe und sonstige Naturwaren, die einerseits dem Anspruch, ökologisch zu sein genügen, und andererseits in der Region Vorderpfalz verfügbar sind.
Rückfragen an:
Dipl.-Ing. Horst Kliebe
c/o Pfälzer Schopp
Ludwigstr. 3
6741 Knittelsheim
☎ (0 63 48) 13 81

ES GIBT EINEN WEG zur Weiterbildung

z.B. Bildungsurlaub

Sucht u. Suchtvorbeugung am Arbeitsplatz	13. 04. - 17. 04. 92
EDV-Grundlagenkurs	13. 04. - 17. 04. u. 20. 07. - 24. 07. 92
Rhetorik im Berufsalltag	24. 08. - 28. 08. 92
EDV-Word 5. 5. - PRAXIS	24. 08. - 28. 08. 92

Alle Kurse mit begleitender Kinderbetreuung
und Kurse, Wochenendworkshops Informationen:
SOZIOKULTURELLES ZENTRUM · HAUS FELSENKELLER
Heimstr.4 · 5230 Altenkirchen / Westerwald · Tel.02681/3870 - 6001

SONSTIGES

Kapitalismus bis zum bitteren Ende?
Gibt es Alternativen zum bestehenden Geld- und Wirtschaftssystem?
29. bis 31.5.92
Nähere Infos:
Bildungswerk Leben
und Umwelt e.V.·
»Alte Schule«
W-3413 Fredelsloh

HAUS FELSENKELLER

Weiterbildung im Westerwald
Sucht- u. Suchtvorbeugung am Arbeitsplatz
13. bis 17.4.92
Computer-Grundlagenkurs
13. bis 17.4. und
20. bis 24.7.92
Rethorik i. Berufsalltag
24. bis 28.8.92
Word 5.5 – 24. bis 28.8.92
Alle Kurse m. begleit. Kinderbetreuung
Soziokulturelles Zentrum
Haus Felsenkeller
Heimstr. 4 · 5230 Altenkirchen
☎ (0 26 81) 38 70 u. 60 01

SPRINGE

Konsum ist Macht
Die Macht des Einzelnen in unserer Gesellschaft
Als KonsumentInnen haben wir einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die Strukturen der Wirtschaft und die Entwicklung der Gesellschaft, in der wir leben. Wer dem normalen Alltagsgeschehen mit offenen Augen und Ohren begegnet, kann durch bewußteres Handeln viel bewirken.

Das Konsumverhalten zu verändern bedeutet nicht, seine Lebensqualität einzuschränken. Im Gegenteil: Wo sich was verändert und bewegt, entsteht Motivation, und wie wir viel Spaß dabei haben, werden wir in diesem Seminar erfahren.

Es geht z.B. darum, der pausenlosen Manipulation durch die Werbung auf den Grund zu gehen, um uns von dem Einsatz »verkaufswirksamer Maßnahmen« nicht verwirren zu lassen. Gemeinsam werden wir praxisnahe Alternativen erarbeiten, wie und wo wir sinnvoller einkaufen können und wie wir Informationen bekommen, die uns weiterhelfen anstatt zu verwirren.

Außerdem geben wir einen kurzen Überblick über bisherige Aktionen und Versuche der VerbraucherInnen, sich effektiver zu organisieren.
Termin: 4. bis 8. Mai 1992
Ort: Energie- und Umweltzentrum, Springe-Eldagsen (ca. 25 km südlich von Hannover)
Kosten: 185 DM (incl. Unterkunft & Verpflegung)
Anmeldung:
VHS Hildesheim
Wollenweberstr. 68
W-3200 Hildesheim

CONTRASTE-REGISTER

Register 1984-1990
6 Jahre CONTRASTE. Sach- Personen- und AutorInnen-Register.
DM 20,– zu beziehen über:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
W-6900 Heidelberg 1

MEDIEN

Medien, Mittel zur Manipulation oder Wirklichkeitsproduktion?
Das Problem Medien in der politischen Bildungsarbeit
Tagung im DGB-Bildungszentrum Hattingen vom 6. bis 8.4.92
Gibt es eine objektive Welt, oder entsteht die Welt, indem wir sie leben? Manipulationen oder Wirklichkeitskonstruktion durch Medien? Das werden die zentralen Fragen sein. Dazu wird über ein Forschungsprojekt, daß sich mit dem Thema auseinandersetzte – Computerbezogenes Denken, Wahrnehmen, Handeln. Oder wie sich Menschen zu einer Texhnik ins Verhältnis setzen – berichtet. Neben medientheoretischen Vorträgen werden sich Praxisbeispiele aus der politischen Bildungsarbeit vorstellen.

Ratlos, drahtlos – oder stehen die Gewerkschaften auf dem Kabel? (Elektronische) Medien und gewerkschaftliche Öffentlichkeitsarbeit
Tagung vom 5. bis 10.5.1992 im DGB-Bildungszentrum Hattingen
Diese Kooperationsveranstaltung des DGB-Bildungszentrums Hattingen mit der Hans-Böckler-Stiftung und der DGB-Jugendbildungsstätte des DGB-NRW in Hattingen wird sich mit den Problemen der Gerwerkschaften im Umgang mit den elektronischen Medien auseinandersetzen. In dreitägigen Workshops soll mit dem Herstellen von Fernseh- und Radiosendungen für die gewerkschaftliche Öffentlichkeitsarbeit experimentiert werden. Foren werden die Fragen stellen: Lokalfunk und offene Kanäle: Eine Chance für lokale Gewerkschaftsarbeit? Betriebszeitung: Neue Wege der Kommunikation auf betrieblicher Ebene? Die Gewerkschaftszeitung: Diskussionsforum der Mitglieder oder Zentralorgan?
Anschließend werden Verantwortliche der Gewerkschaft einerseits und WissenschaftlerInnen andererseits, versuchen der Frage nachzugehen woher die Scheu der Gewerkschaft vor den Medien kommt, und wie sie überwunden werden kann.
Anmeldungen für beide Tagungen sind unter dem Stichwort TG-GUM 91 schriftlich zu richten an:
DGB-Bildungszentrum Hattingen
Am Homberg 46-50
W-4320 Hattingen/Ruhr
☎ (0 23 24) 5 09 50

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !

— Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.